

Synopse

EVN AG

I. im Allgemeinen:

Einleitend dürfen wir festhalten, dass bereits das ElWOG idF des Energieliberalisierungsgesetzes dadurch gekennzeichnet war, eine gänzliche Marktöffnung zu bewirken und eine unabhängige Regulatorische Behörde einzurichten; hiedurch wurden bereits die wesentlichen Elemente der umzusetzenden Revisions- oder Beschleunigungsrichtlinie vorweggenommen. Von Seiten der EVN wird die Art der Umsetzung des offenen Regelungsbereiches der gesellschaftsrechtlichen Entflechtung in der nunmehrigen Fassung des ElWOG gem. BGBl I Nr.63/2004 ausdrücklich begrüßt; begrüßt wird weiters der Umstand, dass der Bundesgesetzgeber in seiner Umsetzung keinen Sonderkompetenztatbestand schuf, sondern auch die Entflechtung auf Basis des Art. 12 B-VG grundsatzgesetzlich anordnete und die weitere Ausführung den Ländern im Rahmen der Ausführungsgesetzgebung offen ließ. Vor diesem Hintergrund und dem weiteren Umstand, dass die Entwicklung des Energiemarktes auch eine größtmögliche Flexibilität von integrierten Energieunternehmen erfordert, wird die Form der Umsetzung der Entflechtung im vorliegenden Gesetzesvorhaben, die diese Flexibilität dem Grunde nach ermöglicht, ausdrücklich begrüßt.

Im Gesetz wäre klarzustellen, dass das Recht auf Netzzugang von Endverbrauchern ausschließlich zur Deckung ihres Eigenbedarfes besteht. Dies sollte in der Novelle eindeutig und klar zum Ausdruck gebracht werden. Dies entspricht unseres Erachtens nicht nur Sinn und Zweck des Netzzugangs, sondern ist insbesondere auch aus Gründen der "Gleichstellung" sämtlicher Endverbraucher vorzusehen. Im Gesetz wäre zumindest klarzustellen, dass dem Begriff der "Betriebsstätte" im Zusammenhang mit dem Recht auf Netzzugang keinerlei Bedeutung zukommt.

Mit dem BGBl I Nr: 63/2004 hat der Gesetzgeber zum Ausdruck gebracht, dass Entflechtungsbestimmungen dem Kompetenztatbestand Elektrizitätswesen gem. Art. 12 Abs. 1 Z 5 B-VG zuzuordnen ist. Die Umsetzung der Entflechtungsbestimmungen der Revisionsrichtlinie ist nämlich derweise vorgesehen, dass diese als Konzessionsvoraussetzungen konstruiert werden, die in den Landesausführungsgesetzen vorzusehen und deren Überwachung (Erteilung bzw. Entziehung von Konzessionen) den Landesregierungen zur Vollziehung überantwortet sind und begrifflich eine Zuständigkeit zur Überwachung der Entflechtungsvorschriften für die Länder mit sich bringt. Eine solche Zuständigkeit steht aber in unmittelbarer Konkurrenz zu § 9 Abs. 1 Z 3 E-RBG, welche Bestimmung explizit die Überwachung der Entflechtungsbestimmung als Aufgabe der Energie-Control GmbH nennt.

Da das Grundsatzgesetz von der Konzeption ausgeht, dass die Konzessionserteilung der Landesregierung anvertraut ist, muss auch der contrarius actus von dieser Behörde vorgenommen werden. Dies umfasst auch die Wahrnehmung der Aufgabe der Überwachung des Vorliegens der Voraussetzungen für die Erteilung oder Entziehung der Konzession, ansonsten für die Wahrnehmung ein und derselben Aufgabe zwei verschiedene Behörden zuständig wären, was mit der Konzeption der geltenden Kompetenzverteilung nicht in Übereinstimmung gebracht werden kann. Es erschiene dem-

gemäß zweckmäßig, zumindest demonstrativ die der Landesregierung im Rahmen der Überwachung zukommenden Aufgaben zu bezeichnen.

WIENSTROM GmbH

Die Grundsatzpositionen der österreichischen Elektrizitätswirtschaft zum UNBUNDLING als Folge der Umsetzung der RICHTLINIE 2003/54/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 26. Juni 2003 über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 96/92/EG (in weiterer Folge kurz EBRL 2003 genannt) ist immer gewesen, dass sich die Umsetzung auf die „Mindestvorgaben“ der EBRL 2003 zu beschränken habe. Auch der vorliegende Entwurf sieht nur die Umsetzung der Mindestvorgaben der EBRL 2003 bzw. der EIWOG-Novelle 2004 vor. Im Rahmen der letzten Stufe der Umsetzung der EBRL 2003 in nationales Recht (Erlassung der Ausführungsgesetze) möchten wir daher ausdrücklich nochmals darauf hingewiesen bzw. die entsprechenden Bestimmungen des Entwurfes als positiv hervorheben.

Elektrizitätswerke Eisenhuber GmbH & Co KG

Dank den beiliegenden Erläuterungen und den Vergleich mit der NÖ EIWG 2001 konnten wir feststellen, dass sich im Aufbau und von den Paragraphen her Veränderungen ergeben haben. Im Großen und Ganzen finden wir keine gravierenden Unterschiede, außer im Bereich § 2 (Begriffsbestimmungen, Verweisungen) Punkt 1/7 würde, unserer Meinung nach, auch der Stromhändler dazu gehören. Wir hoffen, dass auch weiterhin das NÖ Elektrizitätswesengesetz sich auf das Wesentliche beschränkt und den Wunschvorstellungen aus Brüssel Einhalt geboten wird.

Verband NÖ Gemeindevertreter der ÖVP

In den Erläuterungen (Seite 12, Landesgesetz) wird es so dargestellt, als wäre den Gemeinden durch die NÖ Bauordnung 1996 jegliche Zuständigkeit in elektrizitätsrechtlichen Angelegenheiten genommen. Dem ist nicht so. § 1 Abs. 3 Z. 4 NÖ Bauordnung 1996 (und nicht wie fälschlicherweise angegeben Abs. 1) betont nämlich ausdrücklich, dass Gebäude nicht vom Geltungsbereich der NÖ Bauordnung 1996 ausgenommen sind.

Abteilung Umweltrecht

Wir regen an, im Hinblick auf die Aussagen zu den Zielen des Klimabündnisses auch die Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung in das Begutachtungsverfahren einzubeziehen, da Angelegenheiten des Klimaschutzes in deren Aufgabenbereich fallen. Aus unserer Sicht gibt der Entwurf keinen Anlass zu Bemerkungen.

Abteilung Finanzen

Nach Pkt. 4.4.2.1 der NÖ Legistischen Richtlinien muss der Allgemeine Teil des Motivenberichtes bei Gesetzesentwürfen eine Beschreibung der finanziellen Auswirkungen enthalten, und zwar eine Kostendarstellung nach Art. 1 Abs. 3 der Vereinbarung LGBl. 0814 (Pkt. 4.2.1) sowie den Aufwand für den Normadressaten. Nach Pkt. 4.2.1 dritter Absatz der NÖ Legistischen Richtlinien müssen die Erläuterungen bei Gesetzes- und Verordnungsentwürfen gemäß Art. 1 Abs. 3 der Vereinbarung LGBl. 0814, eine Darstellung der finanziellen Auswirkungen des Vorhabens auf alle Gebietskörperschaften enthalten, die den Richtlinien für die Ermittlung und Darstellung der finanziellen Auswirkungen neuer rechtsetzender Maßnahmen gemäß § 14 Abs. 5 des Bundeshaushaltsgesetzes, BGBl. II Nr. 50/1999, entspricht. Im vorliegenden Entwurf wird in den Erläuterungen unter Punkt „G) Kosten“ ausgeführt: „Die Erlassung des NÖ EIWG 2005 wird keine nennenswerten Auswirkungen auf den Landeshaushalt, die Planstellen des Landes oder auf andere Gebietskörperschaften haben. Zusätzliche einmalige Vollzugsaufgaben ergeben sich aus den Übergangsbestimmungen und durch § 51 (Bilanzgruppenkoordinator). Durch § 51 (Herkunftsnachweise) ist die Behörde verpflichtet, die Ausstellung der Herkunftsnachweise zu überwachen.“ Vergleicht man nun diese Kostendarstellung im Entwurf mit den Anforderungen, die die bereits zitierten Rechtsvorschriften an eine Kostendarstellung stellen, ist vorweg Folgendes festzustellen: Es wird lediglich auf zwei Teilbereiche des Entwurfes hingewiesen, in denen zusätzlich einmalige Vollzugsaufgaben anfallen (Übergangsbestimmungen und Bilanzgruppenkoordinator). Dazu wird generell ausgeführt, dass keine nennenswerten Auswirkungen auf den Landeshaushalt zu erwarten sind. Eine Kostenschätzung im Sinne der Richtlinien für die Ermittlung und Darstellung der finanziellen Auswirkungen neuer rechtsetzender Maßnahmen gemäß § 14 Abs. 5 des Bundeshaushaltsgesetzes, BGBl. II Nr. 50/1999, wurde mit diesen allgemein gehaltenen Aussagen nicht vorgenommen. Damit ist auch den NÖ Legistischen Richtlinien nicht entsprochen. Darüber hinaus ist anzumerken, dass der Vollzug zahlreicher Bestimmungen im Entwurf im Vergleich zur geltenden Rechtslage einen zusätzlichen Aufwand für die zur Vollziehung berufene Behörde (Landesregierung) bedeutet und damit dem Land Niederösterreich auch in anderen Bereichen als in jenen, die in den Erläuterungen angesprochen sind, Mehrkosten erwachsen.

NÖ Gleichbehandlungskommission

Die personenbezogenen Bezeichnungen werden in diesem Gesetzesentwurf in männlicher Form verwendet: der Fortbetriebsberechtigte, der Konzessionsinhaber, der Vertreter, der Geschäftsführer, Diese Formulierungen entsprechen nicht dem Grundsatz der Gleichbehandlung, der sich auch in der (geschriebenen und gesprochenen) Sprache widerspiegeln soll. Nachdem es sich beim NÖ Elektrizitätswesengesetz 2005 um ein „neues“ Gesetz handelt, ist die Verwendung einer geschlechtsgerechten Sprache nicht mit einem enormen legistischen Aufwand verbunden. Es wird empfohlen, den Gesetzestext durchgehend geschlechtsgerecht zu formulieren und nach dem Vorbild

des NÖ Gleichbehandlungsgesetzes entweder kreative Formulierungen (Bezeichnungen, die beide Geschlechter gleichberechtigt erfassen) oder vollständige Paarformen zu verwenden.

Hauptstück I

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Geltungsbereich

Ziele

- (1) Dieses Gesetz regelt die Erzeugung, Übertragung, Verteilung von und Versorgung mit elektrischer Energie in Niederösterreich.
- (2) Dieses Gesetz findet nicht in Angelegenheiten Anwendung, die nach Art. 10 B-VG oder nach besonderen bundesverfassungsrechtlichen Bestimmungen in Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache sind. Soweit durch Bestimmungen dieses Gesetzes der Zuständigkeitsbereich des Bundes berührt wird, sind sie so auszulegen, dass sich keine über die Zuständigkeit des Landes hinausgehende rechtliche Wirkung ergibt.
- (3) Ziel dieses Gesetzes ist es,
 1. der Bevölkerung und der Wirtschaft elektrische Energie umweltfreundlich, kostengünstig, ausreichend, sicher und in hoher Qualität zur Verfügung zu stellen,
 2. eine Marktorganisation für die Elektrizitätswirtschaft gemäß dem EU-Primärrecht und den Grundsätzen des Elektrizitätsbinnenmarktes gemäß der Elektrizitätsbinnenmarktrichtlinie zu schaffen,
 3. die langfristige Versorgungssicherheit zu gewährleisten,
 4. einen Ausgleich für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen im Allgemeininteresse zu schaffen, die den Elektrizitätsunternehmen auferlegt werden und die sich auf die Sicherheit, einschließlich der Versorgungssicherheit, die Regelmäßigkeit, die Qualität, die Lieferung und auf den Umweltschutz beziehen,
 5. den hohen Anteil erneuerbarer Energieträger in der Elektrizitätswirtschaft weiter zu erhöhen,
 6. die Bevölkerung und die Umwelt vor Gefährdungen und unzumutbaren Belästigungen durch Erzeugungsanlagen zu schützen und
 7. die bei der Erzeugung zum Einsatz gelangende Energie möglichst effizient einzusetzen.

§ 2

Begriffsbestimmungen

Verweisungen

- (1) Im Sinne dieses Gesetzes bezeichnet der Ausdruck

1. “Ausgleichsenergie“ die Differenz zwischen dem vereinbarten Fahrplanwert und dem tatsächlichen Bezug oder der tatsächlichen Lieferung der Bilanzgruppe je definierter Messperiode, wobei die elektrische Energie je Messperiode tatsächlich erfasst oder rechnerisch ermittelt werden kann;
2. “Betriebsstätte“ jenes räumlich zusammenhängende Gebiet, auf dem regelmäßig eine auf Gewinn oder sonstigen wirtschaftlichen Vorteil gerichtete Tätigkeit selbstständig ausgeübt wird;
3. “Bilanzgruppe“ die Zusammenfassung von Stromhändlern, Lieferanten und Kunden zu einer virtuellen Gruppe, innerhalb derer ein Ausgleich zwischen Aufbringung (Bezugsfahrpläne, Einspeisungen) und Abgabe (Lieferfahrpläne, Ausspeisungen) erfolgt;
4. “Bilanzgruppenkoordinator“ eine natürliche oder juristische Person, die eine Verrechnungsstelle auf Grund einer Konzession betreibt;
5. “Bilanzgruppenverantwortlicher“ eine gegenüber anderen Marktteilnehmern und dem Bilanzgruppenkoordinator zuständige Stelle einer Bilanzgruppe, welche die Bilanzgruppe vertritt;
6. “Direktleitung“ eine zusätzlich zum Verbundnetz errichtete Leitung;
7. “Einspeiser“ einen Erzeuger oder ein Elektrizitätsunternehmen, der oder das elektrische Energie in ein Netz abgibt;
8. “Elektrizitätsunternehmen“ eine natürliche oder juristische Person, eine Personengesellschaft des Handelsrechtes oder eine eingetragene Erwerbsgesellschaft, die in Gewinnabsicht von den Funktionen der Erzeugung, der Übertragung, der Verteilung, der Lieferung oder des Kaufs von elektrischer Energie mindestens eine wahrnimmt und die kommerzielle, technische oder wartungsbezogene Aufgaben im Zusammenhang mit diesen Funktionen wahrnimmt, mit Ausnahme der Endverbraucher;
9. “Endverbraucher“ einen Kunden, der elektrische Energie für den Eigenverbrauch kauft;
10. “Engpassleistung“ die durch den leistungsschwächsten Teil begrenzte, höchstmögliche elektrische Dauerleistung der gesamten Erzeugungsanlage mit allen Maschinensätzen;
11. “Entnehmer“ einen Endverbraucher oder einen Netzbetreiber, der elektrische Energie aus dem Netz bezieht;
12. “erneuerbare Energieträger“ erneuerbare, nichtfossile Energieträger (Wind, Sonne, Erdwärme, Wellen- und Gezeitenenergie, Wasserkraft, Biomasse, Abfall mit hohem biogenen Anteil, Deponiegas, Klärgas und Biogas);
13. “Erzeuger“ ein Elektrizitätsunternehmen, das elektrische Energie erzeugt;
14. “Erzeugung“ die Produktion von elektrischer Energie;
15. “Erzeugungsanlage“ eine Anlage zur Erzeugung von elektrischer Energie mit einer Leistung von mehr als 100 Watt bei einer Spannung von mehr als 42 Volt (Starkstrom) mit allen der Erzeugung, Übertragung und Verteilung dienenden Nebenanlagen (z. B. Anlagen zur Um-

formung von elektrischer Energie, Schaltanlagen), soweit sie nicht unter das NÖ Starkstromwegesetz, LGBl. 7810, fallen;

16. “Erzeugungsanlage im Sinne der IPPC-Richtlinie“ eine Anlage gemäß Z. 15 mit einer Brennstoffwärmeleistung von mehr als 50 MW;
17. “Fahrplan“ jene Unterlage, die angibt, in welchem Umfang elektrische Leistung als prognostizierter Leistungsmittelwert in einem konstanten Zeitraster (Messperioden) an bestimmten Netzpunkten eingespeist oder entnommen wird;
18. “Herkunftsnachweis für KWK-Anlagen“ eine Bescheinigung, die belegt, dass die in das öffentliche Netz eingespeiste bzw. an Dritte gelieferte elektrische Energie aus einer hocheffizienten KWK-Anlage erzeugt worden ist;
19. “Haushaltskunden“ Kunden, die elektrische Energie für den Eigenverbrauch im Haushalt kaufen; dies schließt gewerbliche und berufliche Tätigkeiten nicht mit ein;
20. “Hilfsdienste“ alle Dienstleistungen, die zum Betrieb eines Übertragungs- oder Verteilernetzes erforderlich sind;
21. “Konzernunternehmen“ ein rechtlich selbstständiges Unternehmen, das mit einem anderen rechtlich selbstständigen Unternehmen im Sinne des § 228 Abs. 3 HGB verbunden ist;
22. “hocheffiziente KWK-Anlage“ eine KWK-Anlage, die den in Anhang II der KWK-Richtlinie festgelegten Kriterien entspricht;
23. “horizontal integriertes Elektrizitätsunternehmen“ ein Elektrizitätsunternehmen, das mindestens eine der Funktionen kommerzielle Erzeugung, Übertragung, Verteilung von oder Versorgung mit elektrischer Energie wahrnimmt und das außerdem eine weitere Tätigkeit außerhalb des Elektrizitätsbereiches ausübt;“
24. “Kraftwärmekopplungsanlage“ (KWK-Anlage) eine Erzeugungsanlage, in der gleichzeitig Nutzwärme (thermische Energie), elektrische Energie und/oder mechanische Energie in einem Prozess mit den in Anhang I der KWK-Richtlinie angeführten KWK-Technologien erzeugt wird;
25. “Kunde“ Endverbraucher, Stromhändler sowie Elektrizitätsunternehmen, die elektrische Energie kaufen;
26. “Lastprofil“ eine in Zeitintervallen dargestellte Bezugsmenge oder Liefermenge eines Einspeisers oder Entnehmers;
27. “Lieferant“ ein Elektrizitätsunternehmen, das elektrische Energie anderen zur Verfügung stellt;
28. “Marktregeln“ die Summe aller Vorschriften, Regelungen und Bestimmungen auf gesetzlicher oder vertraglicher Basis, die Marktteilnehmer im Elektrizitätsmarkt einzuhalten haben, um ein geordnetes Funktionieren dieses Marktes zu ermöglichen und zu gewährleisten;
29. “Netzanschluss“ die physische Verbindung der Anlage eines Netzzugangsberechtigten mit dem Netz; diese kann auch durch Mitbenutzungsrechte an gemeinschaftlichen elektrischen

Anlagen im Ausmaß des jeweiligen Eigenverbrauches des Netzzugangsberechtigten gegeben sein;

30. “Netzzugangspunkt“ jenen zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses für die Herstellung des Netzzuganges unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen des Netzzugangsberechtigten und der Netznutzer technisch geeigneten Punkt, an dem elektrische Energie eingespeist oder entnommen wird;
31. “Netznutzer“ jede natürliche oder juristische Person, Personengesellschaft des Handelsrechtes oder eingetragene Erwerbsgesellschaft, die elektrische Energie in ein Netz einspeist oder entnimmt;
32. “Netzbereich“ jener Teil eines Netzes, für dessen Benutzung dieselben Preisansätze gelten;
33. “Netzbetreiber“ ein Elektrizitätsunternehmen, das ein Übertragungs- oder Verteilernetz mit einer Nennfrequenz von 50 Hz betreibt;
34. “Netzebene“ ein im Wesentlichen durch das Spannungsniveau bestimmter Teilbereich des Netzes;
35. “Netzzugang“ die Nutzung eines Netzes durch Netzzugangsberechtigte;
36. “Netzzugangsberechtigter“ einen Kunden oder einen Erzeuger;
37. “Netzzugangsvertrag“ die individuelle Vereinbarung zwischen einem Netzzugangsberechtigten und einem Netzbetreiber, die die Inanspruchnahme des Netzes und – falls erforderlich – den Netzzugang regelt;
38. “Netzzutritt“ die erstmalige Herstellung eines Netzzuganges oder die Erhöhung der Anschlussleistung eines bestehenden Netzzuganges;
39. “Netz“ ein Netz eines Netzbetreibers, das der Versorgung Dritter dient;
40. “Nutzwärme“ die in einem KWK-Prozess zur Befriedigung eines wirtschaftlich vertretbaren Wärme- oder Kühlbedarfs erzeugte Wärme;
41. “Ökostromanlage“ eine Erzeugungsanlage, die aus erneuerbaren Energieträgern elektrische Energie erzeugt und als solche nach dem Ökostromgesetz anerkannt ist;
42. “Regelzone“ die kleinste Einheit des Verbundnetzes, die mit einer Frequenzleistungsregelung ausgerüstet und betrieben wird;
43. “Regelzonenführer“ einen unabhängigen Übertragungsnetzbetreiber, der für die Leistungs-Frequenzregelung in einer Regelzone verantwortlich ist, wobei diese Funktion auch seitens eines dritten Unternehmens erfüllt werden kann, das seinen Sitz in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union hat;
44. “standardisiertes Lastprofil“ ein durch ein geeignetes Verfahren ermitteltes und für eine bestimmte Einspeiser- oder Entnehmergruppe charakteristisches Lastprofil;
45. “Stromhändler“ ein Elektrizitätsunternehmen, das elektrische Energie in Gewinnabsicht verkauft;

46. “Systembetreiber“ einen Netzbetreiber, der über die technisch-organisatorischen Einrichtungen verfügt, um alle zur Aufrechterhaltung des Netzbetriebes notwendigen Maßnahmen setzen zu können;
47. “Übertragung“ den Transport von elektrischer Energie über ein Hochspannungsverbundnetz zum Zwecke der Versorgung von Kunden;
48. “Übertragungsnetzbetreiber“ ein Elektrizitätsunternehmen, das verantwortlich ist für den Betrieb, die Wartung sowie erforderlichenfalls den Ausbau des Übertragungsnetzes und gegebenenfalls der Verbindungsleitungen zu anderen Netzen sowie für die Sicherstellung der langfristigen Fähigkeit des Netzes, eine angemessene Nachfrage nach Übertragung von elektrischer Energie zu befriedigen; Übertragungsnetzbetreiber in NÖ ist die Verbund Austrian Power Grid AG oder deren Rechtsnachfolger;
49. “Übertragungsnetz“ ein Hochspannungsverbundnetz mit einer Spannungshöhe von 110 kV und darüber, das dem überregionalen Transport von elektrischer Energie dient;
50. “unabhängiger Übertragungsnetzbetreiber“ einen Übertragungsnetzbetreiber, der weisungsungebunden und unabhängig von dritten Unternehmen Investitionsentscheidungen trifft;
51. “Verbindungsleitung“ eine Anlage, die zur Verbundschaltung von Elektrizitätsnetzen dient;
52. “Verbundnetz“ eine Anzahl von Übertragungs- und Verteilernetzen, die durch eine oder mehrere Verbindungsleitungen miteinander verbunden sind;
53. “Versorgung“ den Verkauf einschließlich des Weiterverkaufs von elektrischer Energie an Kunden;
54. “Verteilung“ den Transport von elektrischer Energie über Verteilernetze zum Zwecke der Versorgung von Kunden mit elektrischer Energie;
55. “Verteilernetzbetreiber“ ein Elektrizitätsunternehmen, das verantwortlich ist für den Betrieb, die Wartung sowie erforderlichenfalls den Ausbau des Verteilernetzes in einem bestimmten Gebiet und gegebenenfalls der Verbindungsleitungen zu anderen Netzen sowie für die Sicherstellung der langfristigen Fähigkeit des Netzes, eine angemessene Nachfrage nach Verteilung von elektrischer Energie zu befriedigen;
56. “vertikal integriertes Elektrizitätsunternehmen“ ein Unternehmen oder eine Gruppe von Unternehmen, deren gegenseitige Beziehungen durch Rechte, Verträge oder andere Mittel begründet werden, die einzeln oder zusammen unter Berücksichtigung aller tatsächlichen oder rechtlichen Umstände die Möglichkeit gewähren, einen bestimmten Einfluss auf die Tätigkeit eines Unternehmens, insbesondere durch
 - Eigentums- oder Nutzungsrechte an der Gesamtheit oder an Teilen des Vermögens des Unternehmens,
 - Rechte oder Verträge, die einen bestimmenden Einfluss auf die Zusammensetzung, die Beratungen oder Beschlüsse der Organe des Unternehmens gewähren,

auszuüben, wobei das betreffende Unternehmen bzw. die betreffende Gruppe mindestens eine der Funktionen Übertragung oder Verteilung und mindestens eine der Funktionen Erzeugung von oder Versorgung mit elektrischer Energie wahrnimmt.

(2) Verweisungen auf Bundesgesetze sind in folgender Fassung zu verstehen:

1. ArbeitnehmerInnenschutzgesetz: BGBl. Nr. 450/1994 in der Fassung BGBl. I Nr.159/2001,
2. Eisenbahn-Enteignungsentschädigungsgesetz 1954: BGBl. Nr. 71 in der Fassung BGBl. I Nr. 112/2003,
3. Elektrizitätswirtschafts- und –organisationsgesetz – ElWOG: BGBl. I Nr. 143/1998 in der Fassung BGBl. I Nr. 63/2004,
4. Finanzstrafgesetz: BGBl. Nr. 129/1958 in der Fassung BGBl. I Nr. 26/2004,
5. Gewerbeordnung 1994: BGBl. Nr. 194 in der Fassung BGBl. I Nr. 49/2004,
6. HGB: dRGBL. S. 219/1897 in der Fassung BGBl. I Nr. 14/2004,
7. Kartellgesetz 1988: BGBl. Nr. 600 in der Fassung BGBl. I Nr. 112/2003,
8. Ökostromgesetz: BGBl. I Nr. 149/2002,
9. Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 (UVP-G 2000): BGBl. Nr. 697/1993 in der Fassung BGBl. I Nr. 50/2002,
10. Verrechnungsstellengesetz: BGBl. I Nr. 121/2000,
11. Wohnungseigentumsgesetz 2002 (WEG 2002): BGBl. I Nr. 70/2002.

(3) Verweisungen auf gemeinschaftsrechtliche Bestimmungen sind in folgender Fassung zu verstehen:

1. Elektrizitätsbinnenmarkttrichtlinie: Richtlinie 2003/54/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2003 über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 96/92/EG, Abl. Nr. L 176 vom 15. Juli 2003, S 37,
2. Informationsrichtlinie: Richtlinie 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften, Abl. Nr. L 204 vom 21. Juli 1998, S.37ff, in der Fassung der Richtlinie 98/48/EG, Abl. Nr. L 217 vom 5. 8. 1998, S.18ff,
3. IPPC-Richtlinie: Richtlinie 96/61/EG des Rates vom 24. September 1996 über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung, Abl. Nr. L 257 vom 10. 10. 1996, S. 26ff in der Fassung der Richtlinie 2003/35/EG des europäischen Parlamentes und des Rates vom 26. 5. 2003, Abl. Nr. L156/17 vom 25. 6. 2003, S. 17ff,
4. Seveso II Richtlinie: Richtlinie 96/82/EG des Rates vom 9. Dezember 1996 zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Gütern, Abl. Nr. L 010 vom

14. 1. 1996, S. 13ff in der Fassung der Richtlinie 2003/105/ EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. 12. 2003 zur Änderung der Richtlinie 96/82/EG des Rates, Abl. Nr. L 345/97 vom 31. 12. 2003, S. 97ff,
5. KWK-Richtlinie: Richtlinie 2004/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 über die Förderung einer am Nutzwärmebedarf orientierten Kraft-Wärme-Kopplung im Energiebinnenmarkt, ABl. Nr. L 52 vom 21. 2. 2004, S. 50ff.

Industriellenvereinigung Niederösterreich

§ 2 Z. 10: Die Definition der „Engpassleistung“ stützt sich auf die ÖNORM-M-7101 P.4.2. Die technische Entwicklung und die Hereinnahme in Rechtsvorschriften folgt anderen Kriterien und Kundmachungsmethoden als die österreichische Bundes- und Landesgesetzgebung. Nach dem von Lehre und Rechtssprechung als ausschließlich rechtsgemäße Vorgangsweise erarbeitete „statische Verweisung“ kann immer wieder der Fall eintreten, dass die genaue Rechtslage (tatsächlich verbindliche ÖNORM) nicht Verordnungsqualität besitzt. § 2 Z. 18: Hier fehlt eine Definition dahin, was begrifflich und zweifelsfrei eine „hocheffiziente KWK-Anlage“ ist.

EVN AG

- a) Die Begriffsbestimmung in Z 2 betreffend die Betriebsstätte sollte entfallen; da bereits eine vollständige Marktöffnung gegeben ist, kommt dieser Begriffsbestimmung keine wie immer geartete Bedeutung mehr zu.
- b) In Z 29 sollte eine Ergänzung wie folgt aufgenommen werden: „dies kann auch durch Mitbenutzungsrechte an gemeinschaftlichen Leitungen im Ausmaß des jeweiligen Eigenverbrauches des Netzzugangsberechtigten gegeben sein.“

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

In der Definition in Z. 12 wird „erneuerbare Energieträger“ mit sich selbst definiert, was nicht glücklich erscheint. Es wird vorgeschlagen, die Definition des EIWOG zu übernehmen.

WIENSTROM GmbH

Rechtsgrundlagen: § 2 Z. 2, 29, 30, 31, 35, 36, 38, § 30, § 39, § 40 des Entwurfes

Im Gesetz wäre klarzustellen, dass das Recht auf Netzzugang von Endverbrauchern ausschließlich zur Deckung ihres Eigenbedarfes besteht. Dies sollte im neuen NÖ EIWG eindeutig und klar zum Ausdruck gebracht werden. Dies entspricht unseres Erachtens nicht nur Sinn und Zweck des Netzzugangs, sondern ist insbesondere auch aus Gründen der „Gleichstellung“ sämtlicher Endverbraucher vorzusehen (Beispiel in der Praxis: Einfamilienhäusern in ländlichen Gebieten versus Wohnungseigentumsanlagen). Im Gesetz wäre zumindest klarzustellen, dass dem Begriff der „Betriebsstätte“ im Zusammenhang mit dem Recht auf Netzzugang keinerlei Bedeutung zukommt. Im Übrigen dürfen wir für den Fall der Zulässigkeit des „Netzanschluss-Poolings mehrerer Endverbraucher“

auf unsere Argumente (mit ihren Auswirkungen, Rechtsfolgen) verweisen, die wir der Behörde im Verfahren WST6-AL-967/029-04, WIENSTROM gegen KGV Bauträger GmbH) zu Kenntnis gebracht haben.

§ 3

Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen

- (1) Den Netzbetreibern werden nachstehende gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen im Allgemeininteresse aufgelegt:
1. die diskriminierungsfreie Behandlung aller Netzzugangsberechtigten,
 2. der Abschluss von privatrechtlichen Verträgen mit Netzzugangsberechtigten über den Anschluss an ihr Netz (Allgemeine Anschlusspflicht) nach Maßgabe dieses Gesetzes,
 3. die Errichtung und Erhaltung einer für die inländische Versorgung mit elektrischer Energie oder für die Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen ausreichenden Netzinfrastruktur,
 4. die Erfüllung der durch Rechtsvorschriften auferlegten Pflichten im öffentlichen Interesse.
- (2) Elektrizitätsunternehmen, zu deren Tätigkeitsbereich die Versorgung von Haushaltskunden zählt, haben die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung, Haushaltskunden mit elektrischer Energie der Standardqualität zu angemessenen Preisen zu versorgen (Grundversorgung). Die Versorgung von Haushaltskunden, die einem Stromhändler oder sonstigen Lieferanten auf Grund einer durch die Energie-Control GmbH angeordneten Zuweisung zu einer Bilanzgruppe (Versorger letzter Instanz) zugeteilt werden, muss im Einzelfall zu wirtschaftlich zumutbaren Bedingungen erfolgen.
- (3) Die Elektrizitätsunternehmen haben die bestmögliche Erfüllung der ihnen gemäß Abs. 1 und 2 im Allgemeininteresse auferlegten Verpflichtungen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln anzustreben.

EVN AG

Zu der in Abs. 2 geforderten Grundversorgung wäre klarzustellen, dass die Grundversorgung auch dem Elektrizitätsunternehmen wirtschaftlich zumutbar sein muss; es sollte daher auf den Standardtarif abgestellt werden. Eine vergleichbare Ergänzung (Standardtarif) wäre auch in § 45 Abs. 2 vorzusehen.

WIENSTROM GmbH

Rechtsgrundlagen: §§ 3 Abs. 2, 45 Abs. 2 des Entwurfes: Der vorliegende Entwurf sieht für Haushaltskunden einen Anspruch auf Grundversorgung zu angemessenen Preisen entsprechend der EBRL 2003 (Art. 3 Abs. 3) vor. Dabei geht (nach unserem Verständnis) der Gesetzesentwurf offensichtlich davon aus, dass Haushaltskunden einem „Versorger letzter Instanz“ durch die ECG zugewiesen werden sollen. Abgesehen davon, dass sich in der Vergangenheit die ECG in derartigen Fällen für

unzuständig erklärte (Arg. Eine Zuweisung eines Kunden gemäß § 46 Abs. 5 ElWOG zu einer Bilanzgruppe setzt nach Auffassung der ECG einen aufrechten Stromlieferungsvertrag voraus¹), siehe beiliegenden Bescheid), darf nach unserer Auffassung der Anspruch auf Grundversorgung nicht mit behördlich angeordneten „Strompreisen“ verknüpft werden. § 3 Abs. 2 und § 45 Abs. 2 des Entwurfes könnten sinngemäß daher wie folgt lauten:

§ 3 Abs. 2: „Stromhändlern, zu deren Tätigkeitsbereich die Versorgung von Haushaltskunden mit elektrischer Energie zählt, wird die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung auferlegt, Haushaltskunden unter den Voraussetzungen des § 45 Abs. 2 mit elektrischer Energie zu beliefern“.

§ 4

Grundsätze beim Betrieb von Elektrizitätsunternehmen

Elektrizitätsunternehmen haben als kunden- und wettbewerbsorientierte Anbieter von Energiedienstleistungen nach den Grundsätzen einer kostengünstigen, sicheren, umweltverträglichen und effizienten Bereitstellung der nachgefragten Dienstleistungen sowie eines wettbewerbsorientierten und wettbewerbsfähigen Elektrizitätsmarktes zu agieren. Diese Grundsätze sind als Unternehmensziele zu verankern.

Hauptstück II

Erzeugungsanlagen

Abschnitt 1

Genehmigungsverfahren

§ 5

Genehmigungspflicht

- (1) Unbeschadet der nach anderen Vorschriften erforderlichen Genehmigungen oder Bewilligungen bedarf die Errichtung, wesentliche Änderung und der Betrieb einer Erzeugungsanlage mit einer Engpassleistung von mehr als 20 Kilowatt (kW), soweit sich aus den Abs. 2, 3 oder 4 nichts anderes ergibt, nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen einer elektrizitätsrechtlichen Genehmigung (Anlagengenehmigung).
- (2) Erzeugungsanlagen, für deren Errichtung und Betrieb eine Genehmigung oder Bewilligung nach abfall-, berg-, fernmelde-, gewerbe-, luftreinhalte- oder verkehrsrechtlichen Vorschriften erforderlich ist, unterliegen nicht dem Hauptstück II.
- (3) Die Aufstellung, Bereithaltung und der Betrieb von mobilen Erzeugungsanlagen unterliegen nicht der Genehmigungspflicht gemäß Abs. 1.
- (4) Erzeugungsanlagen, die auch der mit dieser Tätigkeit in wirtschaftlichem und fachlichem Zusammenhang stehenden Gewinnung und Abgabe von Wärme dienen, unterliegen nicht dem

¹ Bescheid der ECG vom 6.9.2002, GZ G SON 29/02;

Hauptstück II, wenn für diese Erzeugungsanlagen eine Genehmigungspflicht nach der Gewerbeordnung 1994 besteht.

- (5) Im Zweifel hat die Behörde auf Antrag mit Bescheid festzustellen, ob eine Änderung im Sinne des Abs. 1 einer Genehmigung bedarf. Wesentlich sind jedenfalls Änderungen des Zwecks, der Betriebsweise, des Umfangs der Erzeugungsanlage, der verwendeten Primärenergien und der Einrichtungen oder Ausstattungen, wenn sie geeignet sind, größere oder andere Gefährdungen oder Belästigungen herbeizuführen. Der Austausch von gleichartigen Maschinen und Geräten sowie Maßnahmen zur Instandhaltung oder Instandsetzung gelten nicht als wesentliche Änderungen.
- (6) Weist eine nach Abs. 2 genehmigte oder bewilligte Erzeugungsanlage nicht mehr den Charakter einer abfall-, berg-, fernmelde-, gewerbe-, luftreinhalte-, oder verkehrsrechtlichen Anlage auf, so hat dies der Betreiber der Anlage der nunmehr zur Genehmigung zuständigen Behörde anzuzeigen. Ab dem Einlangen dieser Anzeige gilt die Genehmigung oder Bewilligung gemäß Abs. 2 als Genehmigung nach diesem Gesetz.

ARGE der Bezirkshauptleute

Beabsichtigt ist auch Anlagen, für die nach luftreinhalterrechtlichen Vorschriften eine Bewilligung erforderlich ist, von der elektrizitätsrechtlichen Genehmigungspflicht auszunehmen. Durch die geplante Beseitigung von Doppelgeleisigkeiten werden in Zukunft diese Anlagen - wie bisher - von der Bezirksverwaltungsbehörde auf Grund der Bestimmungen des Luftreinhaltegesetzes für Kesselanlagen beurteilt. Es wird darauf hingewiesen, dass sich durch die geplante energierechtliche Bewilligungsfreistellung der Beurteilungsumfang der Bezirksverwaltungsbehörden im luftreinhalterrechtlichen Verfahren nicht ändert. Inwieweit dadurch eventuell derzeit im Rahmen der energierechtlichen Bewilligung zu beurteilende Schutzzwecke nicht mehr geprüft werden, möge von der Abteilung Energie- und Strahlenschutzrecht beurteilt werden.

§ 6

Antragsunterlagen

- (1) Die Erteilung der elektrizitätsrechtlichen Genehmigung ist bei der Behörde schriftlich zu beantragen.
- (2) Dem Antrag sind folgende Unterlagen, erstellt von einem nach den berufsrechtlichen Vorschriften hiezu Befugten, in zweifacher Ausfertigung anzuschließen:
 1. ein technischer Bericht mit Angaben über Zweck, Umfang, Betriebsweise und technische Ausführung der geplanten Erzeugungsanlage; insbesondere über Primärenergien, Energieumwandlung, Engpassleistung und Spannung; Pläne über die Ausführung,
 2. ein Plan, aus welchem der Standort der Erzeugungsanlage und die betroffenen Grundstücke mit ihren Grundstücksnummern ersichtlich sind,

3. ein Verzeichnis der von der Erzeugungsanlage berührten fremden Anlagen, wie Eisenbahnen, Versorgungsleitungen und dergleichen, mit Namen und Anschrift der Eigentümer,
 4. die sich aus dem zum Zeitpunkt der Antragstellung aktuellen Grundbuchstand ergebenden Namen und Anschriften der Eigentümer der Grundstücke, auf welchen die Erzeugungsanlage errichtet werden soll, einschließlich der dinglich Berechtigten mit Ausnahme der Hypothekargläubiger, und der Eigentümer der unmittelbar an den Standort der Erzeugungsanlage - ausgenommen Nebenanlagen - angrenzenden Grundstücke, die in einem Abstand von nicht mehr als 800 m von der Anlage liegen; wenn diese Eigentümer Wohnungseigentümer im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes 2002 sind, die Namen und Anschriften des jeweiligen Vertreters der Eigentümergemeinschaft (§ 18 WEG 2002),
 5. ein Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Flächenwidmungsplan, aus welchem die Widmung der von der Erzeugungsanlage betroffenen und der an die Anlage unmittelbar angrenzenden Grundstücke ersichtlich ist,
 6. ein Verzeichnis allfälliger Bergbaugebiete, in denen die Erzeugungsanlage liegt oder zu liegen kommt, samt Namen und Anschrift der Bergbauberechtigten,
 7. eine Begründung für die Wahl des Standortes unter Berücksichtigung der tatsächlichen örtlichen Verhältnisse und - bei Erzeugungsanlagen mit einer Engpassleistung von mehr als 250 kW - der im § 56 NÖ Bauordnung 1996, LGBl. 8200, begründeten öffentlichen Interessen, wobei eine planliche Darstellung unter Berücksichtigung der Blickbeziehungen und Sichtachsen, eine Photomontage, eine Beschreibung der Gestaltungscharakteristik der nächstgelegenen Orte und der umgebenden Landschaft sowie eine perspektivische Ansicht anzuschließen sind,
 8. eine Beschreibung und Beurteilung der voraussichtlichen Gefährdungen und Belästigungen im Sinne des § 11 Abs. 1,
 9. eine Beschreibung der Maßnahmen, mit denen Gefährdungen oder Belästigungen des Vorhabens beseitigt, verringert oder ausgeglichen werden sollen,
 10. eine Beschreibung, auf welche Art und Weise die bei der Erzeugung zum Einsatz gelangenden Energien effizient genutzt und auf welche Art und Weise Rückstände verwertet, gelagert oder entsorgt werden sollen,
 11. Angaben über den Netzanschlusspunkt, Darstellung der Anschlussanlage,
 12. ein Verzeichnis der unmittelbar angrenzenden Gemeinden bei Erzeugungsanlagen mit einer Engpassleistung von mehr als 250 kW,
 13. der Nachweis des Eigentums an den Grundstücken, die von Maßnahmen zur Errichtung oder Änderung von Erzeugungsanlagen dauernd oder vorübergehend in Anspruch genommen werden sollen oder, wenn der Eigentümer nicht Antragsteller ist, die Zustimmungserklärung dieser Grundeigentümer, soweit sie erlangt werden konnten.
- (3) Die Behörde kann von der Beibringung einzelner im Abs. 2 angeführter Unterlagen absehen, wenn diese für das Genehmigungsverfahren entbehrlich sind. Sie kann die Beibringung weite-

rer Unterlagen verlangen, wenn diese für die Beurteilung des Vorhabens im Genehmigungsverfahren erforderlich sind.

- (4) Die Behörde kann die Vorlage zusätzlicher Ausfertigungen aller oder einzelner nach Abs. 2 oder 3 erforderlichen Unterlagen oder Angaben verlangen, wenn dies zur Beurteilung durch sonstige öffentliche Dienststellen oder zur Begutachtung durch Sachverständige notwendig ist.

IG Windkraft

§ 6 Abs. 2, Z. 4; § 7 Abs. 2; § 8 Abs. 1: Es muss wie bisher genügen, dass Grundeigentümer angrenzender Grundstücke, welche in einem Abstand von nicht mehr als 500 m von der Anlage liegen, genannt und in der Folge persönlich geladen werden. Eine Erhöhung dieser Entfernung auf 800 m scheint überzogen, zumal der Schutz der Nachbarn ja ohnehin durch die Weite des Nachbarbegriffs im elektrizitätsrechtlichen Verfahren gewährleistet ist.

§ 7

Vereinfachtes Verfahren

- (1) Ergibt sich aus dem Genehmigungsantrag und dessen Unterlagen, dass die Erzeugungsanlage
1. ausschließlich zur Notstromversorgung bestimmt ist,
 2. eine Engpassleistung von höchstens 250 kW ausweist oder
 3. mit Hilfe der Halbleitertechnik Sonnenlicht direkt in elektrische Energie umwandelt und die Gesamtfläche der Solarzellen nicht mehr als 500 m² beträgt,

so hat - sofern das Errichten oder der Betrieb im vorgesehenen Standort durch landesrechtliche Vorschriften nicht verboten ist - die Behörde das Projekt durch Anschlag an der Amtstafel in der Standortgemeinde mit dem Hinweis bekannt zu geben, dass die Projektsunterlagen innerhalb eines bestimmten, vier Wochen nicht überschreitenden Zeitraumes bei der Standortgemeinde zur Einsichtnahme aufliegen und dass Nachbarn innerhalb dieses Zeitraumes von ihrem Recht Gebrauch machen können, begründete Einwendungen im Sinne des § 11 Abs. 1 Z. 2 und 3 gegen die Erzeugungsanlage bei der Behörde zu erheben; nach Ablauf der im Anschlag angeführten Frist hat die Behörde unter Bedachtnahme auf die eingelangten Einwendungen der Nachbarn die die Anwendung des vereinfachten Verfahrens begründende Beschaffenheit der Anlage mit Bescheid festzustellen und erforderlichenfalls Aufträge zum Schutz der gemäß § 11 Abs. 1 wahrzunehmenden Interessen zu erteilen; dieser Bescheid gilt als Genehmigungsbescheid für die Erzeugungsanlage. Die Behörde hat diesen Bescheid binnen drei Monaten nach Einlangen des Antrages und der erforderlichen Unterlagen zum Antrag zu erlassen. Können auch durch Aufträge die gemäß § 11 Abs. 1 wahrzunehmenden Interessen nicht hinreichend geschützt werden, ist der Antrag abzuweisen.

- (2) Den Eigentümern der unmittelbar an den Standort der Erzeugungsanlage - ausgenommen Nebenanlagen - angrenzenden Grundstücke, die in einem Abstand von nicht mehr als 800 m von der Anlage liegen, den im § 8 Abs. 4 genannten Netzbetreibern und den im § 10 Z. 2, 4 und 5 genannten Personen ist der Inhalt des Anschlags nachweislich schriftlich zur Kenntnis zu bringen. § 8 Abs. 1 vierter Satz gilt sinngemäß.
- (3) Genehmigungspflichtige Änderungen einer Erzeugungsanlage gemäß Abs. 1 sind dem vereinfachten Verfahren zu unterziehen, wenn auch für die durch die Änderung entstehende Anlage ein vereinfachtes Verfahren zulässig ist.

§ 8

Genehmigungsverfahren

Anhörungsrechte

- (1) Die Behörde hat, ausgenommen in den Fällen des § 7, auf Grund eines Antrages um Genehmigung der Errichtung und des Betriebes einer Erzeugungsanlage oder um Genehmigung der Änderung einer genehmigten Erzeugungsanlage eine mündliche Verhandlung anzuberaumen. Gegenstand, Zeit und Ort der mündlichen Verhandlung sowie die Voraussetzungen zur Aufrechterhaltung der Parteistellung der Nachbarn sind durch Anschlag an der Amtstafel in der Standortgemeinde und - falls die Erzeugungsanlage auch Auswirkungen im Sinne des § 11 Abs. 1 Z. 2, 3 und 5 auf unmittelbar angrenzende Gemeinden haben könnte - auch durch Anschlag an der Amtstafel in diesen Gemeinden bekannt zu geben. Die Eigentümer der unmittelbar an den Standort der Erzeugungsanlage - ausgenommen Nebenanlagen - angrenzenden Grundstücke, die im Abstand von nicht mehr als 800 m von der Anlage liegen, und die im § 10 Z. 1, 2 und 4 genannten Personen sind persönlich zu laden. Wenn diese Eigentümer oder die Grundeigentümer gemäß § 10 Z. 2 Wohnungseigentümer im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes 2002 sind, sind die im zweiten Satz angeführten Angaben dem Vertreter der Eigentümergemeinschaft (§ 18 WEG 2002) nachweislich schriftlich mit dem Auftrag zur Kenntnis zu bringen, diese Angaben den Wohnungseigentümern unverzüglich z.B. durch Anschlag im Hause bekannt zu geben.
- (2) Ist die Gefahr der Verletzung eines Kunst-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses (§ 40 AVG) gegeben, so ist den Nachbarn die Teilnahme am Augenschein nur mit Zustimmung des Genehmigungswerbers gestattet, doch ist ihr allfälliges Recht auf Parteiengehör zu wahren.
- (3) Werden von Nachbarn privatrechtliche Einwendungen gegen die Erzeugungsanlage vorgebracht, so hat der Verhandlungsleiter auf eine Einigung hinzuwirken; die etwa herbeigeführte Einigung ist in der Niederschrift über die Verhandlung festzuhalten. Im Übrigen ist der Nachbar mit solchen Vorbringen auf den Zivilrechtsweg zu verweisen.
- (4) Soweit die Interessen der Netzbetreiber durch die Errichtung und den Betrieb einer Erzeugungsanlage berührt werden, sind sie zu hören.

- (5) Die Standortgemeinde ist im Verfahren zur Erteilung der elektrizitätsrechtlichen Genehmigung zum Schutz der öffentlichen Interessen im Sinne des § 11 Abs. 1 Z. 1 bis 3 im Rahmen ihres Wirkungsbereiches zu hören.
- (6) Bedürfen genehmigungspflichtige Vorhaben einer Genehmigung, Bewilligung oder Anzeige nach anderen landesgesetzlichen Vorschriften, so haben die zuständigen Behörden das Einvernehmen herzustellen und nach Möglichkeit die Verfahren gleichzeitig durchzuführen.

Verbund (Austrian Power Grid AG)

Im Verfahren zur Genehmigung der Errichtung und Betrieb von Erzeugungsanlagen haben Netzbetreiber lediglich ein Anhörungsrecht (§ 8 (4)), soweit ihre Interessen durch die Errichtung und den Betrieb der Erzeugungsanlage berührt werden. Eine Parteienstellung gemäß § 10 bzw. § 24 (9) wird Netzbetreibern – und zwar sowohl Verteil- als auch Übertragungsnetzbetreibern – nicht zuerkannt. Die Erfahrungen im Zusammenhang mit der Errichtung größerer Erzeugungsanlagen – gleichgültig ob alternativ oder konventionell – haben gezeigt, dass deren Inbetriebnahme und Einspeisung erhebliche Aus- und Rückwirkungen sowohl auf die betroffenen Verteil- als auch das übergeordnete Untertragungsnetz hervorrufen, die auf Grund des untrennbaren Zusammenhanges von Erzeugungsanlagen mit den Verteil- und Übertragungsnetzen zu massiven Beeinträchtigungen der Netze hinsichtlich Betriebs- und Versorgungssicherheit führen können. Aus diesen Gründen sowie auf Grund der bestehenden Anschlusspflicht von Erzeugungsanlagen, erscheint eine Parteienstellung von Übertragungsnetz- und Verteilnetzbetreibern im Genehmigungsverfahren zur Errichtung, Änderung und Betrieb von Erzeugungsanlagen unverzichtbar und sollte im Gesetzestext entsprechend vorgesehen sein. Diese könnte den Netzbetreibern durch eine gleichlautende Ergänzung in § 10 (1) um eine lit. 7 sowie § 24 (9) um eine gleichlautende lit. 3 zuerkannt werden: Die Netzbetreiber (Verteil- und Übertragungsnetzbetreiber), deren Interessen durch die Errichtung und Betrieb einer Erzeugungsanlage berührt werden können.

§ 9

Nachbarn

- (1) Nachbarn sind alle Personen, die durch die Errichtung, den Bestand oder den Betrieb einer Erzeugungsanlage gefährdet oder belästigt oder deren Eigentum oder sonstige dingliche Rechte gefährdet werden könnten. Als Nachbarn gelten nicht Personen, die sich vorübergehend in der Nähe der Betriebsanlage aufhalten und nicht im Sinne des vorherigen Satzes dinglich berechtigt sind. Als Nachbarn gelten jedoch die Betreiber von Einrichtungen, in denen sich, wie etwa in Beherbergungsbetrieben, Krankenanstalten und Heimen, regelmäßig Personen vorübergehend aufhalten, hinsichtlich des Schutzes dieser Personen und die Erhalter von Schulen hinsichtlich des Schutzes der Schüler, der Lehrer und der sonst in Schulen ständig beschäftigten Personen.

- (2) Als Nachbarn sind auch die im Abs. 1 erster Satz genannten Personen zu behandeln, die auf grenznahen Grundstücken im Ausland wohnen, wenn in dem betreffenden Staat österreichische Nachbarn in den entsprechenden Verfahren rechtlich oder doch tatsächlich den gleichen Nachbarschutz genießen.

§ 10

Parteien

- (1) In Verfahren gemäß den §§ 7 und 8 haben Parteistellung:

1. der Genehmigungswerber,
2. alle Grundeigentümer, deren Grundstücke samt ihrem darunter befindlichen Boden oder darüber befindlichen Luftraum von Maßnahmen zur Errichtung oder Änderung von Erzeugungsanlagen dauernd oder vorübergehend in Anspruch genommen werden sowie die an diesen Grundstücken dinglich Berechtigten - ausgenommen Hypothekargläubiger - und die Bergbauberechtigten,
3. die Nachbarn hinsichtlich des Schutzes der gemäß § 11 Abs. 1 Z. 2 und 3 wahrzunehmenden Interessen,
4. die NÖ Umweltschutzbehörde nach Maßgabe des § 11 des NÖ Umweltschutzgesetzes, LGBl. 8050,
5. die Standortgemeinde zur Wahrung der im § 56 der NÖ Bauordnung 1996, LGBl. 8200, begründeten öffentlichen Interessen,
6. über Antrag eine unmittelbar angrenzende Gemeinde, wenn durch die Errichtung und den Betrieb einer Erzeugungsanlage mit einer Engpassleistung von mehr als 250 kW die im § 56 der NÖ Bauordnung 1996, LGBl. 8200, begründeten öffentlichen Interessen der unmittelbar angrenzenden Gemeinde wesentlich beeinträchtigt werden können.

- (2) Die im Abs. 1 Z. 2 bis 6 genannten Personen verlieren ihre Parteistellung, wenn sie nicht fristgerecht begründete Einwendungen erheben.

Verbund (Austrian Power Grid AG)

Parteistellung im Genehmigungsverfahren zur Errichtung, wesentlicher Änderung und Betrieb von Erzeugungsanlagen - §§ 10 und 24 (9)

§ 11

Voraussetzungen für die Erteilung der elektrizitätsrechtlichen Genehmigung

- (1) Erzeugungsanlagen sind entsprechend dem Stand der Technik so zu errichten, zu ändern und zu betreiben, dass durch die Errichtung und den Betrieb der Anlage oder durch die Lagerung von Betriebsmitteln oder Rückständen und dergleichen
 1. das Leben oder die Gesundheit des Betreibers der Erzeugungsanlage und
 2. das Leben oder die Gesundheit sonstiger Personen oder das Eigentum oder sonstige dingliche Rechte nicht gefährdet werden,
 3. Nachbarn durch Lärm, Geruch, Erschütterung, Wärme, Schwingungen, Blendung oder in anderer Weise nicht unzumutbar belästigt werden,
 4. die zum Einsatz gelangende Energie unter Bedachtnahme auf die Wirtschaftlichkeit effizient eingesetzt wird und
 5. der Standort geeignet ist.
- (2) Unter einer Gefährdung des Eigentums im Sinne des Abs. 1 Z. 2 ist die Möglichkeit einer bloßen Minderung des Verkehrswertes des Eigentums nicht zu verstehen.
- (3) Ob Belästigungen im Sinne des Abs. 1 Z. 3 zumutbar sind, ist danach zu beurteilen, wie sich die durch die Erzeugungsanlage verursachten Änderungen der tatsächlichen örtlichen Verhältnisse auf ein gesundes, normal empfindendes Kind und auf einen gesunden, normal empfindenden Erwachsenen auswirken.
- (4) Der Standort ist jedenfalls dann nicht geeignet, wenn das Errichten oder Betreiben der Erzeugungsanlage zum Zeitpunkt der Entscheidung durch raumordnungsrechtliche Vorschriften verboten ist, oder wenn die in § 56 NÖ Bauordnung 1996, LGBl. 8200, begründeten öffentlichen Interessen wesentlich beeinträchtigt werden.

§ 12

Erteilung der Genehmigung

- (1) Die Erzeugungsanlage ist mit schriftlichem Bescheid zu genehmigen, wenn die Voraussetzungen gemäß § 11 Abs. 1 erfüllt sind; insbesondere, wenn nach dem Stande der Technik und dem Stande der medizinischen und der sonst in Betracht kommenden Wissenschaften zu erwarten ist, dass überhaupt oder bei Einhaltung der erforderlichenfalls vorzuschreibenden bestimmten geeigneten Auflagen, die nach den Umständen des Einzelfalls voraussehbaren Gefährdungen vermieden und Belästigungen auf ein zumutbares Maß beschränkt werden. Können die Voraussetzungen auch durch solche Auflagen nicht erfüllt werden, ist die elektrizitätsrechtliche Genehmigung zu versagen.
- (2) Die Behörde hat Emissionen nach dem Stand der Technik durch geeignete Auflagen zu begrenzen.

- (3) Die Behörde kann zulassen, dass bestimmte Auflagen erst ab einem dem Zeitaufwand der hierfür erforderlichen Maßnahmen entsprechend festzulegenden Zeitpunkt nach Inbetriebnahme der Anlage oder von Teilen der Anlage eingehalten werden müssen, wenn dagegen keine Bedenken vom Standpunkt des Schutzes der im § 11 Abs. 1 umschriebenen Interessen bestehen.
- (4) Stand der Technik ist der auf den einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhende Entwicklungsstand fortschrittlicher technologischer Verfahren, Einrichtungen, Bau- oder Betriebsweisen, deren Funktionstüchtigkeit erprobt und erwiesen ist. Bei der Bestimmung des Standes der Technik sind insbesondere vergleichbare Verfahren, Einrichtungen, Bau- oder Betriebsweisen heranzuziehen und ist die Verhältnismäßigkeit zwischen dem Aufwand für die erforderlichen technischen Maßnahmen und dem dadurch bewirkten Nutzen für die jeweils zu schützenden Interessen zu berücksichtigen.
- (5) Durch einen Wechsel in der Person des Betreibers der Erzeugungsanlage wird die Wirksamkeit der Genehmigung nicht berührt. Der Genehmigung kommt insofern dingliche Wirkung zu, als daraus erwachsende Rechte auch vom Rechtsnachfolger geltend gemacht werden können und daraus erwachsende Pflichten auch vom Rechtsnachfolger zu erfüllen sind. Der Rechtsnachfolger hat unverzüglich die Behörde vom Wechsel zu verständigen.
- (6) Soweit Änderungen einer Genehmigung bedürfen, hat diese Genehmigung auch die bereits genehmigte Erzeugungsanlage soweit zu umfassen, als es wegen der Änderung zur Wahrung der im § 11 Abs. 1 umschriebenen Interessen gegenüber der bereits genehmigten Anlage erforderlich ist.
- (7) Die im Zuge eines nach diesem Gesetz durchgeführten Verfahrens getroffenen Übereinkommen sind auf Antrag eines Beteiligten von der Behörde im Bescheid zu beurkunden.
- (8) Die Fertigstellung der Erzeugungsanlage ist vom Betreiber der Behörde schriftlich anzuzeigen. Mit dieser Anzeige erhält der Betreiber das Recht, mit dem Betrieb zu beginnen.

§ 13 Betriebsleiter

- (1) Hat die Behörde Grund zur Annahme, dass der Betreiber der Erzeugungsanlage fachlich nicht befähigt ist, den Betrieb zu leiten und zu überwachen, hat sie den Betreiber mit Bescheid aufzufordern, binnen angemessener Frist für die technische Leitung und Überwachung des Betriebes einen Betriebsleiter zu bestellen, der verlässlich und fachlich befähigt sein muss. § 53 Abs. 4 bis 7 gilt sinngemäß. Der bestellte Betriebsleiter ist der Behörde unter Vorlage entsprechender Unterlagen bekannt zu geben.
- (2) Die fachliche Befähigung ist anzunehmen, wenn nach dem Bildungsgang und der bisherigen Tätigkeit angenommen werden kann, dass die vorgesehene Person die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen besitzt, die erforderlich sind, um die Anlage entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen und den nach diesem Gesetz erteilten Genehmigungen zu leiten und zu überwachen.

- (3) Ein Wechsel in der Person des Betriebsleiters ist vom Betreiber der Erzeugungsanlage unter Anschluss der erforderlichen Unterlagen unverzüglich anzuzeigen.
- (4) Die Behörde hat zu prüfen, ob der bestellte Betriebsleiter verlässlich ist und die fachliche Befähigung besitzt. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, so hat sie dies mit Bescheid festzustellen.
- (5) Wird der Aufforderung gemäß Abs. 1 nicht entsprochen oder wird festgestellt, dass der Betriebsleiter nicht verlässlich oder fachlich befähigt ist, hat die Behörde mit Bescheid den Betrieb zu untersagen. Liegen die Voraussetzungen für die Untersagung nicht mehr vor, hat die Behörde den Untersagungsbescheid zu widerrufen.

§ 14

Betriebsgenehmigung

Probetrieb

- (1) Die Behörde kann in der elektrizitätsrechtlichen Genehmigung gemäß § 12 Abs. 1 anordnen, dass die Erzeugungsanlage oder Teile von ihr erst auf Grund einer Betriebsgenehmigung in Betrieb genommen werden dürfen, wenn im Zeitpunkt der Genehmigung nicht ausreichend beurteilt werden kann, ob die Auswirkungen der genehmigten Anlage oder von Teilen dieser Anlage betreffenden Auflagen des Genehmigungsbescheides die gemäß § 11 Abs. 1 Z. 1 bis 3 wahrzunehmenden Interessen hinreichend schützen oder zur Erreichung dieses Schutzes andere oder zusätzliche Auflagen erforderlich sind; sie kann zu diesem Zweck nötigenfalls unter Vorschreibung von Auflagen einen befristeten Probetrieb zulassen oder anordnen. Der Beginn des Probetriebes ist der Behörde schriftlich anzuzeigen. Der Probetrieb darf höchstens zwei Jahre und im Falle einer beantragten Fristverlängerung insgesamt höchstens drei Jahre dauern; die Behörde darf eine Fristverlängerung nur einmal und nur um höchstens ein Jahr zulassen oder anordnen, wenn der Zweck des Probetriebes diese Verlängerung erfordert; der Antrag auf Fristverlängerung bzw. auf Betriebsgenehmigung ist vor Ablauf des befristeten Probetriebes zu stellen; durch einen rechtzeitig gestellten Antrag wird der Ablauf der Frist bis zur rechtskräftigen Entscheidung gehemmt.
- (2) Für Erzeugungsanlagen oder Teile derselben, die erst auf Grund einer Betriebsgenehmigung in Betrieb genommen werden dürfen, können bei Erteilung der Betriebsgenehmigung auch andere oder zusätzliche Auflagen vorgeschrieben werden.
- (3) Im Verfahren zur Erteilung der Betriebsgenehmigung haben außer dem Genehmigungswerber nur jene im § 10 Abs. 1 Z. 2 bis 4 genannten Personen Parteistellung, deren Parteistellung im Verfahren gemäß § 8 aufrecht geblieben ist.
- (4) Vor Erteilung der Betriebsgenehmigung hat sich die Behörde an Ort und Stelle zu überzeugen, dass die im Genehmigungsbescheid enthaltenen Angaben und Auflagen erfüllt sind. Weicht das angeführte Vorhaben von der Errichtungsgenehmigung ab und stellt diese Abweichung keine

wesentliche Änderung dar, so ist die Betriebsgenehmigung im Umfang der vorgenommenen Änderungen zu erteilen.

§ 15

Abweichungen vom Genehmigungsbescheid

- (1) Die Behörde hat auf Antrag von der Verpflichtung zur Herstellung des dem Anlagengenehmigungsbescheid oder dem Betriebsgenehmigungsbescheid entsprechenden Zustands dann Abstand zu nehmen, wenn es außer Zweifel steht, dass die Abweichungen die durch den Anlagengenehmigungsbescheid oder Betriebsgenehmigungsbescheid getroffene Vorsorge nicht verringern. Die Behörde hat die Zulässigkeit der Abweichungen mit Bescheid auszusprechen.
- (2) Im Verfahren gemäß Abs. 1 haben außer dem Betreiber nur jene im § 10 Abs. 1 Z. 2 bis 4 genannten Personen Parteistellung, deren Parteistellung im Verfahren gemäß § 7 oder gemäß § 8 aufrecht geblieben ist.

§ 16

Nachträgliche Vorschriften

- (1) Ergibt sich nach der Genehmigung der Erzeugungsanlage, dass die gemäß § 11 Abs. 1 Z. 1 bis 3 zu wahren Interessen trotz Einhaltung der in der elektrizitätsrechtlichen Genehmigung oder in einer allfälligen Betriebsgenehmigung vorgeschriebenen Auflagen nicht hinreichend geschützt sind, so hat die Behörde die nach dem Stand der Technik und dem Stand der medizinischen und der sonst in Betracht kommenden Wissenschaften zur Erreichung dieses Schutzes erforderlichen anderen oder zusätzlichen Auflagen vorzuschreiben. Die Behörde hat solche Auflagen nicht vorzuschreiben, wenn sie unverhältnismäßig sind, vor allem wenn der mit der Erfüllung der Auflagen verbundene Aufwand außer Verhältnis zu dem mit den Auflagen angestrebten Erfolg steht. Dabei sind insbesondere die Nutzungsdauer und die technischen Besonderheiten zu berücksichtigen.
- (2) Zu Gunsten von Personen, die erst nach Genehmigung der Erzeugungsanlage Nachbarn (§ 9) geworden sind, sind Auflagen gemäß Abs. 1 nur soweit vorzuschreiben, als diese zur Vermeidung einer Gefährdung des Lebens oder der Gesundheit dieser Personen notwendig sind. Auflagen im Sinne des Abs. 1 zur Vermeidung einer über die unmittelbare Nachbarschaft hinausreichenden beträchtlichen Belästigung im Sinne des § 11 Abs. 1 Z. 3 sind, sofern sie nicht unter den ersten Satz fallen, zu Gunsten solcher Personen nur dann vorzuschreiben, wenn diese Auflagen im Sinne des Abs. 1 verhältnismäßig sind.
- (3) Die Behörde hat ein Verfahren gemäß Abs. 1 von Amts wegen oder nach Maßgabe des Abs. 4 auf Antrag eines Nachbarn einzuleiten.
- (4) Der Nachbar muss in seinem Antrag gemäß Abs. 3 glaubhaft machen, dass er als Nachbar vor den Auswirkungen der Erzeugungsanlage nicht hinreichend geschützt ist, und nachweisen, dass er bereits im Zeitpunkt der Genehmigung der Erzeugungsanlage oder der betreffenden Änderung

Nachbar im Sinne des § 9 Abs. 1 oder 2 war. Durch die Einbringung dieses Antrages erlangt der Nachbar Parteistellung.

- (5) Die gemäß Abs. 1 vorgeschriebenen Auflagen sind auf Antrag des Betreibers der Erzeugungsanlage aufzuheben oder abzuändern, wenn und soweit die Voraussetzungen für ihre Vorschreibung nicht mehr vorliegen.
- (6) Für Erzeugungsanlagen, die keiner Genehmigung nach § 5 Abs. 1 und 3 bedürfen, gelten die Abs. 1, 3 bis 5 und 7 sinngemäß.
- (7) Der Nachbar ist nicht gemäß § 76 AVG zur Kostentragung verpflichtet, wenn auf Grund seines Antrages andere oder zusätzliche Auflagen vorgeschrieben werden.
- (8) Könnte der hinreichende Schutz der gemäß § 11 Abs. 1 Z. 1 bis 3 wahrzunehmenden Interessen nach Abs. 1 oder Abs. 2 nur durch die Vorschreibung solcher anderer oder zusätzlicher Auflagen erreicht werden, durch die die genehmigte Erzeugungsanlage in ihrem Wesen verändert würde, so hat die Behörde dem Betreiber der Anlage mit Bescheid aufzutragen, ein Sanierungskonzept für die Erzeugungsanlage zur Erreichung des hinreichenden Interessenschutzes und der Begrenzung der Emissionen nach dem Stand der Technik innerhalb einer dem hierfür erforderlichen Zeitaufwand angemessenen Frist zur Genehmigung vorzulegen; für dieses Sanierungskonzept ist der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (Abs. 1) maßgebend. Im Bescheid, mit dem die Sanierung genehmigt wird, hat die Behörde, erforderlichenfalls unter Vorschreibung bestimmter Auflagen, eine dem Zeitaufwand für die vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen entsprechende Frist zur Durchführung der Sanierung festzulegen. § 5 Abs. 5 ist auf diese Sanierung nicht anzuwenden.
- (9) Die vorstehenden Absätze gelten auch sinngemäß für Erzeugungsanlagen, die dem § 7 unterliegen. Im Verfahren gemäß Abs. 1 haben – sofern sich aus Abs. 4 nichts anderes ergibt – außer dem Betreiber nur jene im § 10 Abs. 1 Z. 2 bis 4 genannten Personen Parteistellung, deren Parteistellung im Verfahren gemäß § 7 oder gemäß § 8 aufrecht geblieben ist.

§ 17

Überwachung

- (1) Der Betreiber einer genehmigten Erzeugungsanlage hat diese regelmäßig wiederkehrend zu prüfen oder prüfen zu lassen, ob sie dem Genehmigungsbescheid oder anderen nach dem Hauptstück II dieses Gesetzes ergangenen Bescheiden entspricht. Sofern im Genehmigungsbescheid oder in einem anderen nach dem Hauptstück II dieses Gesetzes ergangenen Bescheid nichts anderes bestimmt ist, betragen die Fristen für die wiederkehrenden Prüfungen zehn Jahre.
- (2) Zur Durchführung der wiederkehrenden Prüfungen gemäß Abs. 1 sind vom Betreiber der Erzeugungsanlage Anstalten des Bundes oder eines Bundeslandes, akkreditierte Stellen im Rahmen des fachlichen Umfangs ihrer Akkreditierung, staatlich autorisierte Anstalten, Ziviltechniker, gerichtlich zertifizierte Sachverständige oder Gewerbetreibende, jeweils im

Rahmen ihrer Befugnisse heranzuziehen; wiederkehrende Prüfungen dürfen auch vom Betreiber der Erzeugungsanlage, sofern er geeignet und fachkundig ist, und von sonstigen geeigneten und fachkundigen Betriebsangehörigen vorgenommen werden. Als geeignet und fachkundig sind Personen anzusehen, wenn sie nach ihrem Bildungsgang und ihrer bisherigen Tätigkeit die für die jeweilige Prüfung notwendigen fachlichen Kenntnisse und Erfahrungen besitzen und auch die Gewähr für eine gewissenhafte Durchführung der Prüfungsarbeiten bieten.

- (3) Über jede wiederkehrende Prüfung ist eine Prüfbescheinigung auszustellen, die insbesondere festgestellte Mängel und Vorschläge zu deren Behebung zu enthalten hat. Die Prüfbescheinigung und sonstige die Prüfung betreffende Schriftstücke sind, sofern im Genehmigungsbescheid oder in einem anderen Bescheid nichts anderes bestimmt ist, vom Betreiber der Anlage bis zur nächsten wiederkehrenden Prüfung der Anlage aufzubewahren.
- (4) Sind in einer Prüfbescheinigung bei der wiederkehrenden Prüfung festgestellte Mängel festgehalten, so hat der Betreiber der Anlage unverzüglich eine Zweitschrift oder Ablichtung dieser Prüfbescheinigung und innerhalb angemessener Frist eine Darstellung der zur Mängelbehebung getroffenen Maßnahmen der Behörde zu übermitteln.
- (5) Der Betreiber einer genehmigten Erzeugungsanlage entspricht seiner Verpflichtung gemäß Abs. 1 auch dann, wenn
 1. er die Anlage einer Umweltbetriebsprüfung im Sinne der Verordnung (EWG) Nr. 1836/93 des Rates vom 29. Juni 1993 über die freiwillige Beteiligung gewerblicher Unternehmen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung oder einer Umweltbetriebsprüfung im Sinn der ÖNORM EN ISO 14001:1996 (Ausgabedatum Dezember 1996) über Umweltmanagementsysteme (erhältlich beim Österreichischen Normungsinstitut, Heinestraße 38, 1021 Wien) unterzogen hat,
 2. die Unterlagen über die Umweltbetriebsprüfung nicht älter als drei Jahre sind und
 3. aus den Unterlagen über diese Umweltbetriebsprüfung hervorgeht, dass im Rahmen dieser Prüfung auch die Übereinstimmung der Erzeugungsanlage mit dem Genehmigungsbescheid und den sonst für die Erzeugungsanlage geltenden Vorschriften geprüft wurde. Abs. 3 zweiter Satz und Abs. 4 gelten sinngemäß.
- (6) Die Behörde kann von Amts wegen Überprüfungen vornehmen.

§ 18

Auflassung, Unterbrechung,Vorkehrungen

- (1) Beabsichtigt der Betreiber einer genehmigten Erzeugungsanlage die Auflassung oder die Unterbrechung des Betriebes seiner Anlage oder eines Teiles seiner Anlage, so hat er die notwendigen Vorkehrungen zur Vermeidung einer Gefährdung oder Belästigung im Sinne des § 11 Abs. 1 Z. 1 bis 3 zu treffen.
- (2) Der Betreiber der Erzeugungsanlage hat den Beginn der Auflassung und seine Vorkehrungen anlässlich der Auflassung der Behörde vorher anzuzeigen. Er hat die Betriebsunterbrechung und seine Vorkehrungen der Behörde innerhalb eines Monats nach Eintritt der Betriebsunterbrechung anzuzeigen, wenn diese Unterbrechung zumindest einen für die Erfüllung des Anlagenzweckes wesentlichen Teil der Anlage betrifft und voraussichtlich länger als ein Jahr dauern wird.
- (3) Reichen die vom Betreiber gemäß Abs. 2 angezeigten Vorkehrungen nicht aus, um den Schutz der im § 11 Abs. 1 Z. 1 bis 3 umschriebenen Interessen zu gewährleisten oder hat der Betreiber oder der ehemalige Betreiber die zur Erreichung dieses Schutzes notwendigen Vorkehrungen nicht oder nur unvollständig getroffen, so hat ihm die Behörde die notwendigen Vorkehrungen mit Bescheid aufzutragen. Ist der Betreiber nicht feststellbar, ist er zur Erfüllung des Auftrages rechtlich nicht im Stande oder kann er aus sonstigen Gründen nicht beauftragt werden, so ist der Auftrag jenen Eigentümern, auf deren Grundstücken die Erzeugungsanlage errichtet ist, zu erteilen.
- (4) Durch einen Wechsel in der Person des Betreibers der Erzeugungsanlage oder der Eigentümer, auf deren Grundstücken die Erzeugungsanlage errichtet ist, wird die Wirksamkeit des bescheidmäßigen Auftrages gemäß Abs. 3 nicht berührt.
- (5) Der Betreiber der Erzeugungsanlage hat der Behörde anzuzeigen, dass er die gemäß Abs. 2 angezeigten oder die von der Behörde gemäß Abs. 3 aufgetragenen Vorkehrungen getroffen hat.
- (6) Reichen die getroffenen Vorkehrungen aus, um den Schutz der im § 11 Abs. 1 Z. 1 bis 3 umschriebenen Interessen zu gewährleisten, und sind keine weiteren Vorkehrungen im Sinne des Abs. 3 mit Bescheid aufzutragen, so hat die Genehmigungsbehörde dies mit Bescheid festzustellen. Mit Eintritt der Rechtskraft dieses Feststellungsbescheides ist die Auflassung beendet und erlischt im Falle der gänzlichen Auflassung der Anlage die Genehmigung.

§ 19

Erlöschen der elektrizitätsrechtlichen Genehmigung

- (1) Die elektrizitätsrechtliche Genehmigung erlischt, wenn
1. die Fertigstellung bei der Behörde nicht innerhalb von fünf Jahren nach rechtskräftiger Erteilung aller erforderlichen Bewilligungen und Genehmigungen angezeigt wird,
 2. nicht zeitgerecht vor Ablauf des befristeten Probebetriebes um Erteilung der Betriebsgenehmigung angesucht wird,
 3. der Betrieb nicht innerhalb eines Jahres nach Anzeige der Fertigstellung oder nach Rechtskraft der Betriebsgenehmigung aufgenommen wird,
 4. der Betrieb der gesamten Erzeugungsanlage durch mehr als fünf Jahre unterbrochen ist,
 5. das Sanierungskonzept nach § 16 Abs. 8 nicht rechtzeitig eingebracht wird oder
 6. die Auflassung gemäß § 18 Abs. 6 beendet ist.
- (2) Die Behörde hat die Fristen gemäß Abs. 1 Z. 1, 3 und 4 auf Grund eines vor Ablauf der Fristen gestellten Antrages angemessen zu verlängern, wenn es Art und Umfang des Vorhabens erfordert oder die Fertigstellung oder die Inbetriebnahme des Vorhabens unvorhergesehenen Schwierigkeiten begegnet. Durch den Antrag wird der Ablauf der Frist bis zur Entscheidung gehemmt.
- (3) Das Erlöschen der elektrizitätsrechtlichen Genehmigung gemäß Abs. 1 Z. 1 bis 5 ist mit Bescheid festzustellen. § 18 gilt sinngemäß.

§ 20

Nicht genehmigte Erzeugungsanlagen

- (1) Wird eine genehmigungspflichtige Erzeugungsanlage ohne Genehmigung errichtet, eine Erzeugungsanlage ohne Genehmigung wesentlich geändert oder eine Anlage, für deren Betrieb die Genehmigung vorbehalten wurde - ausgenommen ein Probebetrieb - ohne Betriebsgenehmigung betrieben, so hat die Behörde mit Bescheid die zur Herstellung des gesetz-mäßigen Zustandes erforderlichen Maßnahmen, wie die Einstellung der Bauarbeiten, die Einstellung des Betriebes, die Beseitigung der nicht genehmigten Anlage oder Anlagenteile, anzuordnen. Dabei ist auf eine angemessene Frist zur Durchführung der erforderlichen Arbeiten Bedacht zu nehmen.
- (2) Die Beseitigung von Anlagen oder Anlagenteilen darf jedoch nicht verfügt werden, wenn zwischenzeitlich die Erteilung der erforderlichen Genehmigung beantragt wurde und der Antrag nicht zurückgewiesen oder abgewiesen wurde.

§ 21

Einstweilige Sicherheitsmaßnahmen

- (1) Um die durch eine diesem Gesetz unterliegende Erzeugungsanlage verursachte Gefahr für das Leben oder die Gesundheit von Menschen oder für das Eigentum oder sonstige dingliche Rechte der Nachbarn abzuwehren oder um die durch eine nicht genehmigte oder nicht genehmigungspflichtige Erzeugungsanlage oder eine nicht genehmigte wesentliche Änderung verursachte unzumutbare Belästigung der Nachbarn abzustellen, hat die Behörde entsprechend dem Ausmaß der Gefährdung oder Belästigung mit Bescheid die gänzliche oder teilweise Stilllegung der Erzeugungsanlage, die Stilllegung von Maschinen oder sonstige die Anlage betreffende Sicherheitsmaßnahmen oder Vorkehrungen zu verfügen. Hat die Behörde Grund zur Annahme, dass zur Gefahrenabwehr Sofortmaßnahmen an Ort und Stelle erforderlich sind, so darf sie nach Verständigung des Betreibers der Erzeugungsanlage, des Betriebsleiters oder des Eigentümers der Anlage oder, wenn eine Verständigung dieser Person nicht möglich ist, einer Person, die tatsächlich die Betriebsführung wahrnimmt, solche Maßnahmen auch ohne vorausgegangen Verfahren und vor Erlassung eines Bescheides an Ort und Stelle treffen; hierüber ist jedoch binnen zwei Wochen ein schriftlicher Bescheid zu erlassen, widrigenfalls die getroffene Maßnahme als aufgehoben gilt.
- (2) Bescheide gemäß Abs. 1 sind sofort vollstreckbar. Sie treten mit Ablauf eines Jahres - vom Tage ihrer Rechtskraft an gerechnet - außer Kraft, sofern keine kürzere Frist im Bescheid festgesetzt wurde. Durch einen Wechsel in der Person des Betreibers der von Maßnahmen gemäß Abs. 1 betroffenen Anlagen, Anlagenteile oder Gegenstände wird die Wirksamkeit dieser Bescheide nicht berührt.
- (3) Liegen die Voraussetzungen für die Erlassung eines Bescheides gemäß Abs. 1 nicht mehr vor und ist zu erwarten, dass in Hinkunft jene Vorschriften, deren Nichteinhaltung für die Maßnahmen nach Abs. 1 bestimmend war, von der Person eingehalten werden, die die Erzeugungsanlage betreiben will, so hat die Behörde auf Antrag dieser Person die mit Bescheid gemäß Abs. 1 getroffenen Maßnahmen ehestens zu widerrufen.

§ 22

Vorarbeiten zur Errichtung einer Erzeugungsanlage

- (1) Zur Vornahme von Vorarbeiten für die Errichtung oder Änderung einer genehmigungspflichtigen Erzeugungsanlage hat die Behörde auf Antrag die vorübergehende Inanspruchnahme fremder Grundstücke zu genehmigen.
- (2) Im Antrag sind die Art und Dauer der beabsichtigten Vorarbeiten anzugeben. Weiters ist dem Antrag eine Übersichtskarte in geeignetem Maßstab beizuschließen, in welcher das von den Vorarbeiten berührte Gebiet ersichtlich zu machen ist.

- (3) In der Genehmigung ist dem Antragsteller das Recht einzuräumen, fremde Grundstücke zu betreten und auf diesen die zur Vorbereitung des Bauentwurfes der Erzeugungsanlage erforderlichen Bodenuntersuchungen und sonstigen technischen Arbeiten vorzunehmen. Den Grundeigentümern und dinglich Berechtigten kommt keine Parteistellung zu.
- (4) Bei der Durchführung der Vorarbeiten hat der Berechtigte mit möglichster Schonung bestehender Rechte vorzugehen und darauf Bedacht zu nehmen, dass der bestimmungsgemäße Gebrauch der betroffenen Grundstücke nach Möglichkeit nicht behindert wird.
- (5) Die Genehmigung ist zu befristen. Die Frist ist unter Bedachtnahme auf die Art und den Umfang sowie die geländemäßigen Voraussetzungen der Vorarbeiten festzusetzen. Sie ist zu verlängern, soweit die Vorbereitung des Bauentwurfes dies erfordert.
- (6) Den Gemeinden, in welchen die Vorarbeiten durchgeführt werden sollen, hat die Behörde eine Ausfertigung der Genehmigung zuzustellen, die unverzüglich durch Anschlag an der Amtstafel kundzumachen ist. Die Kundmachungsfrist beträgt vier Wochen. Mit den Vorarbeiten darf erst nach Ablauf der Kundmachungsfrist begonnen werden.
- (7) Der zur Vornahme der Vorarbeiten Berechtigte hat unbeschadet der Bestimmungen des Abs. 6 die Eigentümer oder die Nutzungsberechtigten der betroffenen Liegenschaften sowie allfällige Bergbauberechtigte mindestens vier Wochen vorher vom beabsichtigten Beginn der Vorarbeiten schriftlich in Kenntnis zu setzen.
- (8) Der zur Vornahme der Vorarbeiten Berechtigte hat die Eigentümer der betroffenen Grundstücke, die an diesen Grundstücken dinglich Berechtigten - ausgenommen Hypothekargläubiger - und allfällige Bergbauberechtigte für alle mit den Vorarbeiten unmittelbar verbundenen Beschränkungen ihrer zum Zeitpunkt der Genehmigung ausgeübten Rechte angemessen zu entschädigen. Soweit hierüber keine Vereinbarung zu Stande kommt, ist die Entschädigung auf Antrag durch die Behörde festzusetzen. Für das Entschädigungsverfahren gilt § 23 Abs. 5 sinngemäß.

§ 23

Enteignung

- (1) Die Behörde hat auf Antrag die für die Errichtung und den Betrieb einer Erzeugungsanlage notwendigen Beschränkungen von Grundeigentum oder anderen dinglichen Rechten einschließlich der Entziehung des Eigentums (Enteignung) gegen angemessene Entschädigung auszusprechen, wenn die Errichtung der Erzeugungsanlage im öffentlichen Interesse liegt, die vorgesehene Situierung aus zwingenden technischen oder wirtschaftlichen Gründen geboten ist, zwischen demjenigen, der die Erzeugungsanlage zu errichten und zu betreiben beabsichtigt und dem Grundeigentümer oder dem Inhaber anderer dinglicher Rechte eine Einigung darüber nicht zu Stande kommt und nach keiner anderen gesetzlichen Bestimmung eine Enteignung möglich ist.
- (2) Im Antrag gemäß Abs. 1 sind die betroffenen Grundstücke mit Grundstücksnummer, die Katastralgemeindenummer und die Einlagezahl, die Eigentümer und sonstigen dinglich Berechtig-

ten mit Ausnahme der Hypothekargläubiger und der Inhalt der beanspruchten Rechte anzuführen. Werden durch die Enteignung Bergbauberechtigungen berührt, ist im Antrag auch der Bergbauberechtigte anzuführen.

(3) Die Enteignung kann umfassen:

1. die Einräumung von Dienstbarkeiten an unbeweglichen Sachen,
2. die Abtretung des Eigentums an Grundstücken oder
3. die Abtretung, Einschränkung oder Aufhebung anderer dinglicher Rechte an unbeweglichen Sachen und solcher Rechte, deren Ausübung an einen bestimmten Ort gebunden ist.

(4) Von der Enteignung nach Abs. 3 Z. 2 ist von der Behörde nur Gebrauch zu machen, wenn die übrigen in Abs. 3 angeführten Maßnahmen nicht ausreichen.

(5) Auf das Enteignungsverfahren und die behördliche Ermittlung der Entschädigung sind die Bestimmungen des Eisenbahn-Enteignungsentschädigungsgesetzes 1954 sinngemäß mit nachstehenden Abweichungen anzuwenden:

1. Der Enteignungsgegner kann im Zuge des Enteignungsverfahrens die Einlösung der durch Dienstbarkeiten oder andere dingliche Rechte gemäß Abs. 3 in Anspruch zu nehmenden unverbauten Grundstücke oder Teile von solchen gegen Entschädigung, welche vom Enteignungswerber zu bezahlen ist, verlangen, wenn diese durch die Belastung die zweckmäßige Benutzbarkeit verlieren. Verliert ein Grundstück durch die Enteignung eines Teiles desselben für den Eigentümer die zweckmäßige Benutzbarkeit, so ist auf Verlangen des Eigentümers das ganze Grundstück einzulösen.
2. Über die Zulässigkeit, den Inhalt, den Gegenstand und den Umfang der Enteignung sowie über die Entschädigung entscheidet die Behörde nach Anhörung der für den Enteignungsgegenstand zuständigen gesetzlichen Interessensvertretung.
3. Die Höhe der Entschädigung ist auf Grund der Schätzung wenigstens eines allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen im Enteignungsbescheid oder in einem gesonderten Bescheid zu bestimmen; im letzteren Fall ist ohne weitere Erhebungen im Enteignungsbescheid ein vorläufiger Sicherstellungsbetrag festzulegen.
4. Jede der beiden Parteien kann binnen drei Monaten ab Zustellung des die Entschädigung bestimmenden Bescheides (Z. 3) die Feststellung des Entschädigungsbetrages bei jenem Bezirksgericht begehren, in dessen Sprengel sich der Gegenstand der Enteignung befindet. Der Bescheid tritt hinsichtlich des Ausspruches über die Entschädigung mit Anrufung des Gerichtes außer Kraft. Der Antrag an das Gericht auf Feststellung der Entschädigung kann nur mit Zustimmung des Antragsgegners zurückgezogen werden. Bei Zurücknahme des Antrages gilt der im Enteignungsbescheid bestimmte Entschädigungsbetrag als vereinbart.
5. Ein erlassener Enteignungsbescheid ist erst vollstreckbar, sobald der im Enteignungsbescheid oder in einem gesonderten Bescheid bestimmte Entschädigungsbetrag oder im Ent-

- eignungsbescheid festgelegte vorläufige Sicherstellungsbetrag (Z. 3) gerichtlich hinterlegt oder an den Enteigneten ausbezahlt ist.
6. Auf Antrag des Enteigneten kann an Stelle einer Geldentschädigung eine in Form einer gleichartigen und gleichwertigen Naturalleistung treten, wenn diese dem Enteignungswerber unter Abwägung des Einzelfalles wirtschaftlich zugemutet werden kann. Hierüber entscheidet die Behörde in einem gesonderten Bescheid gemäß Z. 3. Z. 4 gilt sinngemäß.
 7. Vom Erlöschen der elektrizitätsrechtlichen Genehmigung einer Erzeugungsanlage ist der Eigentümer des belasteten Grundstückes zu verständigen. Er kann die ausdrückliche Aufhebung der für diese Anlage im Wege der Enteignung eingeräumten Dienstbarkeiten bei der Behörde beantragen. Die Behörde hat über seinen Antrag die für die Erzeugungsanlage im Enteignungswege eingeräumten Dienstbarkeiten unter Festlegung einer der geleisteten Entschädigung angemessenen Rückvergütung durch Bescheid aufzuheben. Für die Festlegung der Rückvergütung gelten Z. 3 und 4 sinngemäß.
 8. Hat zufolge eines Enteignungsbescheides die Übertragung des Eigentums an einem Grundstück für Zwecke einer Erzeugungsanlage stattgefunden, so hat die Behörde auf Grund eines innerhalb eines Jahres ab vollendeter Abtragung der Erzeugungsanlage gestellten Antrages des früheren Eigentümers oder seines Rechtsnachfolgers zu dessen Gunsten die Rückübertragung gegen angemessene Entschädigung auszusprechen. Für die Feststellung dieser Entschädigung gelten Z. 3 und 4.

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Zu den Enteignungsbestimmungen des § 23 darf allgemein auf die mit 1. Jänner 2005 in Kraft tretenden Änderungen des – so der neue Titel dieses Gesetzes - Eisenbahn-Enteignungsentschädigungsgesetzes – EisbEG idF des Außerstreit-Begleitgesetzes, BGBl. I Nr. 112/2003, verwiesen werden. Die in § 23 vorgesehenen Enteignungsbestimmungen scheinen auf diese Änderungen noch nicht ausreichend Bedacht zu nehmen, auch sollte dieses Gesetz richtig (nämlich mit „Eisenbahn-Enteignungsentschädigungsgesetz“ und nicht mit „Eisenbahn-Enteignungsentschädigungsgesetz 1954“) zitiert werden. Das gilt übrigens auch für die Verweisungen in § 52 Abs. 6 und in § 64 Abs. 9 des Entwurfes. Festgehalten sei in diesem Zusammenhang insbesondere, dass nunmehr auch für die Bestimmung der Enteignungsentschädigung im Eisenbahnbau eine sukzessive Kompetenz der Gerichte vorgesehen wird (vgl. § 18 Abs. 1 EisbEG in der Fassung des Art. XIII Z. 8 AußStr-BegleitG). Daher ist es fraglich, ob es der Bestimmung des § 23 Abs. 5 Z. 4 des Entwurfes noch bedarf, sie könnte wohl ersatzlos gestrichen werden. Was die dort vorgesehene Zuständigkeit des Bezirksgerichtes angeht, so sei auf § 18 Abs. 2 EisbEG in der erwähnten Fassung verwiesen. Demnach ist für die Entscheidung über die Höhe der Entschädigung ab 1. Jänner 2005 nicht mehr das Bezirksgericht, sondern das örtlich zuständige Landesgericht zuständig. Diese Zuständigkeitsverschiebung wird nach Art. XXXII des AußStr-BegleitG mit 1. Jänner 2005 in allen Bundesgesetzen eintreten, also auch in dem in den Erläuterungen (S 24) angesprochenen Bundesstark-

stromwegegesetz. Sie sollte nach Auffassung des Bundesministeriums für Justiz auch in den Landesgesetzen vorgesehen werden, die sich mit Enteignungen und der Zuständigkeit der Gerichte beschäftigen. Fraglich erscheint weiter, ob § 23 Abs. 5 Z. 5 des Entwurfes im Hinblick auf die im Wesentlichen gleichlautende Regelung des § 35 Abs. 2 EisbEG in der Fassung des Art. XIII Z. 21 des AußStr-BegleitG noch erforderlich ist. Zu den Fragen der Rückübereignung ansprechenden Bestimmungen des § 23 Abs. 5 Z. 7 und 8 sei auf die allgemeine Regelung des § 37 EisbEG in der Fassung des Art. XIII Z. 24 des AußStr-BegleitG verwiesen.

Abschnitt 2

Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IPPC)

§ 24

Anwendungsbereich

Verfahren

- (1) Diesem Abschnitt unterliegen Erzeugungsanlagen im Sinne der IPPC-Richtlinie, die nach § 5 einer Genehmigung bedürfen. Eine wesentliche Änderung liegt unbeschadet des § 5 Abs. 5 auch vor, wenn die Erzeugungsanlage im Sinne der IPPC-Richtlinie erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Menschen oder auf die Umwelt haben kann oder wenn die Änderung für sich genommen die Schwellenwerte gemäß Anhang I der IPPC-Richtlinie erreicht.
- (2) Soweit nicht bereits nach § 6 Abs. 2 erforderlich, hat ein Genehmigungsantrag oder ein Antrag um Genehmigung einer wesentlichen Änderung für eine Erzeugungsanlage im Sinne der IPPC-Richtlinie folgende Angaben zu enthalten:

1. die in der Anlage zur Verwendung gelangenden Stoffe und Energien,
2. die Brennstoffwärmeleistung,
3. den Zustand des Anlagengeländes,
4. die Quellen der Emissionen aus der Erzeugungsanlage,
5. Art und Menge der vorhersehbaren Emissionen aus der Erzeugungsanlage,
6. die zu erwartenden erheblichen Auswirkungen der Emissionen auf die Umwelt,
7. die Maßnahmen zur Überwachung der Emissionen,
8. die Maßnahmen zur Vermeidung oder, sofern dies nicht möglich ist, Verminderung der Emissionen,
9. sonstige Maßnahmen zur Erfüllung der Voraussetzungen gemäß § 25 Abs. 1,
10. eine allgemein verständliche Zusammenfassung der vorstehenden Angaben.
11. die wichtigsten vom Antragsteller gegebenenfalls geprüften Alternativen in einer Übersicht.

§ 6 Abs. 4 gilt sinngemäß.

- (3) Von der Behörde ist im redaktionellen Teil zweier in NÖ weit verbreiteter Tageszeitungen und auf der Internetseite der Behörde bekannt zu geben, dass der Genehmigungsantrag und die wichtigsten entscheidungsrelevanten Berichte und Empfehlungen bei der Behörde während der

Amtsstunden zur Einsichtnahme aufliegen und dass jedermann innerhalb eines Zeitraumes von sechs Wochen zum Genehmigungsantrag Stellung nehmen kann; Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sind zu wahren. § 8 Abs. 1 bis 5 bleiben unberührt. Die Anberaumung einer mündlichen Verhandlung ist zusätzlich durch Veröffentlichung auf der Internetseite der Behörde bekannt zu machen. Weiters ist in der Bekanntmachung auf die Art der möglichen Entscheidung und gegebenenfalls auf die Tatsache, dass Konsultationen gemäß Abs. 4 bis 7 erforderlich sind, hinzuweisen. Andere entscheidungsrelevante Informationen, die zum Zeitpunkt der Bekanntmachung des Genehmigungsantrages noch nicht vorliegen, sind in der Folge während des Genehmigungsverfahrens zur Einsichtnahme bei der Behörde aufzulegen.

- (4) Wenn die Verwirklichung eines Projektes für eine Erzeugungsanlage im Sinne der IPPC-Richtlinie oder deren Änderung erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt eines anderen Staates haben könnte oder wenn ein von den Auswirkungen eines solchen Projekts möglicher Weise betroffener Staat ein diesbezügliches Ersuchen stellt, hat die Behörde diesen Staat spätestens, wenn die Bekanntgabe (Abs. 3) erfolgt, über das Projekt zu benachrichtigen; verfügbare Informationen über mögliche grenzüberschreitende Auswirkungen und über den Ablauf des Genehmigungsverfahrens sind zu erteilen. Dem Staat ist eine angemessene Frist für die Mitteilung einzuräumen, ob er am Verfahren teilzunehmen wünscht.
- (5) Wünscht dieser Staat am Verfahren teilzunehmen, so sind ihm die Antragsunterlagen zuzuleiten und ist ihm eine angemessene Frist zur Stellungnahme einzuräumen, die es ihm ermöglicht, seinerseits die Antragsunterlagen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und ihr Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Erforderlichenfalls sind Konsultationen über mögliche grenzüberschreitende Auswirkungen und allfällige Maßnahmen zur Vermeidung oder Verminderung schädlicher grenzüberschreitender Umweltauswirkungen zu führen. Einem solchen Staat sind ferner die Ergebnisse des Ermittlungsverfahrens und die Entscheidung über den Genehmigungsantrag zu übermitteln.
- (6) Wird im Rahmen eines in einem anderen Staat durchgeführten Verfahrens betreffend die Genehmigung oder die wesentliche Änderung einer Erzeugungsanlage im Sinne der IPPC-Richtlinie der Genehmigungsantrag übermittelt, so hat die Behörde im Sinne des Abs. 3 vorzugehen. Bei der Behörde eingelangte Stellungnahmen sind von der Behörde dem Staat zu übermitteln, in dem das Projekt, auf das sich der Genehmigungsantrag bezieht, verwirklicht werden soll.
- (7) Die Abs. 3 bis 6 gelten für Staaten, die nicht Mitglied der Europäischen Union sind, nur nach Maßgabe des Grundsatzes der Gegenseitigkeit. Besondere staatsvertragliche Regelungen bleiben unberührt.
- (8) Die Behörde hat das Verfahren sowie die Erteilung von Auflagen mit anderen zuständigen Behörden zu koordinieren, wenn nach anderen Vorschriften eine Genehmigung, eine Bewilligung oder eine Anzeige erforderlich ist.

(9) Parteistellung in einem Genehmigungsverfahren gemäß Abs. 1 haben außer dem Antragsteller die

1. NÖ Umwelthanwaltschaft,
2. Umweltorganisationen gemäß §19 Abs. 6 UVP-G 2000, sofern spätestens am Tag des Fristablaufs für die Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß Abs. 3 schriftlich eine Stellungnahme abgegeben wurde,
3. Umweltorganisationen aus einem anderen Staat, sofern
 - a) für die zu genehmigende Errichtung, den zu genehmigenden Betrieb oder die zu genehmigende wesentliche Änderung grenzüberschreitende Konsultationen gemäß Abs. 4 bis 7 durchgeführt werden,
 - b) die zu genehmigende Errichtung, der zu genehmigende Betrieb oder die zu genehmigende wesentliche Änderung voraussichtlich Auswirkungen auf jenen Teil der Umwelt des anderen Staates hat, für deren Schutz die Umweltorganisation eintritt,
 - c) sich die Umweltorganisation im anderen Staat am Genehmigungsverfahren beteiligen könnte, wenn die Erzeugungsanlage im anderen Staat errichtet, betrieben oder wesentlich geändert wird, und
 - d) spätestens am Tage des Fristablaufes für die Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § Abs. 3 schriftlich Einwendungen erhoben wurden.;

Die Umweltorganisationen können die Einhaltung von Umweltvorschriften im Verfahren geltend machen.

- (10) Eine Maßnahme, welche keine nach Abs. 1 genehmigungspflichtige Maßnahme darstellt, ist – soweit dies Auswirkungen auf die Umwelt haben kann – vier Wochen vor ihrer Ausführung der Behörde anzuzeigen.
- (11) Die Behörde hat auf Antrag des Betreibers festzustellen, ob ein Tatbestand des Abs. 1 oder Abs. 10 vorliegt.

Verbund (Austrian Power Grid AG)

Parteienstellung im Genehmigungsverfahren zur Errichtung, wesentlicher Änderung und Betrieb von Erzeugungsanlagen - §§ 10 und 24 (9)

Abteilung Finanzen

§ 24 Abs. 11: Feststellungsverfahren im Zusammenhang mit Erzeugungsanlagen im Sinne der IPPC-Richtlinie

Genehmigung von Erzeugungsanlagen gemäß IPPC-Richtlinie

- (1) Im Genehmigungsbescheid, in dem auf die eingelangten Stellungnahmen (§ 24 Abs. 3 und 5) Bedacht zu nehmen ist, ist über § 12 hinaus sicher zu stellen, dass die Erzeugungsanlage im Sinne der IPPC-Richtlinie so errichtet, betrieben, und aufgelassen wird, dass
1. alle geeigneten Vorsorgemaßnahmen gegen Umweltverschmutzungen, insbesondere durch den Einsatz von dem Stand der Technik entsprechenden technologischen Verfahren, Einrichtungen und Betriebsweisen getroffen werden,
 2. keine erheblichen Umweltverschmutzungen verursacht werden,
 3. die Entstehung von Abfällen vermieden wird oder diese verwertet oder, wenn dies aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht möglich ist, beseitigt werden, wobei Auswirkungen auf die Umwelt zu vermeiden oder zu vermindern sind,
 4. die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um Unfälle zu verhindern und deren Folgen zu begrenzen,
 5. erforderlichenfalls geeignete Auflagen zum Schutz des Bodens getroffen werden,
 6. Maßnahmen für andere als normale Betriebsbedingungen vorgesehen werden, soweit damit eine Gefahr für die Umwelt verbunden sein könnte,
 7. die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, um bei der Auflassung der Erzeugungsanlage die Gefahr einer Umweltverschmutzung zu vermeiden und um einen zufrieden stellenden Zustand des Anlagengeländes wieder herzustellen, und
 8. Energie effizient verwendet wird.
- (2) Umweltverschmutzung im Sinne des Abs. 1 ist die durch menschliche Tätigkeiten direkt oder indirekt bewirkte Freisetzung von Stoffen, Erschütterungen, Wärme oder Lärm in Luft, Wasser oder Boden, die der menschlichen Gesundheit oder der Umweltqualität schaden oder zu einer Schädigung von Sachwerten oder zu einer unzumutbaren Beeinträchtigung oder Störung des durch die Umwelt bedingten Wohlbefindens eines gesunden, normal empfindenden Menschen oder von anderen zulässigen Nutzungen der Umwelt führen können.
- (3) Soweit nicht bereits nach Abs. 1 erforderlich, hat der Bescheid, mit der eine Anlage gemäß Abs. 1 genehmigt wird, insbesondere zu enthalten:
1. Emissionsgrenzwerte für Schadstoffe des Anhangs III der IPPC-Richtlinie, die von der Anlage in relevanter Menge emittiert werden können; dabei ist die mögliche Verlagerung der Verschmutzung von einem Medium (Wasser, Luft, Boden) in ein anderes zu berücksichtigen, um zu einem hohen Schutzniveau der Umwelt insgesamt beizutragen; gegebenenfalls können diese Emissionsgrenzwerte durch äquivalente Parameter oder äquivalente technische Maßnahmen erweitert oder ersetzt werden; die im Genehmigungsbescheid festgelegten Emissionsgrenzwerte und die äquivalenten Parameter oder Maßnahmen sind auf den Stand der Technik zu stützen; hiebei sind die technische Beschaffenheit der betreffenden

Anlage, ihr Standort und die jeweiligen örtlichen Umweltbedingungen sowie gemeinschaftsrechtlich festgelegte Emissionsgrenzwerte zu berücksichtigen;

2. Erforderlichenfalls vorübergehende Ausnahmen von den Anforderungen der Z. 1, sofern ein entsprechender Sanierungsplan vorliegt und genehmigt wird und die Umsetzung des Projekts zu einer Verminderung der Umweltverschmutzung führt; der Sanierungsplan hat die Einhaltung der Anforderungen gemäß Z. 1 binnen sechs Monaten sicher zu stellen;
3. Anforderungen an die Überwachung der Emissionen (einschließlich der Messmethode, der Messhäufigkeit, der Bewertungsverfahren und der Information der Behörde);
4. Erforderlichenfalls geeignete Auflagen zum Schutz des Bodens;
5. Maßnahmen für andere als normale Betriebsbedingungen (z. B. das Anfahren, das unbeabsichtigte Austreten von Stoffen, Störungen oder das Abfahren), wenn damit eine Gefahr für die Umwelt verbunden sein könnte;
6. Über den Stand der Technik hinaus gehende bestimmte Auflagen, wenn und soweit dies zur Verminderung des Überschreitens eines gemeinschaftsrechtlich festgelegten Immissionsgrenzwertes erforderlich ist;
7. Erforderlichenfalls Auflagen für Vorkehrungen zur weitestgehenden Verminderung der weiträumigen oder grenzüberschreitenden Verschmutzung.

Bei der Ermittlung des Standes der Technik sind auch die Kriterien des Anhangs IV der IPPC-Richtlinie zu berücksichtigen.

- (4) Im redaktionellen Teil zweier in NÖ weit verbreiteter Tageszeitungen und auf der Internetseite der Behörde ist von der Behörde bekannt zu geben, dass die Entscheidung über die Genehmigung, über die Genehmigung wesentlicher Änderungen, über die Aktualisierung der Genehmigung oder der Genehmigungsaufgaben im Einklang mit Art. 13 Abs. 2 erster Gedankenstrich der IPPC-Richtlinie innerhalb eines bestimmten, mindestens sechs Wochen betragenden Zeitraums bei der Behörde während der Amtsstunden zur Einsichtnahme aufliegt. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sind zu wahren. Die Bekanntmachung hat auch Angaben über das Verfahren zur Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß Anhang V der IPPC-Richtlinie zu enthalten.
- (5) Die Änderungsgenehmigung hat auch die bereits genehmigte Erzeugungsanlage so weit zu umfassen, als es wegen der Änderung zur Wahrung der im Abs. 1 umschriebenen Interessen gegenüber der bereits genehmigten Erzeugungsanlage erforderlich ist.
- (6) Den Parteien gemäß § 24 Abs. 9 wird das Recht eingeräumt, Rechtsmittel zu ergreifen und Beschwerde gemäß Art. 131 Abs. 2 B-VG zu erheben.

Industriellenvereinigung Niederösterreich

§ 25 Z. 7:“ um einen zufriedenstellenden Zustand des Anlagengeländes herzustellen“. Wann liegt ein zufriedenstellender Zustand vor? Welche Kriterien sind dafür maßgeblich? Es handelt sich um einen äußerst unbestimmten Rechtsbegriff, der zur Quelle nachhaltiger Streitereien führen kann. Enthält die IPPC-RL hierüber Näheres? Sollte diese Begriffsbestimmung sowohl in das Gesetz als auch in die Erläuterungen Eingang finden. Gibt es dazu auch schon Erkenntnisse des EuGH?

§ 26

Überprüfung

Anpassungsmaßnahmen

- (1) Unbeschadet der Bestimmungen des § 17 Abs. 1 bis 5 hat der Betreiber einer Erzeugungsanlage im Sinne der IPPC-Richtlinie jeweils innerhalb einer Frist von zehn Jahren zu prüfen, ob sich der seine Erzeugungsanlage betreffende Stand der Technik wesentlich geändert hat und gegebenenfalls unverzüglich die erforderlichen wirtschaftlich verhältnismäßigen Anpassungsmaßnahmen zu treffen. Der Betreiber der Erzeugungsanlage hat der Behörde unverzüglich eine Darstellung der Entwicklung des Standes der Technik und eine Darstellung der getroffenen Anpassungsmaßnahmen zu übermitteln. Hat der Betreiber Maßnahmen im Sinne des ersten Satzes nicht ausreichend getroffen, so hat die Behörde entsprechende Maßnahmen mit Bescheid anzuordnen. § 16 Abs. 1 bleibt unberührt.
- (2) Die Behörde hat auch vor Ablauf der Zehnjahresfrist entsprechende Maßnahmen (Aktualisierung) im Sinne des Abs. 1 mit Bescheid anzuordnen, wenn
 1. sich wesentliche Veränderungen des Standes der Technik ergeben haben, die eine erhebliche Verminderung der Emissionen ermöglichen, ohne unverhältnismäßig hohe Kosten zu verursachen,
 2. die Betriebssicherheit die Anwendung anderer Techniken erfordert oder
 3. die durch die Erzeugungsanlage verursachte Umweltverschmutzung so stark ist, dass neue Emissionsgrenzwerte festgelegt werden müssen.
- (3) Würden die gemäß Abs. 1 oder 2 vorzuschreibenden Maßnahmen eine Erzeugungsanlage in ihrem Wesen verändern, so hat die Behörde § 16 Abs. 8 sinngemäß anzuwenden.
- (4) Der Betreiber einer Erzeugungsanlage im Sinne der IPPC-Richtlinie hat die Einhaltung der festgelegten Emissionsgrenzwerte laufend zu überprüfen und das Ergebnis dieser Prüfungen der Behörde regelmäßig (oder am Ende jedes Kalenderjahres) mitzuteilen. In die Ergebnisse der entsprechend den Genehmigungsaufgaben gemäß § 25 Abs. 1 und 3 erforderlichen Überwachung der Emissionen, die bei der Behörde aufliegen, kann Jedermann während der Amtsstun-

den Einsicht nehmen. Störfälle und Unfälle mit erheblichen Umweltauswirkungen sind unverzüglich der Behörde zu melden.

- (5) Die Behörde hat regelmäßig die Einhaltung der Auflagen des Genehmigungsbescheides zu überprüfen. Liegt ein Anlass nach Art. 13 Abs. 2 der IPPC- Richtlinie vor, ist auf jeden Fall eine Überprüfung durchzuführen. Kommt der Betreiber einer Anlage seiner Verpflichtung nach Abs. 1 nicht nach oder ist dies auf Grund einer Anzeige nach § 24 Abs. 10 erforderlich, hat die Behörde nachträglich dem Stand der Technik entsprechende Auflagen vorzuschreiben.

Abteilung Finanzen

§ 26 Abs. 5: Verpflichtung der Behörde zur regelmäßigen Überprüfung der Einhaltung der Auflagen des Genehmigungsbescheides, anlassfallbezogene Überprüfung, Verpflichtung der Behörde, nachträglich dem Stand der Technik entsprechende Auflagen vorzuschreiben

Abschnitt 3

Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen

§ 27

Anwendungsbereich

Begriffe

- (1) Ziel dieses Abschnitts ist es, schwere Unfälle mit gefährlichen Stoffen zu verhüten und ihre Folgen zu begrenzen.
- (2) Dieser Abschnitt gilt für Erzeugungsanlagen, die dem Hauptstück II unterliegen und in denen gefährliche Stoffe mindestens in einer

1. im Anhang I Teil 1 Spalte 2 und Teil 2 Spalte 2 oder
2. im Anhang I Teil 1 Spalte 3 und Teil 2 Spalte 3

der Seveso II-Richtlinie angegebenen Menge vorhanden sind.

- (3) Die Anforderungen dieses Abschnitts müssen zusätzlich zu den Anforderungen nach anderen Bestimmungen dieses Gesetzes erfüllt sein; sie sind keine Genehmigungsvoraussetzung im Sinne der §§ 12 und 25 und begründen keine Parteistellung im Sinne des § 10.
- (4) Im Sinne dieses Abschnittes bezeichnet der Ausdruck

1. „Anlage“ der unter der Aufsicht eines Betreibers stehende Bereich, in dem gefährliche Stoffe in einer oder in mehreren technischen Anlagen vorhanden sind, einschließlich gemeinsamer oder verbundener Infrastrukturen und Tätigkeiten;
2. „technische Anlage“ eine technische Einheit innerhalb einer Anlage, in der gefährliche Stoffe hergestellt, verwendet, gehandhabt oder gelagert werden. Sie umfasst alle Einrichtungen,

- Bauwerke, Rohrleitungen, Maschinen, Lager, Privatgleisanschlüsse, Hafenbecken oder Umschlaganlagen, die für den Betrieb der technischen Anlage erforderlich sind;
3. „gefährliche Stoffe“ Stoffe oder Zubereitungen, die im Anhang zu diesem Gesetz Teil 1 angeführt sind oder die die im Anhang zu diesem Gesetz Teil 2 festgelegten Kriterien erfüllen;
 4. „schwerer Unfall“ ein Ereignis, das sich aus unkontrollierten Vorgängen in einer unter diesen Abschnitt fallenden Anlage ergibt (etwa eine Emission, ein Brand oder eine Explosion größeren Ausmaßes), das unmittelbar oder später innerhalb oder außerhalb der Anlage zu einer ernststen Gefahr für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt führt und bei dem ein oder mehrere gefährliche Stoffe beteiligt sind;
 5. „Vorhandensein von gefährlichen Stoffen“ das in einer Anlage technisch mögliche Vorhandensein eines gefährlichen Stoffes oder das in einer Anlage bei einem außer Kontrolle geratenen industriell-chemischen Produktionsverfahren mögliche Entstehen eines gefährlichen Stoffes, jeweils in einem mindestens die im Anhang zu diesem Gesetz festgelegte Mengenschwelle erreichenden Ausmaß;
 6. „Gefahr“ das Wesen eines gefährlichen Stoffes oder einer konkreten Situation, das darin besteht, der menschlichen Gesundheit oder der Umwelt Schaden zufügen zu können;
 7. „Risiko“ die Wahrscheinlichkeit, dass innerhalb einer bestimmten Zeitspanne oder unter bestimmten Umständen eine bestimmte Wirkung eintritt;
 8. „Lagerung“ das Vorhandensein einer Menge gefährlicher Stoffe zum Zweck der Einlagerung, der Hinterlegung zur sicheren Aufbewahrung oder der Lagerhaltung.

Industriellenvereinigung Niederösterreich

§ 27 Abs. 4: Sollten diese Definitionen (Z. 1-Z. 8) nicht in den § 2 überstellt werden? In den Erläuterungen wäre ein entsprechender Hinweis nützlich.

§ 28

Pflichten des Betreibers

- (1) Der Betreiber hat alle nach dem Stand der Technik (§ 12 Abs. 4) notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um schwere Unfälle zu verhüten und deren Folgen für Mensch und Umwelt zu begrenzen.
- (2) Spätestens drei Monate vor der Errichtung der Anlage hat der Betreiber der Behörde mitzuteilen:
 1. Name, Sitz und Anschrift des Betreibers sowie vollständige Anschrift der Anlage,
 2. Name und Funktion der für den Betrieb verantwortlichen Person,
 3. ausreichende Angaben zur Identifizierung oder zur Kategorie gefährlicher Stoffe,
 4. Menge und physikalische Form der gefährlichen Stoffe,
 5. Ort und Art der Aufbewahrung der gefährlichen Stoffe,

6. die im Betrieb ausgeübten oder beabsichtigten Tätigkeiten,
 7. Beschreibung der unmittelbaren Umgebung der Anlage unter Berücksichtigung der Faktoren, die einen schweren Unfall auslösen oder dessen Folgen erhöhen können (Domino-Effekte).
- (3) Der Betreiber unterrichtet unverzüglich die Behörde im Fall
1. einer wesentlichen Vergrößerung der in der Mitteilung gemäß Abs. 2 angegebenen Menge und einer wesentlichen Änderung der Beschaffenheit oder der physikalischen Form des vorhandenen gefährlichen Stoffes gegenüber den Angaben in der Mitteilung oder einer Änderung der Verfahren, bei denen dieser Stoff eingesetzt wird, oder
 2. einer Änderung eines Betriebs oder einer Anlage, aus der sich erhebliche Auswirkungen auf die Gefahren im Zusammenhang mit schweren Unfällen ergeben können, oder
 3. einer endgültigen Schließung der Anlage.
- (4) Nach einem schweren Unfall hat der Betreiber nach Maßgabe des Art. 14 Abs. 1 der Seveso II – Richtlinie unverzüglich in der am besten geeigneten Weise
1. der Behörde die Umstände des Unfalls, die beteiligten gefährlichen Stoffe und deren Menge, die zur Beurteilung der Unfallfolgen für Mensch und Umwelt verfügbaren Daten sowie die eingeleiteten Sofortmaßnahmen mitzuteilen,
 2. die Behörde über die Schritte zu unterrichten, die vorgesehen sind, um die mittel- und langfristigen Unfallfolgen abzumildern und eine Wiederholung eines solchen Unfalls zu vermeiden,
 3. diese Informationen zu aktualisieren, wenn sich bei einer eingehenderen Untersuchung zusätzliche Fakten ergeben.
- (5) Der Betreiber hat ein Konzept nach Art. 7 der Seveso II – Richtlinie zur Verhütung schwerer Unfälle (Sicherheitskonzept) auszuarbeiten, zu verwirklichen und zur Einsicht der Behörde bereitzuhalten. Die Verwirklichung des Sicherheitskonzepts und gegebenenfalls der Änderung des Sicherheitskonzepts (Abs. 8) sind nachzuweisen.
- (6) Abweichend von Abs. 5 ist der Betreiber einer Anlage gemäß § 27 Abs. 2 Z. 2 nach Maßgabe des Art. 9 Abs. 6 der Seveso II – Richtlinie verpflichtet, einen Sicherheitsbericht zu erstellen, in dem dargelegt wird, dass
1. ein Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle umgesetzt wurde und ein Sicherheitsmanagementsystem gemäß den Erfordernissen des Anhangs III der Seveso-Richtlinie zu seiner Anwendung vorhanden ist,
 2. die Gefahren schwerer Unfälle ermittelt und alle erforderlichen Maßnahmen zur Verhütung derartiger Unfälle und zur Begrenzung der Folgen für Mensch und Umwelt ergriffen wurden,
 3. die Auslegung, die Errichtung, der Betrieb und die Instandhaltung sämtlicher technischer Anlagen und die für ihr Funktionieren erforderlichen Infrastrukturen, die im Zusammenhang

mit der Gefahr schwerer Unfälle im Betrieb stehen, ausreichend sicher und zuverlässig sind,

4. interne Notfallpläne nach Maßgabe des Anhangs IV der Seveso-Richtlinie vorliegen, damit bei einem schweren Unfall die erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden können,
5. den für die örtliche und die überörtliche Raumplanung sowie den für die Erstellung externer Notfallpläne zuständigen Behörden ausreichende Informationen als Grundlage für Entscheidungen über die Ansiedlung neuer Tätigkeiten oder Entwicklungen in der Nachbarschaft bestehender Anlagen bereitgestellt wurden.

Weist der Betreiber nach, dass von bestimmten Stoffen oder technischen Anlagen keine Gefahr eines schweren Unfalls ausgehen kann, so müssen diese im Sicherheitsbericht nicht berücksichtigt werden. Auf Antrag des Betreibers hat die Behörde mit Bescheid über die Zulässigkeit dieser Einschränkung des Sicherheitsberichts abzusprechen.

- (7) Bei Neuerrichtung oder Änderung einer Anlage gemäß § 27 Abs. 2 Z. 2 ist der Behörde mit dem Genehmigungsantrag ein vorläufiger Sicherheitsbericht vorzulegen. Dieser hat jene Teile des Sicherheitsberichts zu umfassen, die die technische Grundkonzeption und Auslegung der Einrichtungen in Bezug auf die im Betrieb vorhandenen gefährlichen Stoffe und die damit verbundene Gefahrenermittlung und -bewertung betreffen. Der vollständige Sicherheitsbericht ist der Behörde binnen angemessener Frist vor Inbetriebnahme zu übermitteln. Die Behörde hat dem Betreiber die Ergebnisse ihrer Prüfung des Sicherheitsberichts unverzüglich, jedenfalls vor Inbetriebnahme, mitzuteilen oder den Betrieb gemäß § 29 Abs. 4 zu untersagen.
- (8) Bei einer Änderung der Anlage, aus der sich erhebliche Auswirkungen für die Gefahren in Zusammenhang mit schweren Unfällen ergeben können, hat der Betreiber einer Anlage im Sinne des § 27 Abs. 2 Z. 1 das Sicherheitskonzept (Abs. 5), der Betreiber einer Anlage im Sinne des § 27 Abs. 2 Z. 2 den Sicherheitsbericht (Abs. 6), zu überprüfen und erforderlichenfalls zu ändern. Der Betreiber hat den Sicherheitsbericht oder das Sicherheitskonzept zu überprüfen und zu aktualisieren, wenn geänderte Umstände oder neue sicherheitstechnische Kenntnisse dies erfordern, mindestens jedoch alle fünf Jahre.
- (9) Betreiber gemäß § 27 Abs. 2 Z. 2 haben nach Anhörung des Betriebsrats oder, wenn ein solcher nicht besteht, der Beschäftigten sowohl des eigenen Betriebes als auch von relevanten langfristig beschäftigten Subunternehmen, einen internen Notfallplan für Maßnahmen innerhalb des Betriebs zu erstellen. Dieser interne Notfallplan ist der Behörde vorzulegen. Der interne Notfallplan ist auf Verlangen der Behörde, spätestens aber alle drei Jahre im Hinblick auf Veränderungen in der Anlage und in den Notdiensten sowie auf neue Erkenntnisse und Erfahrungen zu aktualisieren.
- (10) Zwischen benachbarten Anlagen im Sinne des § 27 Abs. 2, bei denen auf Grund ihres Standortes und ihrer Nähe zueinander eine erhöhte Wahrscheinlichkeit schwerer Unfälle besteht oder diese Unfälle folgenschwerer sein können, hat ein Austausch zweckdienlicher Informationen

stattzufinden, die für das Sicherheitskonzept (bei Anlagen im Sinne des § 27 Abs. 2 Z. 1) oder für den Sicherheitsbericht und den internen Notfallplan (bei Anlagen im Sinne des § 27 Abs. 2 Z. 2) von Bedeutung sind. Kommt der Betreiber einer Anlage dieser Verpflichtung nicht nach, so hat ihm dies die Behörde mit Bescheid aufzutragen. Der Inhalt und der Umfang dieser Verpflichtung sind nach Möglichkeit so festzulegen, dass Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse nicht verletzt werden.

- (11) Nach Maßgabe des Anhanges V der Seveso II – Richtlinie hat der Betreiber einer Anlage gemäß § 27 Abs. 2 Z. 2
1. die von einem schweren Unfall einer Anlage möglicherweise betroffenen Personen über die Gefahren, die Sicherheitsmaßnahmen und das richtige Verhalten im Fall eines schweren Unfalls längstens alle fünf Jahre zu informieren; diese Informationen sind alle drei Jahre zu überprüfen, erforderlichenfalls zu aktualisieren und der Öffentlichkeit ständig zugänglich zu machen; diese Informationspflicht umfasst auch Personen außerhalb des Landes- und Bundesgebietes im Falle möglicher grenzüberschreitender Auswirkungen eines schweren Unfalls,
 2. der Öffentlichkeit den Sicherheitsbericht und das für eine Anlage im Sinne des § 27 Abs. 2 Z. 2 zu erstellende Verzeichnis der gefährlichen Stoffe zugänglich zu machen; Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse enthaltende Teile dürfen ausgenommen werden.
- (12) Der Betreiber ist verpflichtet, der Behörde auf Verlangen sämtliche Informationen bereitzustellen, die für die Erfüllung der Verpflichtung zur Durchführung von Inspektionen und zur Beurteilung der Möglichkeit des Auftretens von Domino-Effekten (Abs. 2 Z. 7 und Abs. 9) notwendig sind.

§ 29

Pflichten der Behörde

- (1) Die Behörde hat dem Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit als zentrale Meldestelle folgende Daten zur Verfügung zu stellen:
1. eine Liste der nach § 28 Abs. 2 gemeldeten Anlagen,
 2. nach einem schweren Unfall:
 - a) Datum, Uhrzeit und Ort des Unfalls,
 - b) Name des Betreibers und Anschrift der Anlage,
 - c) Kurzbeschreibung der Umstände sowie Angabe der beteiligten gefährlichen Stoffe und der unmittelbaren Folgen für Mensch und Umwelt,
 - d) Kurzbeschreibung der getroffenen Sofortmaßnahmen und der zur Vermeidung einer Wiederholung eines solchen Unfalls unmittelbar notwendigen Sicherheitsvorkehrungen,
 3. eine Ausfertigung des Bescheids gemäß § 28 Abs. 5 letzter Satz.

Die in der Z. 2 genannten Angaben sind erforderlichenfalls nach Durchführung einer Inspektion zu ergänzen und der zentralen Meldestelle zu übermitteln.

- (2) Die Behörde hat jährlich ein aktualisiertes Verzeichnis der diesem Abschnitt unterliegenden Anlagen zu erstellen und den Betreibern dieser Anlagen zu übermitteln. Sie bezeichnen an Hand der Daten gemäß Abs. 1 in diesem Verzeichnis jene Anlagen, bei denen auf Grund ihres Standortes und ihrer Nähe zu anderen Anlagen eine erhöhte Wahrscheinlichkeit schwerer Unfälle besteht oder diese Unfälle folgenschwerer sein können (Domino-Effekt im Sinne des § 28 Abs. 2 Z. 7 und Abs. 9). Die Liste hat auch die in Nachbarstaaten befindlichen Anlagen im Sinne der „Helsinki Konvention“ (UN-ECE-Übereinkommen über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen, BGBl. III Nr. 119/2000) zu enthalten. Auf Antrag eines Anlagenbetreibers hat die Behörde über das Vorliegen der Voraussetzungen des zweiten Satzes einen Feststellungsbescheid zu erlassen; antragslegitimiert sind auch die anderen von einem Domino-Effekt möglicherweise betroffenen Anlagen.
- (3) Die Behörde hat für jede unter diesen Abschnitt fallende Anlage ein Inspektionsprogramm (ein der Art der betreffenden Anlage angemessenes System von Inspektionen oder sonstigen Kontrollmaßnahmen) zu erstellen und auf der Grundlage dieses Inspektionsprogramms die Einhaltung der Pflichten des Betreibers planmäßig und systematisch zu überwachen. Das Inspektionsprogramm muss für die Überprüfung der betriebstechnischen, organisatorischen und managementspezifischen Systeme der jeweiligen Anlage geeignet sein, und zwar insbesondere dahingehend, ob der Betreiber im Zusammenhang mit den betriebsspezifischen Tätigkeiten die zur Verhütung schwerer Unfälle erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat, ob der Betreiber angemessene Mittel zur Begrenzung der Folgen schwerer Unfälle vorgesehen hat, ob die im Sicherheitsbericht oder in anderen Berichten enthaltenen Angaben und Informationen die Gegebenheiten in der Anlage wiedergeben und - bei Anlagen im Sinne des § 27 Abs. 2 Z. 2- ob die in einer Verordnung gemäß Abs. 5 genannten Informationen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sind. Im Rahmen einer solchen Überprüfung dürfen Betriebsangehörige über ihre den angewendeten Sicherheitsmanagementsystemen dienenden Tätigkeiten als Auskunftspersonen befragt und Kontrollen des Bestandes an gefährlichen Stoffen vorgenommen werden. Die Fristen für die Überprüfung der Anlage im Sinne des § 27 Abs. 2 Z. 1 sind im jeweiligen Inspektionsprogramm festzulegen; Anlagen im Sinne des § 27 Abs. 2 Z. 2 sind längstens alle zwölf Monate zu überprüfen, es sei denn, die Behörde hat im Inspektionsprogramm auf der Grundlage einer systematischen Bewertung der Gefahren schwerer Unfälle der in Betracht kommenden Anlage anderes festgelegt. Über jede Überprüfung ist eine Niederschrift zu verfassen.
- (4) Die Behörde hat die Inbetriebnahme oder das Weiterführen der Anlage ganz oder teilweise zu untersagen, wenn die vom Betreiber getroffenen Maßnahmen zur Verhütung schwerer Unfälle oder zur Begrenzung von Unfallfolgen nach dem Stand der Technik (§ 12 Abs. 4) eindeutig un-

zureichend sind. Gleiches gilt, wenn der Betreiber die nach diesem Abschnitt erforderlichen Mitteilungen, Berichte oder sonstigen Informationen nicht fristgerecht übermittelt und deshalb eine Beurteilung der Anlage nach dem Stand der Technik nicht gewährleistet ist. Die Untersagung ist aufzuheben, wenn die Voraussetzungen nicht mehr vorliegen.

(5) In Umsetzung der Richtlinie 96/82/EG und der "Helsinki-Konvention" sowie in Umsetzung von Änderungen dieser Richtlinie oder dieser Konvention kann die Behörde durch Verordnung entsprechend dem Stand der Technik (§ 12 Abs. 4) nähere Bestimmungen über

1. die Pflichten des Betreibers nach einem schweren Unfall (§ 28 Abs. 3),
2. das Sicherheitskonzept (§ 28 Abs. 4),
3. den Sicherheitsbericht (§ 28 Abs. 5),
4. die Kriterien für die Einschränkung des Sicherheitsberichts (§ 28 Abs. 5),
5. die internen Notfallpläne (§ 28 Abs. 8),
6. die Information über die Gefahren, die Sicherheitsmaßnahmen und das richtige Verhalten bei Unfällen (§ 28 Abs. 11) für alle Personen und alle Einrichtungen mit Publikumsverkehr (wie etwa Schulen und Krankenhäuser)

erlassen.

- (6) Die Behörde hat die internen Notfallpläne den für den Katastrophenschutz zuständigen Behörden zur Verfügung zu stellen. Diese haben bei allfälliger Erstellung eines externen Notfallplanes und dessen Aktualisierung die Öffentlichkeit zu hören.
- (7) Die Behörde hat die Bundes- und Landeswarnzentrale unverzüglich über eingetretene schwere Unfälle in Kenntnis zu setzen und die Möglichkeit und das Ausmaß grenzüberschreitender Auswirkungen abzuschätzen.
- (8) Die Behörde hat über Antrag eines Betreibers einer Erzeugungsanlage mit Bescheid festzustellen, ob Abschnitt 3 oder eine gemäß Abs. 5 erlassene Verordnung auf seine Anlage anzuwenden ist.

ARGE der Bezirkshauptleute

§ 29 Abs.6: Diese Bestimmung enthält die Verpflichtung der für den Katastrophenschutz zuständigen Behörde bei der Erstellung bzw. Aktualisierung der externen Notfallpläne die Öffentlichkeit zu hören. Da der Begriff der Öffentlichkeit zu unbestimmt erscheint, wird eine Präzisierung angeregt. Vorgeschlagen wird zu prüfen, inwieweit die Bestimmung des § 14a des NÖ Katastrophenhilfegesetzes, LGBl. 4450-2, nicht ohnehin bereits eine entsprechende Regelung enthält.

Hauptstück III

Betrieb von Netzen, Regelzonen

Abschnitt 1

Allgemeine Rechte und Pflichten der Netzbetreiber

§ 30

Geregelter Netzzugang

- (1) Netzbetreiber sind verpflichtet, den Netzzugangsberechtigten den Netzzugang zu den jeweils genehmigten Allgemeinen Netzbedingungen (Allgemeine Bedingungen für Netznutzung und Netzbetrieb) und den jeweils bestimmten Systemnutzungstarifen einschließlich allfälliger behördlich festgesetzter Abgaben, Förderbeiträge, Zuschläge etc., deren Einhebung durch den Netzbetreiber vorgesehen ist, auf Grund privatrechtlicher Verträge (Netzzugangsvertrag) zu gewähren.
- (2) Die Netzzugangsberechtigten haben einen Rechtsanspruch, auf Grundlage der jeweils genehmigten Allgemeinen Netzbedingungen und der jeweils bestimmten Systemnutzungstarife einschließlich allfälliger behördlich festgesetzter Abgaben, Förderbeiträge, Zuschläge etc., deren Einhebung durch den Netzbetreiber vorgesehen ist, die Nutzung der Netze zu begehren.

§ 31

Netzzugang bei nicht ausreichenden Kapazitäten

Reichen die vorhandenen Netzkapazitäten für Regelzonen überschreitende Lieferungen nicht aus, um allen Anträgen auf Nutzung eines Systems zu entsprechen, ist der Netzzugang unter Einhaltung nachstehender Grundsätze (Reihung nach Prioritäten) zu gewähren, sofern bei grenzüberschreitenden Lieferungen keine mit ausländischen Netzbetreibern abgestimmte, entgegenstehende Regelungen getroffen worden sind oder Regelungen der Gemeinschaft dem nicht entgegen stehen:

1. Transporte auf Grund bestehender und an deren Stelle tretender vertraglicher Verpflichtungen,
2. Transporte zur Belieferung von Kunden aus Ökostromanlagen,
3. Transporte der übrigen Berechtigten durch Aufteilung im Verhältnis der angemeldeten Leistungen.

Industriellenvereinigung Niederösterreich

§ 31 Z. 2: Die Reihenfolge könnte zu einer Privilegierung der Ökostromanlagen führen. Liegt hier nicht eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes vor?

§ 32

Verweigerung des Netzzugangs

- (1) Ein Netzbetreiber kann den Netzzugangsberechtigten den Netzzugang aus nachstehenden Gründen ganz oder teilweise verweigern:
1. bei außergewöhnlichen Netzzuständen (Störfälle),
 2. bei mangelnden Netzkapazitäten,
 3. wenn der Netzzugangsberechtigte aus einem System beliefert werden soll, in dem er nicht als solcher genannt ist, oder
 4. wenn ansonsten elektrische Energie aus fernwärmeorientierten, umwelt- und ressourcenschonenden sowie technisch-wirtschaftlich sinnvollen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen oder aus Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien trotz Eingehens auf die aktuellen Marktpreise verdrängt würde, wobei Möglichkeiten zum Verkauf dieser elektrischen Energie an Dritte zu nutzen sind.
- (2) Der Netzbetreiber, an dessen Netz die Kundenanlage angeschlossen ist, hat die Verweigerung dem Netzzugangsberechtigten unter Berücksichtigung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen schriftlich zu begründen. Erfolgt die Netzzugangsverweigerung über Veranlassung eines dritten Netzbetreibers, ist in der Begründung auch jener Netzbetreiber zu benennen, über dessen Veranlassung die Netzzugangsverweigerung erfolgt. Dieser Netzbetreiber hat sein Verlangen zu begründen.
- (3) Hat ein Netzbetreiber wegen mangelnder Netzkapazitäten den Netzzugang verweigert, so hat er auf schriftliches Verlangen eines Netzzugangsberechtigten auch bekannt zu geben, welche konkreten Maßnahmen zum Ausbau des Netzes im einzelnen erforderlich wären, um den Netzanschluss durchzuführen, und aus welchen Gründen diese noch nicht erfolgt sind. Für diese Begründung kann der Netzbetreiber ein angemessenes Entgelt verlangen, wenn er den Netzzugangsberechtigten auf die Entstehung von Kosten zuvor ausdrücklich hingewiesen hat.
- (4) Über die Rechtmäßigkeit der Verweigerung des Netzzugangs entscheidet – sofern keine Zuständigkeit des Kartellgerichtes (§ 43 Kartellgesetz) vorliegt – die Energie-Control Kommission. In allen übrigen Streitigkeiten zwischen Netzzugangsberechtigten und Netzbetreibern entscheiden die ordentlichen Gerichte.
- (5) Für die Beurteilung der Netzzugangsberechtigung sind diejenigen Rechtsvorschriften anzuwenden, die in jenem Land gelten, in dem derjenige, der einen Antrag gemäß § 20 Abs. 2 ElWOG stellt, seinen Sitz (Hauptwohnsitz) hat. Für die Beurteilung der Netzzugangs-

verweigerungsgründe sind jene Rechtsvorschriften anzuwenden, die am Sitz des Netzbetreibers gelten, der den Netzzugang verweigert hat.

- (6) Wird festgestellt, dass der Netzzugang zu Unrecht verweigert worden ist, so haftet für den dadurch entstandenen Schaden dem betroffenen Netzzugangsberechtigten der Netzbetreiber, der den Netzzugang tatsächlich zu Unrecht verweigert hat.

Industriellenvereinigung Niederösterreich

Abs. 1 Z. 4: Was ist eine „technisch-wirtschaftlich sinnvolle KWK-Anlage“? Aus den Erläuterungen ist hierüber nichts zu entnehmen. Es liegt hier wiederum ein unbestimmter Rechtsbegriff vor, der geeignet ist, langwierige Rechtsstreitigkeiten bis zu den obersten Gerichtsebenen auszulösen.

EVN AG

Zu Abs. 2 Satz 2 ist anzumerken, dass eine solche Bestimmung, die schon aus dem GWG bekannt ist, grundsätzlich zweckmäßig erscheint. Ihre konkrete Anwendbarkeit ist aber vor dem Hintergrund fraglich, dass dritte Netzbetreiber nicht über Netzzugangsanträge bei einem Verteilernetzbetreiber informiert werden und daher kaum Gelegenheit bestehen wird, die Verweigerung des Netzzugangs beim angefragten Netzbetreiber zu begehren; darüber hinaus ist auch festzuhalten, dass der dritte Netzbetreiber kein Recht darauf hat, die Verweigerung zu begehren oder gar durchzusetzen.

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Zu § 32 Abs. 4: Gemäß § 32 Abs. 4 des Entwurfes entscheidet über die Rechtmäßigkeit der Verweigerung des Netzzugangs – „sofern keine Zuständigkeit des Kartellgerichts (§ 43 Kartellgesetz) vorliegt“ – die Energie Control Kommission. Abgesehen davon, dass es sich bei „§ 43 Kartellgesetz“ um ein offensichtliches Fehlzitat handelt (gemeint dürfte wohl ein Verweis auf die Bestimmungen über die marktbeherrschenden Unternehmen nach den §§ 34 ff Kartellgesetz 1988 sein), ist der Verweis irreführend oder zumindest unklar: Wenngleich es durchaus möglich scheint, dass gegen die Verweigerung des Netzzugangs auch ein Antrag auf Abstellung des Missbrauches eines marktbeherrschenden Unternehmens gemäß § 35 KartG beim Kartellgericht gestellt werden kann, wendet das Kartellgericht dabei die §§ 34 ff KartellG an; zum Vollzug des § 32 NÖ EIWG 2005 ist es hingegen nicht berufen. Ein Verweis auf eine „Zuständigkeit“ schlägt also insofern fehl. Die gewählte Formulierung könnte zum einen so verstanden werden, dass die Bestimmungen des Kartellgesetzes über marktbeherrschende Unternehmen unberührt bleiben; zum anderen könnte argumentiert werden, § 32 Abs. 4 des Entwurfes sehe lediglich eine subsidiäre Zuständigkeit der Energie Control Kommission (und gleichzeitig auch eine nur subsidiäre Anwendung des § 32 NÖ EIWG 2005) für den Fall vor, dass ein Verfahren zur Missbrauchsaufsicht nicht eingeleitet wurde bzw. noch andauert. Nach dieser Auslegung würde damit auch das materielle Missbrauchsaufsichtsrecht der elektrizitätswirtschaftlichen Aufsichtsbestimmung vorgehen. Diese Lösung scheint im Widerspruch zu § 20 Abs. 2 EIWOG zu stehen. Was die Abgrenzung zwischen den §§ 34 ff KartG und den

Bestimmungen über die Verweigerung des Netzzugangs betrifft, ist die Bestimmung des § 20 Abs. 2 wesentlich klarer. Aus dieser Bestimmung geht nämlich eindeutig hervor, dass die Energie Control Kommission darüber zu entscheiden hat, ob die in § 20 Abs. 1 EIWOG genannten Voraussetzungen für die Verweigerung des Netzzugangs zutreffen. Eine Überschneidung mit „Zuständigkeiten“ des Kartellgerichts ist damit aber in dem oben aufgezeigten Sinn ohnedies ausgeschlossen. Absatz 4 sollte daher stärker an den Wortlaut des § 20 Abs. 2 EIWOG angeglichen und klargestellt werden, dass die Energie Control Kommission dafür zuständig ist, festzustellen, ob die Voraussetzungen für die Verweigerung des Netzzugangs nach § 32 Abs. 1 NÖ EIWG 2005 gegeben sind. Der Verweis auf eine Zuständigkeit des Kartellgerichts könnte dann gestrichen werden.

Verbund (Austrian Power Grid AG)

Verweigerung des Netzzuganges - § 32 (6): Ob durch diese Bestimmung ein neuer, verschuldensunabhängiger zivilrechtlicher Haftungstatbestand begründet werden soll, der weder im EIWOG Grundsatzgesetz noch sonstigen übergeordneten Rechtsnormen Deckung findet, bleibt unklar. Entsprechend dem rechtlichen Verhältnis zwischen dem EIWOG Bundesgrundsatzgesetz und dem vorliegenden Entwurf des NÖ EIWG 2005 als Ausführungsgesetz des Landes NÖ scheint dieser Regelung jedoch eine zugrunde liegende Kompetenz zu fehlen. Es wird daher vorgeschlagen, diese Regelung hinsichtlich einer allfälligen Gesetzes- bzw. Verfassungswidrigkeit nochmals zu überprüfen und gegebenenfalls zu streichen. Abschließend wollen wir darauf aufmerksam machen, dass uns eine gleich lautende oder ähnliche Bestimmung in den anderen Landes-EIWOGs nicht bekannt ist.

§ 33

Allgemeine Netzbedingungen

- (1) Die Allgemeinen Netzbedingungen sowie deren Änderungen bedürfen der Genehmigung der Energie-Control Kommission. Die Genehmigung ist unter Auflagen zu erteilen, falls dies zur Erfüllung der Vorschriften dieses Gesetzes notwendig ist. Ausgenommen von der Genehmigung sind Normen und Regelwerke der Technik.
- (2) Die Allgemeinen Netzbedingungen dürfen nicht diskriminierend sein und keine missbräuchlichen Praktiken oder ungerechtfertigten Beschränkungen enthalten und weder die Versorgungssicherheit noch die Dienstleistungsqualität gefährden. Insbesondere sind sie so zu gestalten, dass
 1. die Erfüllung der dem Netzbetreiber obliegenden Aufgaben gewährleistet ist,
 2. die Leistungen der Netzzugangsberechtigten mit den Leistungen des Netzbetreibers in einem sachlichen Zusammenhang stehen,
 3. die wechselseitigen Verpflichtungen ausgewogen und verursachungsgerecht zugewiesen sind,

4. sie Festlegungen über technische Anforderungen für den Anschluss an das Netz im Netzan-
schlusspunkt und alle Vorkehrungen, um störende Rückwirkungen auf das System des Netz-
betreibers oder anderer Anlagen zu verhindern, enthalten,
 5. sie objektive Kriterien für den Parallelbetrieb von Erzeugungsanlagen mit dem Netz und die
Einspeisung von Elektrizität aus Erzeugungsanlagen in das Netz sowie die Nutzung von Ver-
bindungsleitungen festlegen,
 6. sie Regelungen über die Kostentragung des Netzanschlusses enthalten, die sich an der Kos-
tenverursachung orientieren,
 7. sie klar und übersichtlich gefasst sind,
 8. sie Definitionen der nicht allgemein verständlichen Begriffe enthalten.
- (3) Die Allgemeinen Netzbedingungen haben insbesondere zu enthalten:
1. die Rechte und die Pflichten der Netzbetreiber und der Marktteilnehmer,
 2. die näheren Bestimmungen über die Bildung von Bilanzgruppen,
 3. die wesentlichen Merkmale jener Bilanzgruppenmitglieder, für die der Verbrauch
elektrischer Energie durch einen Lastprofilzähler zu ermitteln ist,
 4. die Aufgaben und Pflichten der Bilanzgruppenverantwortlichen,
 5. die Grundsätze der Fahrplanerstellung,
 6. die Frist, innerhalb der die Fahrpläne einer Bilanzgruppe dem Regelzonenführer und den be-
troffenen Netzbetreibern bekannt zu geben sind,
 7. die den einzelnen Netzbenutzern zugeordneten standardisierten Lastprofile,
 8. sonstige Marktregeln, die sich insbesondere aus den Bestimmungen der §§ 34, 38, 41, 43,
46, 47, 51 ergeben, wobei insbesondere die Vorgangsweise bei einander widersprechenden
Erklärungen über die Netzbenutzung festzulegen ist.
- (4) In den Allgemeinen Netzbedingungen können auch Normen und Regelwerke der Technik in der
jeweils geltenden Fassung für verbindlich erklärt werden. Die Energie-Control Kommission
hat das Recht, die Verbindlicherklärung von Normen oder Regelwerken der Technik mit Be-
scheid oder Verordnung zu untersagen, wenn diese den in Abs. 2 oder 3 angeführten Vorausset-
zungen nicht entsprechen.
- (5) Die Netzbetreiber einer Regelzone haben ihre Allgemeinen Netzbedingungen aufeinander ab-
zustimmen.
- (6) Die in Ausführung der im Abs. 2 Z. 4 und 5 erfolgten Regelungen in den Allgemeinen Netzbe-
dingungen sind der Kommission der Europäischen Gemeinschaft gemäß Art. 8 der Informati-
onsrichtlinie mitzuteilen. Dies gilt nicht, soweit diesem Erfordernis bereits entsprochen ist.

IG Windkraft

Abs. 3: Z. 9. nähere Bestimmungen über den Netzanschluss von Windkraftanlagen sowie über die
Reihung solcher Begehren, wobei ein Antrag auf Anschluss bei Vorliegen folgender Daten voll-

ständig zu erachten ist: Anschlusswerber, Voraussichtlicher Windparkbetreiber, Voraussichtliche Gesamtengpassleistung, Prognostizierter Jahresertrag, Standort. Auch für Übertragungsnetzbetreiber sollte die Verpflichtung zur Führung von Aufzeichnungen über den Zeitpunkt des Verlangens nach Netzanschluss eingeführt und wie soeben vorgeschlagen ausgestaltet werden.

§ 34

Lastprofile Kosten des Netzanschlusses

- (1) Für jene Endverbraucher, welche an die Netzebenen gemäß § 25 Abs. 5 Z. 6 und 7 EIWOG angeschlossen sind und weniger als 100 000 kWh Jahresverbrauch oder weniger als 50 KW Anschlussleistung aufweisen, sind von den Netzbetreibern standardisierte Lastprofile zu erstellen, wobei auch die Form der Erstellung und Anpassung (synthetisch, analytisch) der standardisierten Profile zu bestimmen ist.
- (2) Für Einspeiser mit weniger als 100 000 kWh jährlicher Einspeisung oder weniger als 50 KW Anschlussleistung sind ebenfalls standardisierte Lastprofile vorzusehen.
- (3) Die standardisierten Lastprofile sind innerhalb einer Regelzone aufeinander abzustimmen und durch die Netzbetreiber in geeigneter Form zu veröffentlichen.
- (4) Die Netzbetreiber haben bei Neuanschlüssen oder bei Erhöhungen der Anschlussleistung (Netzzutritt) die zur Abgeltung der notwendigen Aufwendungen für die Errichtung und Ausgestaltung von Leitungsanlagen im Sinne des § 2 Abs. 1 des NÖ Starkstromwegegesetzes, LGBl. 7810, die Voraussetzung für die Versorgung von Kunden oder für die Einspeisung aus Erzeugungsanlagen sind, erforderlichen Kosten zu verlangen. Die gemäß § 25 EIWOG bestimmten Systemnutzungstarife und Netzbereitstellungsentgelte bleiben unberührt.
- (5) Der Netzbetreiber hat den Netzzugangsberechtigten auf deren Verlangen einen detaillierten Kostenvoranschlag über die Netzanschlussarbeiten vorzulegen.

IG Windkraft

Abs. 4: Der Wortlaut dieser Bestimmung erlaubt eine Interpretation dahingehend, dass nicht nur die für den Netzzutritt notwendigen Aufwendungen, sondern auch diejenigen für die Verstärkung vorgelagerter Netze/Leitungsanlagen vom anschließenden Erzeuger verlangt werden können. Dass die Kosten für die Verstärkung vorgelagerter Netze vom Erzeuger zu tragen sind, ergibt sich jedoch nicht aus dem Grundsatzgesetz EIWOG, weshalb dies auch nicht vom Ausführungsgesetz normiert werden kann. Um diesbezügliche Missverständnisse zu vermeiden, ist eine klare Formulierung zu wählen.

§ 35

Technischer Betriebsleiter

- (1) Netzbetreiber sind verpflichtet, vor Aufnahme des Betriebes eines Netzes eine natürliche Person als Betriebsleiter für die technische Leitung und Überwachung des Betriebes der Netze zu bestellen.
- (2) Der Betriebsleiter muss den Voraussetzungen nach § 53 Abs. 3 Z. 1 entsprechen, fachlich befähigt sein, den Betrieb von Netzen zu leiten und zu überwachen und überwiegend in inländischen Unternehmen tätig sein. § 53 Abs. 10 gilt sinngemäß.
- (3) Der Nachweis der fachlichen Befähigung wird durch das Vorliegen des nach der Gewerbeordnung 1994 für die Ausübung des Gewerbes der Elektrotechniker erforderlichen Befähigungsnachweises erbracht.
- (4) Vom Erfordernis des Abs. 3 kann die Behörde über Antrag des Netzbetreibers Nachsicht erteilen, wenn
 1. nach dem Bildungsgang und der bisherigen Tätigkeit angenommen werden kann, dass der vorgesehene Betriebsleiter die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen besitzt, die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind, oder
 2. eine hinreichende tatsächliche Befähigung angenommen werden kann.

Die Wirtschaftskammer Niederösterreich ist vor Erteilung der Nachsicht zu hören.

- (5) Die Bestellung des Betriebsleiters bedarf der Genehmigung der Behörde. Der Antrag ist vom Betreiber des Netzes einzubringen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn der Betriebsleiter die Voraussetzungen gemäß Abs. 2 erfüllt. Die Genehmigung ist zu widerrufen, wenn auch nur eine dieser Voraussetzungen weggefallen ist oder begründete Zweifel an seiner Zuverlässigkeit bestehen.
- (6) Scheidet der Betriebsleiter aus oder wird die Genehmigung seiner Bestellung widerrufen, so darf der Betrieb des Netzes bis zur Bestellung eines neuen Betriebsleiters, längstens jedoch während zweier Monate weiter ausgeübt werden. Das Ausscheiden des Betriebsleiters sowie das Wegfallen einer Voraussetzung für die Genehmigung seiner Bestellung ist der Behörde vom Netzbetreiber unverzüglich schriftlich anzuzeigen.
- (7) Ist der Netzbetreiber eine natürliche Person und erfüllt er die Voraussetzungen gemäß Abs. 2, so kann auch der Netzbetreiber als Betriebsleiter bestellt werden.

§ 36

Versorgung über DirektleitungenAufrechterhaltung der Leistung

- (1) Netzbetreiber sind berechtigt, Netzzugangsberechtigte, ihre eigenen Betriebsstätten und ihre eigenen Konzernunternehmen über eine Direktleitung zu versorgen.
- (2) Die Netzbetreiber dürfen die vertraglich zugesicherten Leistungen nur unterbrechen oder einstellen, wenn der Netzbenutzer seine vertraglichen Verpflichtungen gröblich verletzt oder wenn unerlässliche technische Maßnahmen in den Übertragungs-, Anschluss- oder Verteileranlagen des Netzbetreibers vorzunehmen sind oder zur Vermeidung eines drohenden Netzzusammenbruches eine Einstellung der Leistungen erforderlich ist. Störungen sind unverzüglich zu beheben. Bei voraussehbaren Leistungsunterbrechungen sind die Netzbenutzer rechtzeitig vorher in ortsüblicher Weise zu verständigen.

§ 37

Herkunftsnachweise für elektrische Energie aushocheffizienten KWK-Anlagen

- (1) Die Netzbetreiber, an deren Netzen hocheffiziente KWK-Anlagen angeschlossen sind, haben über die aus diesen Anlagen in ihr Netz eingespeisten Mengen an elektrischer Energie dem Betreiber der Anlage auf dessen Verlangen eine Bescheinigung auszustellen. Die Ausstellung kann mittels automationsunterstützter Datenverarbeitung erfolgen. Der Betreiber der KWK-Anlage hat mit dem Verlangen die zur Ausstellung der Bescheinigung erforderlichen Daten, bestätigt durch eine fachlich geeignete Person im Sinne des § 17 Abs. 2, dem Netzbetreiber vorzulegen, soweit diese Daten dem Netzbetreiber nicht zur Verfügung zu stehen.
- (2) Die Bescheinigung hat zu enthalten:
 1. die Menge an elektrischer Energie aus hocheffizienten KWK-Anlagen gemäß Anhang II der KWK- Richtlinie;
 2. den unteren Heizwert des jeweiligen Primärenergieträgers, über die Nutzung der zusammen mit der elektrischen Energie erzeugten Wärme;
 3. Ort und Zeitraum der Erzeugung, die Engpassleistung;
 4. die Primärenergieeinsparung, die gemäß Anhang III der KWK-Richtlinie auf der Grundlage der im Art. 4 Abs. 1 der KWK-Richtlinie genannten, von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft festgelegten harmonisierten Wirkungsgrad-Referenzwerte berechnet worden sind.
- (3) Die Behörde hat die Ausstellung der Herkunftsnachweise regelmäßig zu überwachen.
- (4) Betreiber hocheffizienter KWK-Anlagen, Stromhändler und sonstige Lieferanten, die elektrische Energie aus diesen Anlagen einem Dritten veräußern, sind über Verlangen dieses Dritten

verpflichtet, die der verkauften Menge entsprechenden Herkunftsnachweise (mittels automatisierter Datenverarbeitung) kostenlos (ohne Transaktionskosten) und nachweislich diesem Dritten zu überlassen.

- (5) Herkunftsnachweise für elektrische Energie aus hocheffizienten KWK-Anlagen mit Standort in einem anderen EU-Mitgliedstaat, einem EWR-Vertragsstaat oder einem Drittstaat gelten als Herkunftsnachweise im Sinne dieses Gesetzes, wenn sie zumindest den Anforderungen des Art. 5 der KWK-Richtlinie entsprechen.
- (6) Die Behörde hat über Antrag festzustellen, ob die Voraussetzungen gemäß Abs. 1 oder Abs. 5 vorliegen.

Abteilung Finanzen

Abs. 3: Überwachung der Ausstellung der Herkunftsnachweise für elektrische Energie aus hocheffizienten KWK-Anlagen durch die Behörde. Abs. 6: Feststellungsverfahren im Zusammenhang mit KWK-Anlagen

Abschnitt 2

Betreiber von Verteilernetzen

§ 38

Pflichten der Verteilernetzbetreiber

- (1) Zusätzlich zu den im Abschnitt 1 festgelegten Pflichten sind Verteilernetzbetreiber verpflichtet,
1. das von ihnen betriebene Netz sicher, zuverlässig und leistungsfähig unter Bedachtnahme auf den Umweltschutz zu betreiben und zu erhalten sowie für die Bereitstellung aller unentbehrlichen Hilfsdienste zu sorgen,
 2. das von ihnen betriebene Netz bedarfsgerecht auszubauen, um auf lange Sicht die Fähigkeit des Verteilernetzes sicherzustellen, die Nachfrage nach Verteilung zu befriedigen,
 3. die zum Betrieb des Netzes erforderlichen technischen Voraussetzungen sicherzustellen,
 4. dem Betreiber eines anderen Netzes, mit dem sein eigenes Netz verbunden ist, ausreichende Informationen zu liefern, um den sicheren und leistungsfähigen Betrieb, den koordinierten Ausbau und die Interoperabilität des Verbundnetzes sicherzustellen,
 5. wirtschaftlich sensible Informationen, von denen sie in Ausübung ihrer Tätigkeit Kenntnis erlangt haben, vertraulich zu behandeln,
 6. sich jeglicher Diskriminierung gegenüber den Netzbenutzern oder den Kategorien von Netzbenutzern, insbesondere zu Gunsten ihrer Konzernunternehmen oder Aktionäre zu enthalten,
 7. die zur Durchführung der Berechnung und Zuordnung der Ausgleichsenergie erforderlichen Daten zur Verfügung zu stellen, wobei insbesondere jene Zählwerte zu übermitteln sind,

- die für die Berechnung der Fahrplanabweichungen und der Abweichungen von den Lastprofilen jeder Bilanzgruppe benötigt werden,
8. Netzzugangsberechtigten zu den jeweils genehmigten Allgemeinen Netzbedingungen und jeweils bestimmten Systemnutzungstarifen einschließlich allfälliger behördlich festgesetzter Abgaben, Förderbeiträge, Zuschläge etc., deren Einhebung durch den Netzbetreiber vorgesehen ist, Netzzugang zu ihren Systemen zu gewähren,
 9. die genehmigten Allgemeinen Netzbedingungen und die gemäß § 25 ElWOG bestimmten Systemnutzungstarife gemäß dem Hauptstück VII zu veröffentlichen,
 10. die zur Durchführung der Verrechnung und Datenübermittlung gemäß Z. 7 erforderlichen vertraglichen Maßnahmen vorzusehen,
 11. zur Abschätzung der Lastflüsse und Prüfung der Einhaltung der technischen Sicherheit des Netzes,
 12. zur Führung einer Evidenz über alle in ihren Netzen tätigen Bilanzgruppen und Bilanzgruppenverantwortlichen,
 13. zur Führung einer Evidenz aller in ihren Netzen tätigen Stromhändler und sonstigen Lieferanten,
 14. zur Messung der Bezüge, Leistungen, Lastprofile der Netzbenutzer, zur Prüfung der Plausibilität der Lastprofile und zur Weitergabe von Daten im erforderlichen Ausmaß an den Bilanzgruppenkoordinator, die betroffenen Netzbetreiber sowie Bilanzgruppenverantwortlichen,
 15. zur Messung der Leistungen, der Strommengen und der Lastprofile an den Schnittstellen zu anderen Netzen und Weitergabe der Daten an betroffene Netzbetreiber und an den Bilanzgruppenkoordinator,
 16. Engpässe im Verteilernetz zu ermitteln und Handlungen zu setzen, um diese zu vermeiden,
 17. zur Entgegennahme und Weitergabe von Meldungen über Stromhändler-, Lieferanten- sowie Bilanzgruppenwechsel,
 18. zur Einrichtung einer besonderen Bilanzgruppe für die Ermittlung der Netzverluste, wobei diese Bilanzgruppe gemeinsam mit anderen Netzbetreibern eingerichtet werden kann,
 19. zur Einhebung der Entgelte für Netznutzung und zur Einhebung allfälliger behördlich festgesetzter Abgaben, Förderbeiträge, Zuschläge etc.,
 20. zur Zusammenarbeit mit dem Bilanzgruppenkoordinator, den Bilanzgruppenverantwortlichen und sonstigen Marktteilnehmern bei der Aufteilung der sich aus der Verwendung von standardisierten Lastprofilen ergebenden Differenzen nach Vorliegen der Messergebnisse,
 21. Verträge über den Datenaustausch mit anderen Netzbetreibern, den Bilanzgruppenverantwortlichen sowie dem Bilanzgruppenkoordinator und anderen Marktteilnehmern entsprechend den in den Allgemeinen Netzbedingungen festgelegten Marktregeln abzuschließen,
 22. zur Führung von Aufzeichnungen über den Zeitpunkt des Verlangens nach Netzanschluss von Erzeugungsanlagen.

- (2) Der Betreiber eines Verteilernetzes, an dessen Netz mehr als 100.000 Kunden angeschlossen sind, hat für die Aufstellung und Überwachung der Einhaltung des Gleichbehandlungsprogramms der Behörde einen Gleichbehandlungsbeauftragten zu benennen und alle Beschwerdefälle zu dokumentieren.
- (3) Das Gleichbehandlungsprogramm ist auf Verlangen der Behörde zu ändern.

Industriellenvereinigung Niederösterreich

Abs. 1 Z. 1: Was sind die Kriterien für die „leistungsfähige Netzbetreibung“?. In den Erläuterungen ist dazu nichts ausgeführt. Gibt es objektivierte Merkmale hierfür, dann sollten diese in die Erläuterungen aufgenommen werden.

IG Windkraft

Abs. 1 Z. 22: Wir begrüßen, dass die Verteilernetzbetreiber zur Führung von Aufzeichnungen über den Zeitpunkt des Verlangens nach Netzanschluss von Erzeugungsanlagen verpflichtet werden. Dies gewährleistet mehr Transparenz in diesem Bereich. Die Verpflichtung sollte jedoch etwas genauer gefasst werden, zudem sollte eine korrespondierende Bestimmung aufgenommen werden in § 33 Abs. 3.

Verbund (Austrian Power Grid AG)

Gemäß § 38 (1) 14 sind die Betreiber von Verteilnetzen zur Messung der Bezüge, Leistungen, Lastprofile der Netzbenutzer, Prüfung der Plausibilität der Lastprofile und zur Weitergabe von Daten im erforderlichen Ausmaß an den Bilanzgruppenkoordinator, die betroffenen Netzbetreiber sowie Bilanzgruppenverantwortlichen verpflichtet. Im Hinblick auf eine zukunftssichere, dem modernen Datenverkehr entsprechende Lösung, wird vorgeschlagen, diesen Absatz durch den Passus zur Weitergabe dieser Daten insbesondere in Form von Online-Daten (Echtzeitdaten) im für die Versorgungssicherheit erforderlichen Ausmaß zu ergänzen.

Abteilung Finanzen

Abs. 2 und 3: Behördliche Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Gleichbehandlungsprogramm für Betreiber eines Verteilungsnetzes

§ 39

Recht zum Netzanschluss

- (1) Verteilernetzbetreiber haben – unbeschadet der Bestimmungen betreffend Direktleitungen sowie bestehender Netzanschlussverhältnisse - das Recht, innerhalb des von ihrem Verteilernetz abgedeckten Gebietes alle Netzzugangsberechtigten an ihr Netz anzuschließen.
- (2) Vom Recht zum Netzanschluss sind Netzzugangsberechtigte ausgenommen, denen elektrische Energie mit einer Nennspannung von über 110 kV übergeben werden soll.

Verbund (Austrian Power Grid AG)

Gemäß § 39 (2) sind vom Recht zum Netzanschluss ausgenommen bzw. gemäß § 40 (2) lit. 2 besteht keine Allgemeine Anschlusspflicht für jene Netzzugangsberechtigten, denen elektrische Energie mit einer Nennspannung von über 110 kV übergeben werden soll. Im EIWOG Grundsatzgesetz und im vorliegenden Gesetzesentwurf fehlt es an einer klarstellenden Regelung, wie sie z. B. in den Ausführungsgesetzen des Landes Kärnten (§ 32 (2)) oder des Landes Vorarlberg (§ 32 (2)) enthalten sind, wonach Erzeuger, die elektrische Energie mit einer Nennspannung von über 110 kV übergeben, vom Recht zum Netzanschluss ausgenommen sind. Inhaltlich ergibt sich diese Notwendigkeit daraus, dass der Verteilernetzbetreiber definitionsgemäß den Abtransport von elektrischer Energie auf maximal 110 kV Ebene zu besorgen hat. Einspeisungen auf einer höheren Spannungsebene daher nicht dem Recht zum Netzanschluss unterliegen können.

Wenn überdies die Elektrizitätsbinnenmarkttrichtlinie (Erwägungsgründe 12) ausführt, dass der Netzzugang „unabhängig von der geltenden Marktorganisation entsprechend dieser Richtlinie offen sein und in den Mitgliedsstaaten zu gleichwertigen wirtschaftlichen Ergebnissen und damit zu einer direkt vergleichbaren Marktöffnung sowie einem direkt vergleichbaren Zugang zu den Elektrizitätsmärkten führen muss“, so muss es, den Grundsätzen dieser Richtlinie folgend, dem Erzeuger überlassen bleiben, auf welcher Spannungsebene er eine Einspeisung vornimmt (vgl. dazu auch die Begründung des VfGH-Erkenntnisses vom 30. Juni 2004, V88/00). Zur Klarstellung dieser bereits durch das Gemeinschaftsrecht gegebenen Rechtslage darf daher empfohlen werden, vom Recht zum Netzanschluss jene Netzzugangsberechtigte auszunehmen, denen elektrische Energie mit einer Nennspannung von über 110 kV übergeben werden soll und jene Erzeuger, die elektrische Energie mit einer Nennspannung von über 110 kV übergeben (§ 39 (2) und § 40 (2) lit. 2).

§ 40

Allgemeine Anschlusspflicht

- (1) Verteilernetzbetreiber sind verpflichtet, zu den jeweils genehmigten Allgemeinen Netzbedingungen mit Netzzugangsberechtigten innerhalb des von ihrem Verteilernetz abgedeckten Gebietes privatrechtliche Verträge über den Anschluss an ihr Netz abzuschließen.
- (2) Die Allgemeine Anschlusspflicht besteht nicht:

1. soweit der Anschluss dem Verteilernetzbetreiber unter Beachtung der Interessen der Gesamtheit der Netzbenutzer im Einzelfall wirtschaftlich nicht zumutbar ist,
 2. gegenüber Netzzugangsberechtigten, denen elektrische Energie mit einer Nennspannung von über 110 kV übergeben werden soll.
- (3) Ob die Allgemeine Anschlusspflicht besteht, hat die Behörde auf Antrag eines Netzzugangsberechtigten oder eines Verteilernetzbetreibers mit Bescheid festzustellen.
- (4) Über Rechtsstreitigkeiten, die sich zwischen dem Verteilernetzbetreiber und den Netzzugangsberechtigten aus dem Vertrag über die Regelung des Netzanschlusses ergeben, haben die ordentlichen Gerichte zu entscheiden.

Abschnitt 3

Betreiber von Übertragungsnetzen

Regelzonen

§ 41

Pflichten der Übertragungsnetzbetreiber

- (1) Zusätzlich zu den im Abschnitt 1 festgelegten Pflichten sind die Übertragungsnetzbetreiber verpflichtet,
1. das von ihnen betriebene Netz sicher, zuverlässig, leistungsfähig und unter Bedachtnahme auf den Umweltschutz zu betreiben und zu erhalten,
 2. das von ihnen betriebene Netz bedarfsgerecht auszubauen, um auf lange Sicht die Fähigkeit des Übertragungsnetzes sicherzustellen, die Nachfrage nach Übertragung zu befriedigen,
 3. die zum Betrieb des Netzes erforderlichen technischen Voraussetzungen sicherzustellen,
 4. die zur Durchführung der Verrechnung und Datenübermittlung gemäß § 43 Abs. 2 Z. 9 erforderlichen vertraglichen Maßnahmen vorzusehen,
 5. dem Betreiber eines anderen Netzes, mit dem ihr eigenes Netz verbunden ist, ausreichende Informationen zu liefern, um den sicheren und leistungsfähigen Betrieb, den koordinierten Ausbau und die Interoperabilität des Verbundnetzes sicherzustellen,
 6. die genehmigten Allgemeinen Netzbedingungen und die gemäß § 25 ElWOG bestimmten Systemnutzungstarife zu veröffentlichen,
 7. Verträge über den Datenaustausch mit anderen Netzbetreibern, den Bilanzgruppenverantwortlichen sowie dem Bilanzgruppenkoordinator und anderen Marktteilnehmern entsprechend den in den Allgemeinen Netzbedingungen festgelegten Marktregeln abzuschließen,
 8. wirtschaftlich sensible Informationen, von denen sie in Ausübung ihrer Tätigkeit Kenntnis erlangt haben, vertraulich zu behandeln,

9. sich jeglicher Diskriminierung gegenüber den Netzbenutzern oder den Kategorien von Netzbenutzern, insbesondere zu Gunsten ihrer Konzernunternehmen oder Aktionäre zu enthalten,
 10. Netzzugangsberechtigten zu den jeweils genehmigten Allgemeinen Netzbedingungen und jeweils bestimmten Systemnutzungstarifen einschließlich allfälliger behördlich festgesetzter Abgaben, Förderbeiträge, Zuschläge etc., deren Einhebung durch den Netzbetreiber vorgesehen ist, Netzzugang zu ihren Systemen nach Maßgabe des § 42 zu gewähren,
 11. zur Abschätzung der Lastflüsse und Prüfung der Einhaltung der technischen Sicherheit des Netzes,
 12. zur Messung der Leistungen, der Strommengen und der Lastprofile an den Schnittstellen zu anderen Netzen und Weitergabe der Daten an betroffene Netzbetreiber und an den Bilanzgruppenkoordinator,
 13. Engpässe im Übertragungsnetz zu ermitteln und Handlungen zu setzen, um diese zu vermeiden,
 14. zur Einrichtung einer besonderen Bilanzgruppe für die Ermittlung der Netzverluste, wobei diese Bilanzgruppe gemeinsam mit anderen Netzbetreibern eingerichtet werden kann,
 15. zur Einhebung der Entgelte für Netznutzung und Einhebung allfälliger behördlich festgesetzter Abgaben, Förderbeiträge, Zuschläge etc.,
 16. ein Gleichbehandlungsprogramm zu erstellen, aus dem hervorgeht, welche Maßnahmen zum Ausschluss diskriminierenden Verhaltens getroffen werden und welche Maßnahmen vorgesehen sind, durch die die ausreichende Überwachung der Einhaltung dieses Programms gewährleistet wird. In diesem Programm ist insbesondere festzulegen, welche Pflichten die Mitarbeiter im Hinblick auf die Erreichung dieses Ziels haben.
- (2) Der Betreiber eines Übertragungsnetzes hat für die Aufstellung und Überwachung der Einhaltung des Gleichbehandlungsprogramms der Behörde einen Gleichbehandlungsbeauftragten zu benennen und alle Beschwerdefälle zu dokumentieren.
 - (3) Das Gleichbehandlungsprogramm ist der Behörde vorzulegen und auf Verlangen der Behörde zu ändern.

Verbund (Austrian Power Grid AG)

Um die Verpflichtung des Übertragungsnetzbetreibers zum bedarfsgerechten Ausbau sowohl wirtschaftlich als auch technisch möglichst optimal zu gestalten, wird empfohlen, § 41 (1) lit. 2 insofern zu ergänzen, als der bedarfsgerechte Ausbau insofern erfolgen sollte, um auf lange Sicht die Fähigkeit des Übertragungsnetzes sicherzustellen, die vorhersehbare Nachfrage nach Übertragung zu befriedigen.

Abteilung Finanzen

Abs. 2 und 3: Behördliche Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Gleichbehandlungsprogramm für Betreiber eines Übertragungsnetzes

§ 42

Anschlußpflicht

- (1) Übertragungsnetzbetreiber sind verpflichtet, zu den jeweils genehmigten Allgemeinen Netzbedingungen mit Netzzugangsberechtigten innerhalb des von ihrem Übertragungsnetz abgedeckten Gebietes privatrechtliche Verträge über den Anschluss an ihr Netz mit Netzzugangsberechtigten abzuschließen, wenn ihnen elektrische Energie mit einer Nennspannung von über 110 kV übergeben werden soll und der Verteilernetzbetreiber nicht in der Lage ist, innerhalb des von seinem Verteilernetz abgedeckten Gebietes privatrechtliche Verträge über den Netzanschluss abzuschließen.
- (2) Die Allgemeine Anschlusspflicht besteht nicht, soweit der Anschluss dem Übertragungsnetzbetreiber unter Beachtung der Interessen der Gesamtheit der Netzbenutzer im Einzelfall wirtschaftlich nicht zumutbar ist.
- (3) Ob die Allgemeine Anschlusspflicht besteht, hat die Behörde auf Antrag eines Netzzugangsberechtigten oder eines Übertragungsnetzbetreibers mit Bescheid festzustellen.
- (4) Über Rechtsstreitigkeiten, die sich zwischen dem Übertragungsnetzbetreiber und den Netzzugangsberechtigten aus dem Vertrag über die Regelung des Netzanschlusses ergeben, haben die ordentlichen Gerichte zu entscheiden.

IG Windkraft

Abs. 1: Auf Grund der zunehmenden Größe von Windkraftprojekten ist es zweckmäßig, direkt in das Übertragungsnetz einzuspeisen. Wir begrüßen daher die geplante Anschlusspflicht auch für Übertragungsnetzbetreiber. Diese Verpflichtung muss jedoch unabhängig davon bestehen, ob der Verteilernetzbetreiber in der Lage ist, innerhalb des von seinem Verteilernetz abgedeckten Gebietes Verträge über den Netzanschluss abzuschließen. Außerdem sollte bei den Pflichten aller Netzbetreiber (sowohl Verteilernetzbetreiber als auch Übertragungsnetzbetreiber) folgende Verpflichtung normiert werden: Bekanntgabe der Netzanschlussdaten bei Verlangen nach Netzanschluss von Ökostromanlagen (Spannung, Kurzschlussleistung und Kurzschlusswinkel) am gewünschten Netzanschlusspunkt.

Verbund (Austrian Power Grid AG)

§ 42 (2) legt fest, dass eine Allgemeine Anschlusspflicht nicht besteht, soweit der Anschluss dem Übertragungsnetzbetreiber unter Beachtung der Interessen der Gesamtheit der Netzbenutzer im Einzelfall wirtschaftlich nicht zumutbar ist. Da bei Übertragungsnetzen nicht nur die wirtschaftlichen Überlegungen sondern aus Sicht des Netzbetreibers genauso technische Überlegungen einfließen müssen, empfehlen wir, die Anschlusspflicht nicht nur ausschließlich von der wirtschaftlichen son-

dem auch von der technischen Zumutbarkeit abhängig zu machen.(§ 42 Abs. (2): Die Allgemeine Anschlusspflicht besteht nicht, soweit der Anschluss dem Übertragungsnetzbetreiber unter Beachtung der Interessen der Gesamtheit der Netzbenutzer im Einzelfall technisch oder wirtschaftlich nicht zumutbar ist).

WIENSTROM GmbH

Anschlusspflicht des Übertragungsnetzbetreibers: Eine Anschlusspflicht der drei Übertragungsnetzbetreiber ist in der EIWOG-Novelle 2004 nicht ausdrücklich vorgesehen. Ihre Aufgabe ist primär der Betrieb eines überregionalen Höchstspannungsnetzes und ihre Vertragspartner sind primär die Verteilernetzbetreiber. Der Gesetzesentwurf sieht nun eine eingeschränkte Anschlusspflicht für den Fall vor, dass ein Verteilernetzbetreiber nicht in der Lage ist, einen Netzzugangsberechtigten an sein Verteilernetz anzuschließen. Sofern eine (eingeschränkte) Anschlusspflicht des Übertragungsnetzbetreibers im neuen NÖ EIWG vorgesehen werden soll, wäre in Absatz 2 zusätzlich klarzustellen, dass eine Anschlusspflicht bzw. ein Anschlussrecht dann nicht besteht, wenn dies langfristig zu Einschränkungen der Netzkapazität bei Verteilernetzbetreibern bzw. deren Netzzugangsberechtigten führen könnte.

§ 43

Regelzonen

Aufgaben

- (1) Der vom Übertragungsnetz der Verbund Austrian Power Grid AG in NÖ abgedeckte Netzbereich ist Bestandteil eines Regelzonenbereiches. Der Betreiber dieses Übertragungsnetzes ist auch Regelzonenführer (wird als Regelzonenführer benannt).
- (2) Zusätzlich zu den im § 41 auferlegten Pflichten obliegen dem Regelzonenführer folgende Aufgaben:
 1. die Bereitstellung der Systemdienstleistung (Frequenz-/Leistungsregelung) entsprechend den technischen Regeln, wie etwa jene der UCTE, wobei diese Systemdienstleistung von einem dritten Unternehmen erbracht werden kann,
 2. die Fahrplanabwicklung mit anderen Regelzonen,
 3. die Organisation und den Abruf der Ausgleichsenergie entsprechend der Bieterkurve des Bilanzgruppenkoordinators,
 4. die Durchführung der Messungen von elektrischen Größen an Schnittstellen seines Übertragungsnetzes und Übermittlung der Daten an den Bilanzgruppenkoordinator und andere Netzbetreiber,
 5. die Durchführung von Maßnahmen zur Überwindung von Engpässen,

6. der Abruf der Kraftwerke zur Aufbringung von Ausgleichsenergie gemäß den Vorgaben (Bieterkurve) des Bilanzgruppenkoordinators,
7. die Durchführung einer Abgrenzung von Regelenergie zu Ausgleichsenergie nach transparenten und objektiven Kriterien,
8. die Sicherstellung des physikalischen Ausgleichs zwischen Aufbringung und Bedarf in dem von ihm abzudeckenden System,
9. die Durchführung der Verrechnung der Ausgleichsenergie über eine zur Ausübung dieser Tätigkeit befugte und zuständige Verrechnungsstelle und die Zurverfügungstellung der zur Durchführung der Verrechnung erforderlichen Daten an die Verrechnungsstelle und den Bilanzgruppenverantwortlichen, wobei insbesondere jene Zählwerte zu übermitteln sind, die für die Berechnung der Fahrplanabweichungen und der Abweichungen von den Lastprofilen jeder Bilanzgruppe benötigt werden,
10. die Erstellung einer Lastprognose zur Erkennung von Engpässen,
11. Verträge über den Datenaustausch mit anderen Netzbetreibern, den Bilanzgruppenverantwortlichen und dem Bilanzgruppenkoordinator und anderen Marktteilnehmern entsprechend den in den Allgemeinen Netzbedingungen festgelegten Marktregeln abzuschließen,
12. Die Befolgung der Anweisungen des Bilanzgruppenkoordinators, wenn keine Angebote für die Ausgleichsenergie vorliegen,
13. die Namhaftmachung eines Bilanzgruppenkoordinators nach Maßgabe des § 51.

Hauptstück IV

Netzzugangsberechtigte

Stromhändler

§ 44

Rechte der Kunden

- (1) Alle Kunden sind berechtigt, mit Stromhändlern und sonstigen Lieferanten Verträge über die Lieferung von elektrischer Energie zur Deckung ihres Bedarfes zu schließen und hinsichtlich dieser Mengen Netzzugang zu begehren.
- (2) Stromhändler und sonstige Lieferanten können den Netzzugang im Namen ihrer Kunden begehren.

§ 45

Pflichten der Stromhändler und

Sonstigen Lieferanten

Untersagung

- (1) Stromhändler und sonstige Lieferanten, die Kunden in NÖ beliefern, für die standardisierte Lastprofile erstellt werden müssen, sind verpflichtet, diese Liefertätigkeit auf der Grundlage

Allgemeiner Geschäftsbedingungen auszuüben. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen sind in geeigneter Weise (z. B. Internet) zu veröffentlichen.

- (2) Stromhändler und sonstige Lieferanten sind verpflichtet, jeden Haushaltskunden, der dies begehrt, zu den veröffentlichten Allgemeinen Geschäftsbedingungen zu beliefern, es sei denn, es ist für den Stromhändler oder sonstigen Lieferanten wirtschaftlich wegen Zahlungsverzug des Haushaltskunden nicht zumutbar. Den Haushaltskunden darf vom Netzbetreiber für den Wechsel des Versorgers kein gesondertes Entgelt in Rechnung gestellt werden.
- (3) Die Behörde kann einem Stromhändler oder sonstigen Lieferanten, der Endverbraucher beliefert, diese Tätigkeit untersagen, wenn er
 1. mindestens drei Mal wegen Übertretung dieses Gesetzes oder des Ökostromgesetzes rechtmäßig bestraft worden ist und die Untersagung im Hinblick auf die Übertretungen nicht unverhältnismäßig ist oder
 2. nicht die erforderliche Verlässlichkeit besitzt. § 53 Abs. 4 bis 8 gilt sinngemäß.

Von der Untersagung ist der Bilanzgruppenverantwortliche zu verständigen.

EVN AG

Zu Abs. 2 ist im Sinne der Anmerkung zu § 3 die Ergänzung hinsichtlich des Standardtarifes zu fordern.

WIENSTROM GmbH

Grundversorgung Rechtsgrundlagen: §§ 3 Abs. 2, 45 Abs. 2 des Entwurfes Der vorliegende Entwurf sieht für Haushaltskunden einen Anspruch auf Grundversorgung zu angemessenen Preisen entsprechend der EBRL 2003 (Art. 3 Abs. 3) vor. Dabei geht (nach unserem Verständnis) der Gesetzesentwurf offensichtlich davon aus, dass Haushaltskunden einem „Versorger letzter Instanz“ durch die ECG zugewiesen werden sollen. Abgesehen davon, dass sich in der Vergangenheit die ECG in derartigen Fällen für unzuständig erklärte (Arg. Eine Zuweisung eines Kunden gemäß § 46 Abs. 5 EIWOG zu einer Bilanzgruppe setzt nach Auffassung der ECG einen aufrechten Stromlieferungsvertrag voraus²), siehe beiliegenden Bescheid), darf nach unserer Auffassung der Anspruch auf Grundversorgung nicht mit behördlich angeordneten „Strompreisen“ verknüpft werden. § 3 Abs. 2 und § 45 Abs. 2 des Entwurfes könnten sinngemäß daher wie folgt lauten: § 45 Abs. 2: „Stromhändler, zu deren Tätigkeitsbereich die Versorgung von Haushaltskunden mit elektrischer Energie zählt, haben ihren allgemeinen Tarif für die Versorgung von Haushaltskunden mit elektrischer Energie (Standardtarif) zu veröffentlichen. Sie sind verpflichtet, zu ihren geltenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen und zu ihrem veröffentlichten Standardtarif, jene Haushaltskunden, die sich ihnen ge-

² Bescheid der ECG vom 6.9.2002, GZ G SON 29/02;

genüber auf die Grundversorgung berufen, mit elektrischer Energie zu beliefern (Pflicht zur Grundversorgung); die Pflicht zur Grundversorgung besteht nicht, sofern einem Stromhändler die Versorgung eines Haushaltskunden aus wirtschaftlichen Gründen, insbesondere bei Zahlungsverzug des Haushaltskunden, nicht zugemutet werden kann.

§ 46

Netzzugangsberechtigte

- (1) Netzzugangsberechtigte haben sich einer Bilanzgruppe anzuschließen oder unter Beachtung des Hauptstückes V eine eigene Bilanzgruppe zu bilden.
- (2) Netzzugangsberechtigte sind verpflichtet,
 1. Daten, Zählerwerte und sonstige zur Ermittlung ihres Verbrauches an elektrischer Energie dienende Angaben an Netzbetreiber, Bilanzgruppenverantwortliche und den Bilanzgruppenkoordinator gemäß den sich aus den vertraglichen Vereinbarungen ergebenden Verpflichtungen bereitzustellen und zu übermitteln, soweit dies zur Aufrechterhaltung eines wettbewerbsorientierten Elektrizitätsmarktes und zur Wahrung des Konsumentenschutzes erforderlich ist,
 2. die technischen Vorgaben der Netzbetreiber bei Verwendung eigener Zähleinrichtungen und Anlagen zur Datenübertragung einzuhalten,
 3. Meldungen bei Stromhändler-, sonstigem Lieferanten- sowie Bilanzgruppenwechsel abzugeben sowie die hierfür vorgesehenen Fristen einzuhalten,
 4. Vertragsdaten an Stellen zu melden, die mit der Erstellung von Indizes betraut sind,
 5. bei technischer Notwendigkeit Erzeugungs- und Verbrauchsfahrpläne im erforderlichen Ausmaß an den Netzbetreiber, den Bilanzgruppenverantwortlichen und den Regelzonenführer zu melden,
 6. Verträge über den Datenaustausch mit anderen Netzbetreibern, den Bilanzgruppenverantwortlichen sowie dem Bilanzgruppenkoordinator und anderen Marktteilnehmern entsprechend den in den Allgemeinen Netzbedingungen festgelegten Marktregeln abzuschließen.
- (3) Zusätzlich zu den in den Abs. 1 und 2 festgelegten Pflichten sind Erzeuger verpflichtet:
 1. Daten im erforderlichen Ausmaß betroffenen Netzbetreibern, dem Bilanzgruppenkoordinator, dem jeweiligen Bilanzgruppenverantwortlichen und anderen betroffenen Marktteilnehmern zur Verfügung zu stellen,
 2. Erzeugerfahrpläne vorab an die betroffenen Netzbetreiber, den Regelzonenführer und den Bilanzgruppenverantwortlichen im erforderlichen Ausmaß bei technischer Notwendigkeit zu melden,
 3. zur Bekanntgabe von Erzeugerfahrplänen an die betroffenen Bilanzgruppenverantwortlichen und Netzbetreiber bei Teillieferungen.

- (4) Erzeuger sind berechtigt, Netzzugangsberechtigte, ihre eigenen Betriebsstätten und Konzernunternehmen über eine Direktleitung zu versorgen.

IG Windkraft

Abs. 3 Z. 2: Technologiebedingt ist es nicht möglich, dass Windkraftanlagenbetreiber vorab Erzeugungsfahrpläne liefern. Auch die Allgemeinen Bedingungen der Ökobilanzgruppenverantwortlichen tragen diesem Umstand Rechnung. Es ist daher eine Ausnahme bzw. Einschränkung für Strom aus Windkraftanlagen von dieser Bestimmung vorzusehen.

Hauptstück V

Bilanzgruppen

Bilanzgruppenverantwortliche

Bilanzgruppenkoordinator

Abschnitt 1

Bilanzgruppen

§ 47

Bildung und Aufgaben von Bilanzgruppen

- (1) Bilanzgruppen können innerhalb jeder Regelzone gebildet werden. Die Bildung und Veränderung einer Bilanzgruppe erfolgt durch den Bilanzgruppenverantwortlichen.
- (2) Die Bilanzgruppenverantwortlichen haben - sofern sich aus Abs. 5 nichts anderes ergibt - folgende Aufgaben:
1. die Erstellung von Fahrplänen und Übermittlung dieser an den Bilanzgruppenkoordinator und den Regelzonenführer,
 2. den Abschluss von Vereinbarungen betreffend Reservehaltung sowie die Versorgung von Bilanzgruppenmitgliedern, die ihnen von der Energie-Control GmbH zugewiesen wurden,
 3. die Meldung bestimmter Erzeugungs- und Verbrauchsdaten für technische Zwecke,
 4. die Meldung von Erzeugungs- und Abnahmefahrplänen von Großabnehmern und Einspeisern nach definierten Regeln für technische Zwecke,
 5. die Entrichtung von Entgelten (Gebühren) an den Bilanzgruppenkoordinator,
 6. die Entrichtung der Entgelte für Ausgleichsenergie an den Regelzonenführer und die Weiterverrechnung der Entgelte an die Bilanzgruppenmitglieder.
- (3) Die Bilanzgruppenverantwortlichen sind - sofern sich aus Abs. 5 nichts anderes ergibt - verpflichtet:
1. Verträge mit dem Bilanzgruppenkoordinator, den Netzbetreibern und den Bilanzgruppenmitgliedern über den Datenaustausch abzuschließen,
 2. eine Evidenz der Bilanzgruppenmitglieder zu führen,

3. entsprechend den Marktregeln Daten an den Bilanzgruppenkoordinator, die Netzbetreiber und die Bilanzgruppenmitglieder weiterzugeben,
 4. Fahrpläne zwischen Bilanzgruppen zu erstellen und dem Bilanzgruppenkoordinator zu melden; die Meldung kann auch im Nachhinein von einem Bilanzgruppenverantwortlichen bis zu einem vom Bilanzgruppenkoordinator in den Allgemeinen Bedingungen festgesetzten Zeitpunkt erfolgen,
 5. Ausgleichsenergie für die Bilanzgruppenmitglieder - im Sinne einer Versorgung mit dieser - zu beschaffen,
 6. die genehmigten Allgemeinen Netzbedingungen der Netzbetreiber, insbesondere die Marktregeln einzuhalten,
 7. Allgemeine Bedingungen der Regulierungsbehörde zur Genehmigung vorzulegen,
- (4) Der Abschluss von Verträgen mit Bilanzgruppenmitgliedern hat zu den genehmigten Allgemeinen Bedingungen zu erfolgen.
- (5) Für Bilanzgruppen zur Ermittlung der Netzverluste gelten nur die in Abs. 2 Z. 5 und Abs. 3 Z. 1 und 3 aufgezählten Aufgaben und Pflichten.
- (6) Wechselt ein Bilanzgruppenmitglied die Bilanzgruppe oder den Stromhändler, sind die Daten des Bilanzgruppenmitgliedes vom Bilanzgruppenverantwortlichen der neuen Bilanzgruppe oder dem neuen Stromhändler weiter zu geben.

§ 48

Allgemeine Bedingungen

- (1) Die Allgemeinen Bedingungen für Bilanzgruppenverantwortliche sowie deren Änderungen bedürfen der Genehmigung der Energie-Control GmbH. Die Genehmigung ist unter Auflagen zu erteilen, falls dies zur Erfüllung der Vorschriften dieses Gesetzes notwendig ist.
- (2) Die Allgemeinen Bedingungen dürfen nicht diskriminierend sein und keine missbräuchlichen Praktiken oder ungerechtfertigten Beschränkungen enthalten. Insbesondere sind sie unter Berücksichtigung der §§ 33 Abs. 3 Z. 2 bis 8 sowie 47 Abs. 2 und 3 so zu gestalten, dass
 1. die Erfüllung der dem Bilanzgruppenverantwortlichen obliegenden Aufgaben gewährleistet ist,
 2. die Leistungen der Bilanzgruppenmitglieder mit den Leistungen des Bilanzgruppenverantwortlichen in einem sachlichen Zusammenhang stehen,
 3. die wechselseitigen Verpflichtungen ausgewogen und verursachungsgerecht zugewiesen sind.

Abschnitt 2

Bilanzgruppenverantwortliche

Bilanzgruppenkoordinator

Ausübungsvoraussetzungen

- (1) Die Tätigkeit eines Bilanzgruppenverantwortlichen darf eine natürliche oder juristische Person oder eine Personengesellschaft des Handelsrechtes ausüben.
- (2) Die Tätigkeit eines Bilanzgruppenverantwortlichen bedarf einer Genehmigung durch die Energie-Control GmbH. Ein Bilanzgruppenverantwortlicher, dem eine Genehmigung nach den Vorschriften eines anderen in Ausführung des EIWOG erlassenen Landesgesetzes erteilt worden ist, darf auch in NÖ tätig werden.
- (3) Dem Antrag auf Erteilung der Genehmigung sind nachstehende Unterlagen anzuschließen:
 1. Vereinbarungen mit dem Bilanzgruppenkoordinator und dem Regelzonenführer, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und Verpflichtungen, insbesondere in administrativer und kommerzieller Hinsicht, erforderlich sind,
 2. Nachweise über die Eintragung ins Firmenbuch (Firmenbuchauszug) und über den Sitz (Hauptwohnsitz),
 3. Nachweise, dass beim Antragsteller bzw. seinen nach außen vertretungsbefugten Organen die persönlichen Voraussetzungen im Sinne des § 53 Abs. 3 Z. 1 lit. a und b und keine Ausschließungsgründe im Sinne des § 53 Abs. 4 bis 8 vorliegen,
 4. Nachweise, dass der Bilanzgruppenverantwortliche, mindestens ein Gesellschafter bzw. Komplementär oder mindestens ein Geschäftsführer oder ein Vorstand oder ein leitender Angestellter fachlich geeignet ist,
 5. Nachweis, dass der Bilanzgruppenverantwortliche für die Ausübung seiner Tätigkeit als Bilanzgruppenverantwortlicher über ein Haftungskapital von mindestens €50.000 z. B. in Form einer Bankgarantie oder einer entsprechenden Versicherung, verfügt, unbeschadet einer auf Grund der Art und des Umfanges der Geschäftstätigkeit allenfalls erforderlichen höheren Kapitalausstattung gemäß der nach Z. 1 vorzulegenden Vereinbarung.
- (4) Die fachliche Eignung ist gegeben, wenn im ausreichenden Maße theoretische und praktische Kenntnisse in der Abwicklung von Stromgeschäften oder in einer leitenden Tätigkeit auf dem Gebiet der Elektrizitätswirtschaft, insbesondere im Stromhandel, in der Erzeugung von elektrischer Energie oder im Betrieb eines Netzes, vorliegen.
- (5) Die Genehmigung ist erforderlichenfalls unter Auflagen zu erteilen, wenn alle Voraussetzungen gemäß Abs. 3 vorliegen. Ab Vorliegen der vollständigen Antragsunterlagen hat die Energie-Control GmbH binnen zwei Monaten zu entscheiden, andernfalls ist der Antragsteller berechtigt, die Tätigkeit als Bilanzgruppenverantwortlicher vorläufig auszuüben. Eine Untersagung der Tätigkeit erfolgt in sinngemäßer Anwendung des § 50.
- (6) Die Bestimmungen der vorstehenden Absätze gelten nicht für Netzbetreiber, die eine Bilanzgruppe zur Ermittlung der Netzverluste bilden. Die Einrichtung einer solchen Bilanzgruppe hat

der Netzbetreiber der Energie-Control GmbH anzuzeigen.

§ 50

Widerruf der Genehmigung Erlöschen

- (1) Die Energie-Control GmbH kann die dem Bilanzgruppenverantwortlichen erteilte Genehmigung widerrufen, wenn er
1. seine Tätigkeit nicht innerhalb von sechs Monaten nach der Erteilung der Genehmigung aufnimmt oder
 2. seine Tätigkeit länger als ein Monat nicht ausübt.
- (2) Die Energie-Control GmbH hat die dem Bilanzgruppenverantwortlichen erteilte Genehmigung zu widerrufen, wenn
1. der Genehmigungsbescheid gemäß § 49 Abs. 5 auf unrichtigen Angaben oder täuschenden Handlungen beruht,
 2. eine im § 49 Abs. 3 festgelegte Voraussetzung nicht oder nicht mehr vorliegt oder
 3. er zumindest drei Mal wegen Verletzung seiner Aufgaben und Pflichten (§ 47) rechtskräftig bestraft worden und der Widerruf im Hinblick auf die Übertretungen nicht unverhältnismäßig ist.
- (3) Bescheide gemäß Abs. 2 Z. 1 oder 2 sind jedenfalls unaufschiebbare Maßnahmen im Sinne des § 57 Abs. 1 AVG.
- (4) Die Genehmigung erlischt, wenn über das Vermögen des Bilanzgruppenverantwortlichen ein Konkurs- oder Ausgleichsverfahren oder ein Schuldenregulierungsverfahren eröffnet wird oder wenn der Antrag auf Konkurseröffnung mangels eines zur Deckung der Kosten des Konkursverfahrens hinreichenden Vermögens rechtskräftig abgewiesen wird.

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Abs. 3 definiert den Bescheid als eine unaufschiebbare Maßnahme. Tatsächlich hat jedoch der Bescheid (unaufschiebbare) Maßnahmen anzuordnen. Insofern ist Abs. 3 missverständlich. Im Übrigen stellt sich die Frage, ob die durch Gesetz vorgesehene generelle Anordnung des Mandatsverfahrens für diese Fälle im Hinblick auf Art. 11 Abs. 2 B-VG gerechtfertigt ist.

§ 51

Bilanzgruppenkoordinator

- (1) Der Regelzonenführer hat der Behörde eine Kapitalgesellschaft namhaft zu machen, die die Tätigkeit eines Bilanzgruppenkoordinators ab 1. Juli 2005 ausüben soll. Mit der Namhaftmachung sind Nachweise vorzulegen, dass der namhaft gemachte Bilanzgruppenkoordinator die im Abs. 3 festgelegten Aufgaben kostengünstig und effizient zu erfüllen vermag und den im Abs. 2 festgelegten Voraussetzungen entspricht.
- (2) Von der Tätigkeit eines Bilanzgruppenkoordinators sind Unternehmen ausgeschlossen, die unter einem bestimmenden Einfluss von Unternehmen oder einer Gruppe von Unternehmen stehen, die mindestens eine der Funktionen der kommerziellen Erzeugung, Übertragung, Verteilung oder Versorgung mit Elektrizität wahrnehmen. Darüber hinaus ist sicher zu stellen, dass
1. der Bilanzgruppenkoordinator die ihm gemäß Abs. 3 zur Besorgung zugewiesenen Aufgaben in sicherer und kostengünstiger Weise zu erfüllen vermag; eine kostengünstige Besorgung der Aufgaben ist jedenfalls dann anzunehmen, wenn bei der Ermittlung der Kostenbasis für die Verrechnungsstelle die für die Bestimmung der Systemnutzungstarife anzuwendenden Verfahren und Grundsätze zu Grunde gelegt werden, dabei ist die Bildung von Rücklagen zur Abdeckung der mit der Tätigkeit verbundenen Risiken zu berücksichtigen,
 2. die Personen, die eine qualifizierte Beteiligung am Bilanzgruppenkoordinator halten, den im Interesse einer soliden und umsichtigen Führung des Unternehmens zu stellenden Ansprüche genügen,
 3. bei keinem der Vorstände kein Ausschließungsgrund im Sinne des § 13 Abs. 1 bis 6 GewO 1994 vorliegt,
 4. der Vorstand auf Grund seiner Vorbildung fachlich geeignet ist und die für den Betrieb des Unternehmens erforderlichen Eigenschaften und Erfahrungen hat. Die fachliche Eignung eines Vorstandes setzt voraus, dass in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in der Abrechnung von Ausgleichsenergie sowie in der Leitungserfahrung hat; die fachliche Eignung für die Leitung einer Verrechnungsstelle ist anzunehmen, wenn eine zumindest dreijährige leitende Tätigkeit auf dem Gebiet der Tarifierung oder des Rechnungswesens nachgewiesen wird,
 5. mindestens ein Vorstand oder der Geschäftsführer den Mittelpunkt seiner Lebensinteressen in Österreich hat,
 6. kein Vorstand keinen anderen Hauptberuf ausübt, der geeignet ist, Interessenskonflikte hervorzurufen,
 7. der Sitz und die Hauptverwaltung im Inland liegen,
 8. das zur Verfügung stehende Abwicklungssystem den Anforderungen eines technisch geeigneten und kostengünstigen Abrechnungssystems genügt,

9. die Neutralität, Unabhängigkeit und die Datenvertraulichkeit gegenüber Marktteilnehmern gewährleistet sind.

(3) Der Bilanzgruppenkoordinator hat folgende Aufgaben:

1. die Vergabe von Identifikationsnummern der Bilanzgruppen;
2. die Bereitstellung von Schnittstellen im Bereich Informationstechnologie;
3. die Verwaltung der Fahrpläne zwischen Bilanzgruppen;
4. die Übernahme der von den Netzbetreibern in vorgegebener Form übermittelten Messdaten, deren Auswertung und Weitergabe an die betroffenen Marktteilnehmer und anderen Bilanzgruppenverantwortlichen entsprechend den in den Verträgen enthaltenen Vorgaben;
5. die Übernahme von Fahrplänen der Bilanzgruppenverantwortlichen und die Weitergabe an die betroffenen Marktteilnehmer (andere Bilanzgruppenverantwortliche) entsprechend den in den Verträgen enthaltenen Vorgaben;
6. die Bonitätsprüfung der Bilanzgruppenverantwortlichen;
7. die Mitarbeit bei der Ausarbeitung und Adaptierung von Regelungen im Bereich Kundenwechsel, Abwicklung und Abrechnung;
8. die Abrechnung und organisatorische Maßnahmen bei Auflösung von Bilanzgruppen;
9. die Aufteilung und Zuweisung der sich auf Grund der Verwendung von standardisierten Lastprofilen ergebenden Differenz auf die am Netz eines Netzbetreibers angeschlossenen Marktteilnehmer nach Vorliegen der Messwerte nach transparenten Kriterien;
10. die Verrechnung der Clearinggebühren an die Bilanzgruppenverantwortlichen;
11. die Berechnung und Zuordnung der Ausgleichsenergie;
12. der Abschluss von Verträgen
 - a) mit Bilanzgruppenverantwortlichen, andern Regelzonenführern, Netzbetreibern, Stromhändlern, Lieferanten und Erzeugern;
 - b) mit Einrichtungen zum Zwecke des Datenaustausches zur Erstellung eines Indexes;
 - c) mit Strombörsen über die Weitergabe von Daten;
 - d) mit Netzbetreibern, Stromhändlern, Lieferanten und Erzeugern über die Weitergabe von Daten.

(4) Im Rahmen der Berechnung und Zuordnung der Ausgleichsenergie sind – sofern nicht besondere Regelungen im Rahmen von Verträgen gemäß § 70 Abs. 2 EIWOG bestehen – jedenfalls

1. Angebote für Ausgleichsenergie einzuholen, zu übernehmen und eine Abrufreihenfolge als Vorgabe für Regelzonenführer zu erstellen;
2. die Differenz von Fahrplänen zu Messdaten zu übernehmen und daraus Ausgleichsenergie zu errechnen;
3. die Preise für Ausgleichsenergie entsprechend dem im § 10 Verrechnungsstellengesetz beschriebenen Verfahren zu ermitteln und in geeigneter Form ständig zu veröffentlichen;

4. die Entgelte für Ausgleichsenergie zu berechnen und den Bilanzgruppenverantwortlichen und Regelzonenführer mitzuteilen;
 5. besondere Maßnahmen zu ergreifen, wenn keine Angebote für Ausgleichsenergie vorliegen;
 6. die verwendeten standardisierten Lastprofile zu verzeichnen, zu archivieren und in geeigneter Form zu veröffentlichen;
 7. Informationen über die zur Sicherung eines transparenten und diskriminierungsfreien und möglichst liquiden Ausgleichsenergiemarktes erforderlichen Maßnahmen den Marktteilnehmern zu gewähren. Dazu zählen jedenfalls eine aktuelle Darstellung der eingelangten Angebote für Regelenergie (ungewollter Austausch, Sekundärregelung, Minutenreserveabruf), Marketmaker oder ähnliche Marktinstrumente sowie eine aktuelle Darstellung der abgerufenen Angebote.
- (5) Liegen die gemäß Abs. 1 und 2 nachzuweisenden Voraussetzungen nicht vor, hat die Behörde dies mit Bescheid festzustellen. Vor Erlassung eines Bescheides hat die Behörde mit jenen Landesregierungen das Einvernehmen herzustellen, in deren Wirkungsbereich sich die Regelzone erstreckt.
- (6) Wird innerhalb von sechs Monaten nach Namhaftmachung des Bilanzgruppenkoordinators kein Feststellungsbescheid erlassen, darf der Bilanzgruppenkoordinator die Tätigkeit eines Bilanzgruppenkoordinators ausüben und gilt als konzessioniert, es sei denn eine Landesregierung stellt einen Antrag gemäß Art. 15 Abs. 7 B-VG.
- (7) Erfolgt keine Namhaftmachung eines Bilanzgruppenkoordinators gemäß Abs. 1, hat die Behörde einen Feststellungsbescheid gemäß Abs. 5 erlassen oder wurde die Konzession zurückgenommen, so hat die Behörde von Amts wegen eine geeignete Person unter Berücksichtigung der im Abs. 1 und 2 festgelegten Voraussetzungen auszuwählen und zu verpflichten, die Aufgaben eines Bilanzgruppenkoordinators zu übernehmen. Die Behörde hat mit jenen Landesregierungen das Einvernehmen herzustellen, in deren Wirkungsbereich sich die Regelzone erstreckt. Die Behörde hat diesen Bescheid aufzuheben, sobald vom Regelzonenführer ein Bilanzgruppenkoordinator namhaft gemacht wird, der die Voraussetzungen gemäß Abs. 1 und 2 erfüllt. Vor Erlassung dieses Bescheides hat die Behörde mit jenen Landesregierungen das Einvernehmen herzustellen, in deren Wirkungsbereich sich die Regelzone erstreckt.

Verbund (Austrian Power Grid AG)

Nachdem die §§ 3, 4 und 9 des Bundesgesetzes, mit dem die Ausübungsvoraussetzungen, die Aufgaben und Befugnisse der Verrechnungsstellen für Transaktionen und Preisbildung für die Ausgleichsenergie geregelt werden (Verrechnungsstellengesetz) vom Verfassungsgerichtshof mit Erkenntnis G140/03 mit Ablauf des 30. Juni 2005 mit der Begründung aufgehoben worden sind, dass es sich um eine Angelegenheit des Art. 12 B-VG handelt, dürfte keine vorausschießende Gesetzgebung auf Länderebene erfolgen, solange die Grundsatzgesetzgebung des Bundes zu diesem Thema

noch nicht erfolgt ist. Denkbar wäre auch, dass seitens des Bundes u. U. eine Kompetenz nach Art. 10 B-VG neu geschaffen würde, womit die vorauseilende Regelung des § 51 NÖ ElWG 2005 ebenso keine verfassungsmäßige Deckung hätte. Der § 51 wäre demgemäß bis zur Klärung der bundesgesetzlichen (Grundsatz-) Gesetzgebung auszusetzen bzw. zu streichen.

WIENSTROM GmbH

Auf Grund Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 10. März 2004 ist es zwar erforderlich, die Ausübungsvoraussetzungen eines Bilanzgruppenkoordinators neu zu regeln. Da sich jedoch die Regelzone Ost über sieben Bundesländer erstreckt, erscheint eine (vorauseilende) Regelung ohne entsprechende grundsatzgesetzliche Vorgaben aus Gründen der Rechtssicherheit (Argument: Gleichlautende Regelungen in sieben Ausführungsgesetzen) nicht zweckmäßig. § 42 sollte daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt ersatzlos entfallen.

Hauptstück VI

Ausübungsvoraussetzungen für Netze

Abschnitt 1

Übertragungsnetze

Regelzonenführer

§ 52

Voraussetzungen

Feststellungsverfahren

- (1) Ein Übertragungsnetzbetreiber, der zu einem vertikal integrierten Unternehmen gehört, muß zumindest hinsichtlich seiner Rechtsform, Organisation und Entscheidungsgewalt unabhängig von den übrigen Tätigkeitsbereichen sein, die nicht mit der Übertragung zusammenhängen.
- (2) Die Verbund Austrian Power Grid AG oder deren Rechtsnachfolger ist alleiniger Betreiber des Übertragungsnetzes in NÖ und Regelzonenführer. Zur Sicherstellung der Unabhängigkeit sind die Bestimmungen des § 54 Abs. 2 Z. 1 bis 4 sinngemäß an zu wenden.
- (3) Der gemeinsame Betrieb eines Übertragungs- und Verteilernetzes durch einen Regelzonenführer ist unter der Voraussetzung zulässig, dass für das Übertragungs- und Verteilernetz eigene Rechnungskreise eingerichtet sind sowie die Bilanzen und Ergebnisrechnungen gesondert ausgewiesen werden. Darüber hinaus sind die Zuweisungsregeln zu den einzelnen Rechnungskreisen zu veröffentlichen.
- (4) Über Aufforderung der Behörde hat der Übertragungsnetzbetreiber Unterlagen zum Nachweis der Erfüllung der in den Abs. 1, 2 und 3 festgelegten Voraussetzungen binnen angemessener Frist vor zu legen. Über das Ergebnis der Überprüfung hat die Behörde einen Feststellungsbescheid zu erlassen. Vor Erlassung dieses Bescheides hat die Behörde mit jenen Landesregierungen das Einvernehmen herzustellen, in deren Wirkungsbereich sich die Regelzone erstreckt.

Der Feststellungsbescheid ist dem Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit in Abschrift in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen.

- (5) Hat die Behörde mit Bescheid festgestellt, dass die Voraussetzungen gemäß Abs. 1, 2 oder 3 nicht vorliegen, so hat die Behörde von Amts wegen eine geeignete Person unter Berücksichtigung der in Abs. 1, 2 und 3 festgelegten Voraussetzungen auszuwählen und zu verpflichten, die Aufgaben eines Übertragungsnetzbetreibers und Regelzonenführers zu übernehmen. Die Behörde hat mit jenen Landesregierungen das Einvernehmen her zu stellen, in deren Wirkungsbereich sich die Regelzone erstreckt. Die Behörde hat diesen Bescheid aufzuheben, sobald von der Verbund Austrian Power Grid AG oder deren Rechtsnachfolger ein unabhängiger Betreiber ihres Übertragungsnetzes namhaft gemacht worden ist, der die Voraussetzungen gemäß Abs. 1, 2 und 3 erfüllt.
- (6) Nach Rechtskraft des Bescheides gemäß Abs. 5 erster Satz hat die Behörde über Antrag der verpflichteten Person oder über Antrag des Eigentümers eine angemessene Entschädigung für den Gebrauch des Übertragungsnetzes festzulegen. Auf die Ermittlung der Entschädigung sind die Bestimmungen des Eisenbahn-Enteignungsentschädigungsgesetzes 1954 sinngemäß anzuwenden.

Abschnitt 2

Verteilernetze

§ 53

Elektrizitätswirtschaftliche Konzession

Allgemeine Voraussetzungen für die Konzessionserteilung

- (1) Der Betrieb eines Verteilernetzes bedarf einer elektrizitätswirtschaftlichen Konzession.
- (2) Die elektrizitätswirtschaftliche Konzession darf nur erteilt werden, wenn
1. der Konzessionswerber in der Lage ist,
 - a) eine kostengünstige, ausreichende und sichere Verteilung zu gewährleisten und
 - b) den Pflichten des Hauptstückes III nachzukommen und
 2. für das örtlich umschriebene bestimmte Gebiet keine Konzession zum Betrieb eines Verteilernetzes besteht.
- (3) Die Erteilung der elektrizitätswirtschaftlichen Konzession setzt ferner voraus, dass der Konzessionswerber
1. sofern es sich um eine natürliche Person handelt,

- a) eigenberechtigt ist und das 24. Lebensjahr vollendet hat,
 - b) die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt oder Staatsangehöriger eines anderen EU-Mitgliedstaates oder EWR-Vertragsstaates ist,
 - c) seinen Hauptwohnsitz im Inland oder einem anderen EU-Mitgliedstaat oder EWR-Vertragsstaat hat und
 - d) von der Ausübung der Konzession nicht ausgeschlossen ist, sofern es sich um eine juristische Person, um eine Personengesellschaft des Handelsrechtes oder um eine eingetragene Erwerbsgesellschaft handelt
2. sofern es sich um eine juristische Person, um eine Personengesellschaft des Handelsrechtes oder um eine eingetragene Erwerbsgesellschaft handelt,
- a) seinen Sitz im Inland oder einem anderen EU-Mitgliedstaat oder EWR-Vertragsstaat hat,
 - b) für die Ausübung der Konzession einen Geschäftsführer oder Pächter bestellt hat.
- (4) Von der Ausübung einer Konzession ist ausgeschlossen, wer von einem Gericht zu einer drei Monate übersteigenden Freiheitsstrafe oder zu einer Geldstrafe von mehr als 180 Tagessätzen verurteilt worden ist, wenn die Verurteilung weder getilgt ist noch der Beschränkung der Auskunft aus dem Strafregister unterliegt. Dies gilt auch, wenn mit dem angeführten Ausschlussgrund vergleichbare Tatbestände im Ausland verwirklicht wurden.
- (5) Wer wegen der Finanzvergehen des Schmuggels, der Hinterziehung von Eingangs- oder Ausgangsabgaben, der Abgabenehlerei nach § 37 Abs. 1 lit. a des Finanzstrafgesetzes der Hinterziehung von Monopoleinnahmen, des vorsätzlichen Eingriffes in ein staatliches Monopolrecht oder der Monopolhehlerei nach § 46 Abs. 1 lit. a des Finanzstrafgesetzes bestraft worden ist, ist von der Ausübung einer Konzession ausgeschlossen, wenn über ihn wegen eines solchen Finanzvergehens eine Geldstrafe von mehr als 7.300 Euro oder neben einer Geldstrafe eine Freiheitsstrafe verhängt wurde und wenn seit der Bestrafung noch nicht 5 Jahre vergangen sind. Dies gilt auch, wenn mit den angeführten Ausschlussgründen vergleichbare Tatbestände im Ausland verwirklicht wurden.
- (6) Rechtsträger, über deren Vermögen bereits einmal der Konkurs oder ein Ausgleichsverfahren eröffnet wurde oder gegen die der Antrag auf Konkurseröffnung gestellt, der Antrag aber mangels eines zur Deckung der Kosten des Konkursverfahrens voraussichtlich hinreichenden Vermögens abgewiesen wurde, sind von der Ausübung einer Konzession ausgeschlossen. Dies gilt auch, wenn mit den angeführten Ausschlussgründen vergleichbare Tatbestände im Ausland verwirklicht wurden.
- (7) Eine natürliche Person ist von der Ausübung einer Konzession ausgeschlossen, wenn über ihr Vermögen ein Schuldenregulierungsverfahren eröffnet wurde, oder ihr ein maßgebender Ein-

fluss auf den Betrieb der Geschäfte eines anderen Rechtsträgers als einer juristischen Person zusteht oder zugestanden ist, auf die der Abs. 6 anzuwenden ist oder anzuwenden war.

- (8) Die Bestimmungen der Abs. 4 bis 7 sind auf andere Rechtsträger als natürliche Personen sinngemäß anzuwenden, wenn die Voraussetzungen der Abs. 4 bis 7 auf eine natürliche Person zutreffen, der ein maßgebender Einfluss auf den Betrieb der Geschäfte zusteht.
- (9) Geht die Eigenberechtigung verloren, so kann die Konzession durch einen vom gesetzlichen Vertreter bestellten Geschäftsführer weiter ausgeübt werden oder die weitere Ausübung der Konzession einem vom gesetzlichen Vertreter bestellten Pächter übertragen werden.
- (10) Die Behörde hat über Antrag vom Erfordernis der Vollendung des 24. Lebensjahres, der österreichischen Staatsbürgerschaft oder der Staatsangehörigkeit eines anderen EU-Mitgliedstaates oder EWR-Vertragsstaates sowie vom Erfordernis des Hauptwohnsitzes im Inland oder in einem anderen EU-Mitgliedstaates oder EWR-Vertragsstaat Nachsicht zu gewähren, wenn der Betrieb des Verteilernetzes für die Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Elektrizität im öffentlichen Interesse gelegen ist.
- (11) Das Erfordernis des Hauptwohnsitzes im Inland oder einem anderen EU-Mitgliedstaat oder EWR-Vertragsstaat entfällt, wenn ein Geschäftsführer oder Pächter bestellt ist.
- (12) Die Bestimmungen für Personengesellschaften des Handelsrechtes gelten auch für eingetragene Erwerbsgesellschaften.

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

In Abs. 7 wird das Schuldenregulierungsverfahren genannt, dies ist das Konkursverfahren vor dem Bezirksgericht, somit ein Konkursverfahren, wenn der Schuldner beim Konkursantrag kein Unternehmen mehr betrieben hat. Es werden daher nicht alle Konkursverfahren über das Vermögen natürlicher Personen als Schuldenregulierungsverfahren abgehandelt. Es ist daher zweckmäßig, auf den Überbegriff, und zwar das Konkursverfahren, abzustellen.

WIENSTROM GmbH

Wir begrüßen, dass sich die Umsetzung der UNBUNDLING-Bestimmungen im vorliegenden Entwurf auf die Mindestvorgaben der EBRL 2003 bzw. der EIWOG-Novelle 2004 beschränkt. Im Übrigen sieht der Gesetzesentwurf in den Übergangsbestimmungen grundsatzkonform vor, dass für bestehende Konzessionen ein Rechtsanspruch auf Neuerteilung der Konzession besteht, sofern die Konzessionsvoraussetzungen erfüllt sind. Eine verfassungskonforme Interpretation des Rechtsanspruches auf Neuerteilung gemäß § 68a Abs. 1 EIWOG kann unseres Erachtens nur so verstanden werden, dass die besonderen Konzessionsvoraussetzungen des § 54 (also die UNBUNDLING-Voraussetzungen) erfüllt sein müssen. Dies wäre in der Übergangsbestimmung des § 74 Abs. 2 eindeutig und klar zum Ausdruck zu bringen.

Besondere Konzessionsvoraussetzungen

- (1) Konzessionswerber, an deren Verteilernetz mehr als 100.000 Kunden angeschlossen werden, und die zu einem vertikal integrierten Unternehmen gehören, müssen zumindest in ihrer Rechtsform, Organisation und Entscheidungsgewalt unabhängig von den übrigen Tätigkeitsbereichen sein, die nicht mit der Verteilung zusammenhängen.
- (2) Zur Sicherstellung dieser Unabhängigkeit in einem integrierten Elektrizitätsunternehmen muss insbesondere gewährleistet sein,
 1. dass die für die Leitung des Verteilernetzbetreibers zuständigen Personen nicht betrieblichen Einrichtungen des integrierten Elektrizitätsunternehmens angehören, die direkt oder indirekt für den laufenden Betrieb in den Bereichen Elektrizitätserzeugung und -versorgung zuständig sind,
 2. dass die berufsbedingten Interessen der für die Leitung des Verteilernetzbetreibers zuständigen Personen (Gesellschaftsorgane) in einer Weise berücksichtigt werden, dass deren Handlungsunabhängigkeit gewährleistet ist, wobei insbesondere die Gründe für die Abberufung eines Gesellschaftsorgans des Verteilernetzbetreibers in der Gesellschaftssatzung des Verteilernetzbetreibers klar zu umschreiben sind,
 3. dass für Vermögenswerte, die für den Betrieb, die Wartung oder den Ausbau des Verteilernetzes erforderlich sind, die tatsächliche Entscheidungsbefugnis des Verteilernetzbetreibers gewährleistet ist, wobei insbesondere sicher zu stellen ist, dass diese unabhängig von den übrigen Bereichen des integrierten Elektrizitätsunternehmens ausgeübt wird,
 4. dass aus dem Gleichbehandlungsprogramm hervorgeht, welche Maßnahmen zum Ausschluss diskriminierenden Verhaltens getroffen werden, durch welche Maßnahmen eine ausreichende Überwachung der Einhaltung dieses Programms gewährleistet wird und welche Pflichten die Mitarbeiter im Hinblick auf die Erreichung dieses Ziels haben,
 5. dem Aufsichtsrat von Verteilernetzbetreibern, die zu einem integrierten Unternehmen gehören, mindestens zwei Mitglieder angehören, die von der Muttergesellschaft unabhängig sind.
- (3) Abs. 2 Z. 1 steht der Einrichtung von Koordinierungsmechanismen nicht entgegen, durch die sichergestellt wird, dass die wirtschaftlichen Befugnisse des Mutterunternehmens und seine Aufsichtsrechte über das Management im Hinblick auf die Rentabilität eines Tochterunternehmens geschützt werden. Insbesondere ist zu gewährleisten, dass ein Mutterunternehmen den jährlichen Finanzplan oder ein gleichwertiges Instrument des Verteilernetzbetreibers genehmigt und generelle Grenzen für die Verschuldung seines Tochterunternehmens festlegt. Weisungen bezüglich des laufenden Betriebs oder einzelner Entscheidungen über den Bau oder die Modernisierung von Verteilerleitungen, die über den Rahmen des genehmigten Finanzplans oder eines gleichwertigen Instruments nicht hinausgehen, sind unzulässig.

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

In Abs. 2 Z. 5 sollte es „5. dass dem Aufsichtsrat“ heißen.

WIENSTROM GmbH

Wir begrüßen, dass sich die Umsetzung der UNBUNDLING-Bestimmungen im vorliegenden Entwurf auf die Mindestvorgaben der EBRL 2003 bzw. der EIWOG-Novelle 2004 beschränkt. Im Übrigen sieht der Gesetzesentwurf in den Übergangsbestimmungen grundsatzkonform vor, dass für bestehende Konzessionen ein Rechtsanspruch auf Neuerteilung der Konzession besteht, sofern die Konzessionsvoraussetzungen erfüllt sind. Eine verfassungskonforme Interpretation des Rechtsanspruches auf Neuerteilung gemäß § 68a Abs. 1 EIWOG kann unseres Erachtens nur so verstanden werden, dass die besonderen Konzessionsvoraussetzungen des § 54 (also die UNBUNDLING-Voraussetzungen) erfüllt sein müssen. Dies wäre in der Übergangsbestimmung des § 74 Abs. 2 eindeutig und klar zum Ausdruck zu bringen.

§ 55

Verfahren zur Konzessionserteilung

Parteistellung

Anhörungsrechte

- (1) Die Erteilung der elektrizitätswirtschaftlichen Konzession ist bei der Behörde schriftlich zu beantragen.
- (2) Dem Antrag sind zur Feststellung der Voraussetzungen gemäß §§ 53 und 54 anzuschließen:
 1. Urkunden, die dem Nachweis über Vor- und Familienname der Person, ihr Alter und ihre Staatsangehörigkeit dienen,
 2. bei juristischen Personen, deren Bestand nicht offenkundig ist, der Nachweis ihres Bestandes; bei Personengesellschaften des Handelsrechtes ein Auszug aus dem Firmenbuch, der nicht älter als 6 Monate sein darf,
 3. ein Plan in zweifacher Ausfertigung über das vorgesehene Verteilergebiet mit Darstellung der Verteilergebietsgrenzen im Maßstab 1:25.000,
 4. Angaben über die Struktur, die Anzahl der Kunden und über die zu erwartenden Kosten der Verteilung der Elektrizität sowie darüber, ob die vorhandenen oder geplanten Verteileranlagen eine kostengünstige, ausreichende und sichere Verteilung erwarten lassen,
 5. falls zutreffend, Unterlagen zum Nachweis der Erfüllung der im § 54 aufgezählten Voraussetzungen.
 6. bei mehr als 100.000 Kunden ein Gleichbehandlungsprogramm, aus dem hervorgeht, welche Maßnahmen zum Ausschluss diskriminierenden Verhaltens getroffen werden und welche Maßnahmen vorgesehen sind, durch die die ausreichende Überwachung der Einhaltung dieses Programms gewährleistet wird. In diesem Programm ist insbesondere festzulegen, welche

Pflichten die Mitarbeiter im Hinblick auf die Erreichung dieses Ziels haben und wer Gleichbehandlungsbeauftragter ist.

- (3) Sofern zur Prüfung der Voraussetzungen gemäß §§ 53 und 54 weitere Unterlagen erforderlich sind, kann die Behörde die Vorlage weiterer Unterlagen unter Setzung einer angemessenen Frist verlangen.
- (4) Im Verfahren um Erteilung der elektrizitätswirtschaftlichen Konzession kommt
 1. dem Konzessionswerber und
 2. jenen Betreibern eines Verteilernetzes, die eine Verteilernetzkonzession für das in Betracht kommende Gebiet besitzen,

Parteistellung zu.

- (5) Liegen mehrere Anträge auf Erteilung einer elektrizitätswirtschaftlichen Konzession für ein bestimmtes Gebiet vor, so hat die Behörde in einem Verfahren über alle Anträge abzusprechen und hat jeder Antragsteller Parteistellung.
- (6) Vor der Entscheidung über den Antrag um Erteilung der elektrizitätswirtschaftlichen Konzession sind
 1. die Wirtschaftskammer Niederösterreich,
 2. die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich,
 3. die Niederösterreichische Landes-Landwirtschaftskammer und
 4. die im § 119 NÖ Gemeindeordnung, LGBl. 1000, genannten Interessenvertretungen der NÖ Gemeinden

zu hören.

§ 56

Erteilung der elektrizitätswirtschaftlichen Konzession

- (1) Über den Antrag auf Erteilung der elektrizitätswirtschaftlichen Konzession ist mit schriftlichem Bescheid zu entscheiden.
- (2) Wenn sich die beabsichtigte Tätigkeit des Konzessionswerbers über zwei oder mehrere Bundesländer erstrecken soll, hat die Behörde mit den übrigen zuständigen Landesregierungen das Einvernehmen zu pflegen.
- (3) Die Konzession ist unter Auflagen und Bedingungen zu erteilen, soweit dies zur Sicherung der Erfüllung der Vorschriften dieses Gesetzes erforderlich ist. Insbesondere ist auch durch entsprechende Auflagen oder Bedingungen sicherzustellen, dass der Verteilernetzbetreiber hinsichtlich seiner Organisation und Entscheidungsgewalt unabhängig von den übrigen Tätigkeitsbereichen eines vertikal integrierten Unternehmens ist, die nicht mit der Verteilung zusammenhängen.
- (4) In der Konzession ist eine angemessene, mindestens jedoch sechsmonatige und höchstens zwölfmonatige Frist für die Aufnahme des Betriebes festzusetzen. Dabei sind auf anhängige Bewilligungsverfahren nach anderen Vorschriften und auch auf einen allmählichen (z.B. stufenweisen) Ausbau Bedacht zu nehmen. Die Frist ist auf Antrag in angemessenem Verhältnis, höchstens jedoch um insgesamt fünf Jahre, zu verlängern, wenn sich die Aufnahme des Betriebes ohne Verschulden des Konzessionsinhabers verzögert hat. Dieser Antrag auf Fristverlängerung ist vor Ablauf der Frist bei der Behörde einzubringen. Die Aufnahme des Betriebes ist der Behörde anzuzeigen.
- (5) Ist der Betreiber einer Konzession aufgrund einer privatrechtlichen Vereinbarung berechtigt, in einem von einer anderen Konzession umfassten Gebiet ein Verteilernetz ganz oder teilweise zu betreiben, so hat die Behörde auf dessen Antrag die jeweiligen Konzessionsbescheide entsprechend zu ändern, wenn die Voraussetzungen nach § 53 Abs. 2 vorliegen. Dem Antrag auf Änderung der Konzessionsbescheide sind die im § 55 Abs. 2 Z. 3 und 4 aufgezählten Unterlagen anzuschließen. § 55 Abs. 3 bis 6 gilt sinngemäß.

WIENSTROM GmbH

Wir begrüßen, dass sich die Umsetzung der UNBUNDLING-Bestimmungen im vorliegenden Entwurf auf die Mindestvorgaben der EBRL 2003 bzw. der EIWOG-Novelle 2004 beschränkt. Im Übrigen sieht der Gesetzesentwurf in den Übergangsbestimmungen grundsatzkonform vor, dass für bestehende Konzessionen ein Rechtsanspruch auf Neuerteilung der Konzession besteht, sofern die Konzessionsvoraussetzungen erfüllt sind. Eine verfassungskonforme Interpretation des Rechtsanspruches auf Neuerteilung gemäß § 68a Abs. 1 EIWOG kann unseres Erachtens nur so verstanden werden, dass die besonderen Konzessionsvoraussetzungen des § 54 (also die UNBUNDLING-Voraussetzungen) erfüllt sein müssen. Dies wäre in der Übergangsbestimmung des § 74 Abs. 2

eindeutig und klar zum Ausdruck zu bringen. § 56 Abs. 5 sieht vor, dass auf Grund einer privatrechtlichen Vereinbarung ein konzessionierter Verteilernetzbetreiber im Verteilernetzgebiet eines anderen Verteilernetzbetreibers berechtigt ist, ganz oder teilweise Verteilertätigkeiten auszuüben. In diesem Fall soll jener konzessionierte Verteilernetzbetreiber, der die Tätigkeit tatsächlich ausübt, eine Berichtigung des Verteilernetzgebietes (Konzessionsgebietserweiterung) beantragen können. Obwohl dem bisherigen (also dem eigentlichen Verteilernetzbetreiber für dieses Gebiet) in einem solchen Verfahren Parteistellung eingeräumt wird, wäre unseres Erachtens als Konzessionsvoraussetzung für die Konzessionserweiterung (Konzessionsberichtigung) die Zustimmung des bisherigen konzessionierten Verteilernetzbetreibers als besondere Konzessionsvoraussetzung im Gesetz vorzusehen.

§ 57

Ausübung

- (1) Das Recht zum Betrieb eines Verteilernetzes auf Grund einer elektrizitätswirtschaftlichen Konzession ist ein persönliches Recht, das unübertragbar ist. Die Ausübung durch Dritte ist nur zulässig, sofern dieses Gesetz hierfür besondere Vorschriften enthält.
- (2) Besteht nach diesem Gesetz eine Verpflichtung zur Bestellung eines Geschäftsführers oder Pächters und scheidet der Geschäftsführer oder der Pächter aus, so darf die Konzession bis zur Bestellung eines neuen Geschäftsführers oder Pächters, längstens jedoch während sechs Monaten, weiter ausgeübt werden. Die Behörde hat diese Frist zu verkürzen, wenn mit der weiteren Ausübung dieses Rechtes ohne Geschäftsführer oder Pächter eine besondere Gefahr für das Leben oder die Gesundheit von Menschen verbunden ist oder in den vorangegangenen zwei Jahren vor dem Ausscheiden des Geschäftsführers oder Pächters der Betrieb insgesamt länger als sechs Monate ohne Geschäftsführer oder Pächter ausgeübt wurde.

§ 58

Geschäftsführer

- (1) Der Konzessionsinhaber oder Pächter kann für die Ausübung der elektrizitätswirtschaftlichen Konzession einen Geschäftsführer bestellen, der der Behörde gegenüber für die Einhaltung der für Verteilernetzbetreiber festgelegten Pflichten dieses Gesetzes verantwortlich ist. Der Konzessionsinhaber oder Pächter bleibt jedoch insoweit verantwortlich, als er Rechtsverletzungen des Geschäftsführers wissentlich duldet oder es bei der Auswahl des Geschäftsführers an der erforderlichen Sorgfalt hat fehlen lassen.
- (2) Die Bestellung eines Geschäftsführers bedarf der Genehmigung der Behörde. Diese ist zu erteilen, wenn der zu bestellende Geschäftsführer

1. die gemäß § 53 Abs. 3 Z. 1 und – falls zutreffend- sinngemäß die gemäß § 54 Abs. 1 und Abs. 2 Z. 1 und 2 erforderlichen Voraussetzungen erfüllt,

2. sich entsprechend betätigen kann und eine selbstverantwortliche Anordnungsbefugnis besitzt,
3. seiner Bestellung und der Erteilung der Anordnungsbefugnis nachweislich zugestimmt hat und
4. im Falle einer juristischen Person außerdem
 - a) dem zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organ angehört oder
 - b) ein Arbeitnehmer ist, der mindestens die Hälfte der nach arbeitsrechtlichen Vorschriften geltenden wöchentlichen Normalarbeitszeit im Betrieb beschäftigt ist, oder
5. im Falle einer Personengesellschaft des Handelsrechtes persönlich haftender Gesellschafter ist, der nach dem Gesellschaftsvertrag zur Geschäftsführung und zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt ist.

§ 53 Abs. 10 gilt sinngemäß.

- (3) Ist eine juristische Person persönlich haftende Gesellschafterin einer Personengesellschaft des Handelsrechtes, so wird dem Abs. 2 Z. 5 auch entsprochen, wenn zum Geschäftsführer dieser Personengesellschaft eine natürliche Person bestellt wird, die dem zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organ der betreffenden juristischen Person angehört oder ein Arbeitnehmer ist, der mindestens die Hälfte der nach arbeitsrechtlichen Vorschriften geltenden wöchentlichen Normalarbeitszeit im Betrieb beschäftigt ist.
- (4) Ist eine Personengesellschaft des Handelsrechtes persönlich haftende Gesellschafterin einer anderen solchen Personengesellschaft, so wird dem Abs. 2 Z. 5 auch entsprochen, wenn zum Geschäftsführer eine natürliche Person bestellt wird, die ein persönlich haftender Gesellschafter der betreffenden Mitgliedgesellschaft ist und die innerhalb dieser Mitgliedgesellschaft die im Abs. 2 Z. 5 für den Geschäftsführer vorgeschriebene Stellung hat. Dieser Mitgliedgesellschaft muss innerhalb der Personengesellschaft des Handelsrechtes die im Abs. 2 Z. 5 für den Geschäftsführer vorgeschriebene Stellung zukommen.
- (5) Ist eine juristische Person persönlich haftende Gesellschafterin einer Personengesellschaft des Handelsrechtes und ist diese Personengesellschaft des Handelsrechtes persönlich haftende Gesellschafterin einer anderen solchen Personengesellschaft, so wird dem Abs. 2 Z. 5 auch entsprochen, wenn zum Geschäftsführer der zuletzt genannten Personengesellschaft eine Person bestellt wird, die dem zur gesetzlichen Vertretung befugten Organ der juristischen Person angehört, wenn weiters die juristische Person innerhalb der Mitgliedgesellschaft die im Abs. 2 Z. 5 vorgeschriebene Stellung hat und wenn schließlich dieser Mitgliedgesellschaft innerhalb ihrer Mitgliedgesellschaft ebenfalls die im Abs. 2 Z. 5 vorgeschriebene Stellung zukommt.

- (6) Die Genehmigung ist zu widerrufen, wenn der Geschäftsführer eine der Voraussetzungen gemäß Abs. 2 bis 5 nicht mehr erfüllt. Dies sowie das Ausscheiden des Geschäftsführers hat der Konzessionsinhaber oder Pächter der Behörde unverzüglich anzuzeigen.

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

In Abs. 2 Z. 1 fehlt zwischen „Z. 1“ und „und“ ein Abstand.

§ 59

Pächter

- (1) Der Konzessionsinhaber kann die Ausübung der Konzession einem Pächter übertragen, der sie im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausübt. Der Pächter muss, wenn er eine natürliche Person ist, die gemäß § 53 Abs. 3 Z. 1 erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, wobei § 53 Abs. 10 und 11 sinngemäß gilt. Ist der Pächter eine juristische Person oder eine Personengesellschaft des Handelsrechtes, muss er entweder seinen Sitz im Inland oder in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder EWR-Vertragsstaat haben und ist ein Geschäftsführer zu bestellen. Eine Weiterverpachtung ist unzulässig. Sind an das Verteilernetz mehr als 100.000 Kunden angeschlossen, so hat der Pächter oder der Geschäftsführer auch § 54 sinngemäß zu erfüllen.
- (2) Die Bestellung eines Pächters bedarf der Genehmigung der Behörde. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn der Pächter die Voraussetzungen gemäß Abs. 1 erfüllt. § 55 Abs. 2 Z. 2, 3, 5 und 6 gilt sinngemäß. Die Genehmigung ist zu widerrufen, wenn der Pächter eine dieser Voraussetzungen nicht mehr erfüllt. Das Ausscheiden des Pächters sowie das Wegfallen einer Voraussetzung für die Genehmigung seiner Bestellung ist der Behörde vom Konzessionsinhaber schriftlich anzuzeigen.

§ 60

Fortbetriebsrechte

- (1) Das Recht, ein Verteilernetz auf Grund der Berechtigung einer anderen Person fortzuführen (Fortbetriebsrecht), steht zu:
1. der Verlassenschaft nach dem Konzessionsinhaber, dem überlebenden Ehegatten, in dessen rechtlichen Besitz das Verteilerunternehmen des Konzessionsinhabers auf Grund einer Rechtsnachfolge von Todes wegen oder einer Schenkung auf den Todesfall ganz oder teilweise übergeht,
 2. unter den Voraussetzungen der Z. 2 auch den Kindern und Wahlkindern sowie den Kindern der Wahlkinder des Konzessionsinhabers,
 3. dem Masseverwalter für Rechnung der Konkursmasse,
 4. dem vom Gericht bestellten Zwangsverwalter oder Zwangspächter.

- (2) Der Fortbetriebsberechtigte hat die gleichen Rechte und Pflichten wie der Konzessionsinhaber.
- (3) Wenn das Fortbetriebsrecht nicht einer natürlichen Person zusteht, oder zwar einer natürlichen Person zusteht, die die Voraussetzungen gemäß § 53 Abs. 3 Z. 1 oder die besonderen Voraussetzungen gemäß § 54 Abs. 1 und 2 Z. 1 und 2 nicht nachweisen kann oder der eine Nachsicht nicht erteilt wurde, so ist vom Fortbetriebsberechtigten - falls er nicht eigenberechtigt ist, vom gesetzlichen Vertreter - ohne unnötigen Aufschub ein Geschäftsführer oder Pächter zu bestellen. § 53 Abs. 10 und 11 gilt sinngemäß.

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

§ 42 ABGB ist die Auslegung des Begriffes „Kinder“ keinesfalls hilfreich. So verwendet das ABGB im Erbrecht immer wieder den deutlicheren Begriff „Nachkommen“. Zu den Nachkommen zählen auch die Wahlkinder. Es ist anzunehmen, dass eine Besserstellung der Kinder der Wahlkinder gegenüber den natürlichen Enkelkindern nicht beabsichtigt ist. Was die Nachkommen der Wahlkinder betrifft, so ist zu bemerken, dass eine Annahme an Kindesstatt nur auf die zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Annahme minderjähriger Kinder der Wahlkinder wirkt (§ 182 Abs. 1 ABGB). Die Wendung „Kinder der Wahlkinder“ ist aber weiter und schafft Unklarheit. Sollte die weitere Lösung beabsichtigt sein, böte sich folgende Fassung an: „... Auch den Nachkommen und den Nachkommen der Wahlkinder des Konzessionsinhabers“. Weiters sei darauf verwiesen, dass die Anführung „Z. 2“ in § 60 Abs. 1 Z. 2 des Vorschlages nicht nachvollziehbar ist. Mit dem Begriff „eigenberechtigt“ wird eine Person bezeichnet, die nicht minderjährig ist oder – in welchem Bereich auch immer – in ihrer Geschäftsfähigkeit, etwa durch Sachwalterbestellung, eingeschränkt ist (vgl. § 138b ABGB idF FamErbRÄG 2004). So benötigen nicht eigenberechtigte Personen nach § 3 Ehegesetz die Zustimmung ihres gesetzlichen Vertreters zur Eheschließung, obwohl die Eheschließung wegen des höchstpersönlichen Charakters niemals vom Wirkungskreis des Sachwalters umfasst sein kann. Eine derartige Wirkung intendiert § 60 Abs. 3 allerdings gar nicht: Wenn der Wirkungskreis des Sachwalters die vermögensrechtliche Angelegenheit des Betriebes eines Elektrizitätsunternehmens umfassen sollte, so gehört auch die Wahrnehmung der Pflicht nach Abs. 3 zu seinen Aufgaben; ist er dagegen etwa nur für Angelegenheiten der Personensorge – etwa Fragen der medizinischen Behandlung – bestellt, so könnte er gar nicht vertreten. Es wird daher vorgeschlagen, die Abstimmung auf die Eigenberechtigung entweder durch die Bezugnahme auf die Geschäftsfähigkeit zu ersetzen oder die Wendung zwischen den Bindestrichen zur Gänze zu streichen.

§ 61

Ausübung der Fortbetriebsrechte

- (1) Das Fortbetriebsrecht der Verlassenschaft entsteht mit dem Tod des Konzessionsinhabers. Der Vertreter der Verlassenschaft hat der Behörde den Fortbetrieb ohne unnötigen Aufschub schriftlich anzuzeigen.
- (2) Das Fortbetriebsrecht der Verlassenschaft endet:
 1. mit der Beendigung der Verlassenschaftsabhandlung durch Einantwortung,
 2. mit dem Zeitpunkt der Übernahme des Verteilerunternehmens durch den Vermächtnisnehmer oder durch den auf den Todesfall Beschenkten,
 3. mit der Verständigung der Erben und Noterben, dass eine Verlassenschaftsabhandlung von Amts wegen nicht eingeleitet wird,
 4. mit der Überlassung des Nachlasses an Zahlungs statt,
 5. mit der Eröffnung des Konkurses über die Verlassenschaft oder
 6. mit dem Zeitpunkt, in dem das Verteilerunternehmen des Konzessionsinhabers auf Grund einer Verfügung des Verlassenschaftsgerichtes ganz oder teilweise in den Besitz eines Rechtsnachfolgers von Todes wegen übergeht.
- (3) Das Fortbetriebsrecht des überlebenden Ehegatten und der Kinder, Wahlkinder sowie Kinder der Wahlkinder des Konzessionsinhabers entstehen mit dem Zeitpunkt, in dem das Fortbetriebsrecht der Verlassenschaft gemäß Abs. 2 endet. Der Fortbetrieb durch den Ehegatten ist von diesem, der Fortbetrieb durch die Kinder, Wahlkinder und Kinder von Wahlkindern von ihrem gesetzlichen Vertreter, falls sie aber eigenberechtigt sind, von ihnen selbst der Behörde ohne unnötigen Aufschub schriftlich anzuzeigen. Das Fortbetriebsrecht des überlebenden Ehegatten endet spätestens mit dessen Tod, das Fortbetriebsrecht der Kinder, Wahlkinder und Kinder der Wahlkinder endet spätestens mit dem Tag, an dem sie das 28. Lebensjahr vollenden.
- (4) Hinterlässt der Konzessionsinhaber sowohl einen fortbetriebsberechtigten Ehegatten als auch fortbetriebsberechtigte Kinder, Wahlkinder und Kinder der Wahlkinder, so steht ihnen das Fortbetriebsrecht gemeinsam zu.
- (5) Der fortbetriebsberechtigte Ehegatte und die fortbetriebsberechtigten Kinder, Wahlkinder und Kinder der Wahlkinder, können spätestens einen Monat nach der Entstehung ihres Fortbetriebsrechtes auf dieses mit der Wirkung verzichten, dass das Fortbetriebsrecht für ihre Person als nicht entstanden gilt. Ist der Fortbetriebsberechtigte nicht eigenberechtigt, so kann für ihn nur sein gesetzlicher Vertreter mit Zustimmung des Gerichts rechtswirksam auf das Fortbetriebsrecht verzichten. Die Verzichtserklärung ist gegenüber der Behörde schriftlich abzugeben und ist unwiderruflich.

- (6) Das Fortbetriebsrecht des Masseverwalters entsteht mit der Eröffnung des Konkurses über das Vermögen des Konzessionsinhabers. Der Masseverwalter hat den Fortbetrieb der Behörde ohne unnötigen Aufschub schriftlich anzuzeigen. Das Fortbetriebsrecht des Masseverwalters endet mit der Aufhebung des Konkurses.
- (7) Das Fortbetriebsrecht des Zwangsverwalters entsteht mit der Bestellung durch das Gericht, das Fortbetriebsrecht des Zwangspächters mit dem Beginn des Pachtverhältnisses. Das Gericht hat den Zwangsverwalter oder den Zwangspächter der Behörde bekannt zu geben. Das Fortbetriebsrecht des Zwangsverwalters endet mit der Einstellung der Zwangsverwaltung, das Fortbetriebsrecht des Zwangspächters mit der Beendigung des Pachtverhältnisses.

§ 62

Endigung der Konzession

- (1) Die elektrizitätswirtschaftliche Konzession für den Betrieb eines Verteilernetzes endet:
1. durch den Tod des Konzessionsinhabers, wenn dieser eine natürliche Person ist, im Falle eines Fortbetriebsrechtes aber erst mit Ende des Fortbetriebsrechtes,
 2. durch den Untergang der juristischen Person oder mit der Auflassung der Personengesellschaft des Handelsrechtes, sofern sich aus Abs. 2 bis 7 nichts anderes ergibt,
 3. durch Zurücklegung der Konzession, im Falle von Fortbetriebsrechten gemäß § 60 Abs. 1 Z. 1 bis 3 mit der Zurücklegung der Fortbetriebsrechte,
 4. durch Entzug der Konzession,
 5. durch Untersagung gemäß § 64 Abs. 2.
- (2) Bei Übertragung von Unternehmen und Teilunternehmen durch Umgründung (insbesondere durch Verschmelzungen, Umwandlungen, Einbringungen, Zusammenschlüsse, Realteilungen und Spaltungen) gehen die zur Fortführung des Betriebes erforderlichen Konzessionen auf den Nachfolgeunternehmer (Rechtsnachfolger) nach Maßgabe der in den Abs. 3 und 4 festgelegten Bestimmungen über. Die bloße Umgründung stellt keinen Endigungstatbestand dar, insbesondere rechtfertigt sie keine Entziehung.
- (3) Die Berechtigung zur weiteren Ausübung der Konzession im Sinne des Abs. 2 entsteht mit dem Zeitpunkt der Eintragung der Umgründung im Firmenbuch, wenn der Nachfolgeunternehmer die Voraussetzungen für die Ausübung der Konzession gemäß den §§ 53 Abs. 3 und 54 Abs. 1 und 2 erfüllt. Der Nachfolgeunternehmer hat der Behörde den Übergang unter Anschluss eines Firmenbuchauszugs und der zur Herbeiführung der Eintragung im Firmenbuch eingereichten Unterlagen in Abschrift längstens innerhalb von sechs Monaten nach Eintragung im Firmenbuch anzuzeigen.
- (4) Die Berechtigung des Nachfolgeunternehmers endet nach Ablauf von sechs Monaten ab Eintragung der Umgründung im Firmenbuch, wenn er innerhalb dieser Frist den Rechtsübergang nicht

angezeigt hat oder im Falle des § 53 Abs. 3 Z. 2 lit. b kein Geschäftsführer oder Pächter innerhalb dieser Frist bestellt wurde.

- (5) Die Umwandlung einer offenen Handelsgesellschaft in eine Kommanditgesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft in eine offene Handelsgesellschaft berührt nicht die Konzession. Die Gesellschaft hat die Umwandlung innerhalb von vier Wochen nach der Eintragung der Umwandlung in das Firmenbuch der Behörde anzuzeigen.
- (6) Abs. 5 gilt auch für die Umwandlung einer offenen Erwerbsgesellschaft in eine Kommandit-Erwerbsgesellschaft, einer Kommandit-Erwerbsgesellschaft in eine offene Erwerbsgesellschaft, einer Personengesellschaft des Handelsrechtes in eine eingetragene Erwerbsgesellschaft oder einer eingetragenen Erwerbsgesellschaft in eine Personengesellschaft des Handelsrechtes.
- (7) Die Konzession einer Personengesellschaft des Handelsrechtes endet, wenn keine Liquidation stattfindet, mit der Auflösung der Gesellschaft, sonst im Zeitpunkt der Beendigung der Liquidation; die Konzession einer Personengesellschaft des Handelsrechtes endet nicht, wenn die Gesellschaft fortgesetzt wird. Der Liquidator hat die Beendigung der Liquidation innerhalb von zwei Wochen der Behörde anzuzeigen.
- (8) Die Zurücklegung der Konzession wird mit dem Tag wirksam, an dem die schriftliche Anzeige über die Zurücklegung bei der Behörde einlangt, sofern nicht der Konzessionsinhaber die Zurücklegung für einen späteren Zeitpunkt anzeigt. Die Anzeige ist nach dem Zeitpunkt ihres Einlangens bei der Behörde unwiderruflich. Die Anzeige über die Zurücklegung durch den Konzessionsinhaber berührt nicht das etwaige Fortbetriebsrecht der Konkursmasse, des Zwangsverwalters oder des Zwangspächters.

§ 63

Entziehung der Konzession

- (1) Die elektrizitätswirtschaftliche Konzession für den Betrieb eines Verteilernetzes ist von der Behörde zu entziehen, wenn
 1. der Betrieb nicht innerhalb der gemäß § 56 Abs. 3 festgesetzten Frist aufgenommen worden ist,
 2. die für die Erteilung der elektrizitätswirtschaftlichen Konzession erforderlichen Voraussetzungen gemäß § 53 Abs. 3 oder § 54 nicht mehr vorliegen oder
 3. der Konzessionsinhaber oder der Geschäftsführer mindestens drei Mal wegen Übertretungen dieses Gesetzes rechtskräftig bestraft worden ist, ein weiteres vorschriftswidriges Verhalten zu befürchten ist und die Entziehung im Hinblick auf die Übertretungen nicht unverhältnismäßig ist.
- (2) Erstreckt sich das Verteilernetz über zwei oder mehrere Bundesländer, hat die Behörde mit den übrigen zuständigen Landesregierungen das Einvernehmen zu pflegen.

- (3) Das Wirksamwerden des Entzuges ist so festzusetzen, dass der ordnungsgemäße Betrieb des Netzes gewährleistet ist.
- (4) Beziehen sich die in Abs. 1 Z. 1 bis 3 angeführten Entziehungsgründe auf die Person des Pächters, so hat die Behörde die Genehmigung der Übertragung der Ausübung der Konzession an den Pächter zu widerrufen.
- (5) Die Behörde hat von der im Abs. 1 Z. 2 vorgeschriebenen Entziehung wegen Eröffnung des Konkurses, des Ausgleichsverfahrens oder Abweisung eines Antrages auf Konkurseröffnung mangels eines zur Deckung der Kosten des Konkursverfahrens voraussichtlich hineinreichenden Vermögens abzusehen, wenn die Ausübung vorwiegend im Interesse der Gläubiger gelegen und sichergestellt ist, dass der Betreiber des Verteilernetzes in der Lage ist, den Pflichten des III. Hauptstückes nachzukommen.

§ 64

Maßnahmen zur Sicherung des Netzbetriebes

- (1) Kommt der Betreiber eines Verteilernetzes seinen Pflichten gemäß dem Hauptstück III nicht nach, hat ihm die Behörde aufzutragen, die hindernden Umstände innerhalb einer angemessenen Frist zu beseitigen.
- (2) Soweit dies zur Beseitigung einer Gefahr für das Leben oder die Gesundheit von Menschen oder zur Abwehr schwerer volkswirtschaftlicher Schäden notwendig ist, kann die Behörde einen anderen geeigneten Netzbetreiber zur vorübergehenden Erfüllung der Aufgaben des Betreibers des Verteilernetzes ganz oder teilweise heranziehen (Einweisung). Sind

1. die hindernden Umstände derart, dass eine gänzliche Erfüllung der gesetzlichen Pflichten des Betreibers des Verteilernetzes in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist oder
2. kommt der Betreiber des Verteilernetzes dem Auftrag der Behörde auf Beseitigung der hindernden Umstände nicht nach,

so ist diesem Netzbetreiber der Betrieb ganz oder teilweise zu untersagen und unter Bedachtnahme auf die Bestimmungen des Hauptstückes III ein anderer Netzbetreiber zur dauernden Übernahme zu verpflichten. Die Verpflichtung zur dauernden Übernahme gilt als Erteilung der elektrizitätswirtschaftlichen Konzession.

- (3) Der gemäß Abs. 2 verpflichtete Netzbetreiber tritt in die Rechte und Pflichten aus den Verträgen des Unternehmens, das von der Untersagung betroffen wird, ein.
- (4) Dem gemäß Abs. 2 verpflichteten Netzbetreiber hat die Behörde auf dessen Antrag den Gebrauch des Verteilernetzes des Unternehmens, das von der Untersagung betroffen wird, gegen angemessene Entschädigung soweit zu gestatten, als dies zur Erfüllung der Aufgaben notwendig ist.

- (5) Nach Rechtskraft des Bescheides gemäß Abs. 2 hat die Behörde auf Antrag des verpflichteten Netzbetreibers das in Gebrauch genommene Verteilernetz zu dessen Gunsten gegen angemessene Entschädigung zu enteignen.
- (6) Auf das Enteignungsverfahren und die behördliche Ermittlung der Entschädigungen sind die Bestimmungen des Eisenbahn-Enteignungsentschädigungsgesetzes 1954 sinngemäß anzuwenden. Bei der Bemessung der Entschädigung sind die bis zur Einweisung von den Kunden bereits geleisteten Kosten des Netzzutritts zu berücksichtigen.
- (7) Die Bestimmungen der Abs. 2 bis 6 sind für den Fall, dass bei Endigung oder Entzug der elektrizitätswirtschaftlichen Konzession der ordnungsgemäße Betrieb des Netzes mit elektrischer Energie nicht gesichert ist, sinngemäß anzuwenden.
- (8) Erstreckt sich das Verteilernetz über zwei oder mehrere Bundesländer, hat die Behörde mit den übrigen zuständigen Landesregierungen das Einvernehmen zu pflegen.

Hauptstück VII

Genehmigung der Allgemeinen Bedingungen

Behörde, Auskunftspflicht, Strafbestimmungen

Abschnitt 1

Genehmigung der Allgemeinen Bedingungen

Veröffentlichung

§ 65

Verfahren

- (1) Die Netzbetreiber und die Bilanzgruppenverantwortlichen sind verpflichtet, alle zur Prüfung der Voraussetzungen für die Genehmigung der Allgemeinen Bedingungen erforderlichen Angaben und Unterlagen mit dem Antrag um Genehmigung der zuständigen Regulierungsbehörde vorzulegen.
- (2) Die Wirtschaftskammer Niederösterreich, die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich, die niederösterreichische Landeslandwirtschaftskammer und die im § 119 NÖ Gemeindeordnung, LGBl. 1000, genannten Interessenvertretungen der NÖ Gemeinden sind vor Erteilung der Genehmigung zu hören.
- (3) Die genehmigten Allgemeinen Netzbedingungen und die Systemnutzungstarife sind von den Netzbetreibern den Netzzugangsberechtigten und die genehmigten Allgemeinen Bedingungen für Bilanzgruppenverantwortliche von den Bilanzgruppenverantwortlichen den Bilanzgruppenmitgliedern auf deren Verlangen auszufolgen und zu erläutern.
- (4) Die zuständige Regulierungsbehörde kann dem Netzbetreiber oder dem Bilanzgruppenverantwortlichen die Vorlage geänderter Allgemeiner Bedingungen innerhalb angemessener jedoch drei Monate nicht übersteigender Frist auftragen, wenn sie auf Grund einer Änderung der Rechtslage oder geänderter Verhältnisse den Voraussetzungen nach den §§ 33 und 48 nicht mehr entsprechen. Der Auftrag zur Vorlage geänderter Bedingungen darf jedoch - sofern die

Änderung nicht auf Grund einer Änderung der Rechtslage, zur Gewährung der Versorgungssicherheit oder zur Erreichung eines wettbewerbsorientierten Marktes erforderlich ist - frühestens nach Ablauf von fünf Jahren nach der letzten Genehmigung der von der Änderung betroffenen Bestimmungen der Bedingungen erteilt werden.

IG Windkraft

Im Rahmen des Verfahrens zur Genehmigung der Allgemeinen Bedingungen soll auch die IG Windkraft gehört werden, da die Interessen der Windenergieerzeuger von diesen Bedingungen betroffen sind.

§ 66

Veröffentlichung

Die Netzbetreiber und die Bilanzgruppenverantwortlichen haben die genehmigten Allgemeinen Bedingungen und die Netzbetreiber die bestimmten Systemnutzungstarife in geeigneter Weise zu veröffentlichen. Sind genehmigte Allgemeine Bedingungen oder bestimmte Systemnutzungstarife veröffentlicht und sind sie inhaltsgleich mit den genehmigten Allgemeinen Bedingungen oder bestimmten Systemnutzungstarifen anderer Netzbetreiber oder Bilanzgruppenverantwortlicher, so genügt für die Veröffentlichung ein entsprechender Hinweis, aus dem hervorzugehen hat, dass die bereits veröffentlichten Allgemeinen Bedingungen oder Systemnutzungstarife gelten.

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich

Die AKNÖ sieht es als nicht ausreichend an (wie im vorliegenden Entwurf angeführt), die genehmigten Allgemeinen Bedingungen und die von den Netzbetreibern bestimmten Systemnutzungstarife nur in geeigneter Weise zu veröffentlichen (Internet). Vielmehr sollten dem Letztverbraucher auf Anfrage die oben genannten Bedingungen und Systemnutzungstarife jedenfalls kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Die vorgeschlagene Regelung, wonach die Veröffentlichung der Allgemeinen Bedingungen der Netzbetreiber bzw. Bilanzgruppenverantwortlichen bzw. die Veröffentlichung der Systemnutzungstarife unterbleiben kann, wenn diese „inhaltsgleich“ mit den Allgemeinen Bedingungen bzw. Systemnutzungstarifen anderer Netzbetreiber oder Bilanzgruppenverantwortlicher sind, ist den in der Elektrizitätsbinnenmarkttrichtlinie bzw. im EIWOG verankerten Ziele des Konsumentenschutzes bzw. der Transparenz abträglich. Insbesondere Kunden, die keinen Internetzugang haben, dürfte es unmöglich bzw. nicht zumutbar sein, die Allgemeinen Bedingungen bzw. Tarife in der Kundenzeitschrift oder vergleichbaren Medien anderer Unternehmen als seines Vertragspartners nachzulesen.

Behörde, Auskunftspflicht, Strafbestimmungen

§ 67

BehördeEigener Wirkungsbereich der Gemeinde

- (1) Sofern im Einzelfall nichts anderes bestimmt ist, ist die sachlich und örtlich zuständige Behörde im Sinne dieses Gesetzes die Landesregierung.
- (2) Die in den §§ 8 Abs. 5 und 10 Abs. 1 Z. 5 und 6 geregelten Aufgaben der Gemeinden sind solche des eigenen Wirkungsbereiches.

§ 68

Auskunftspflicht

- (1) Die Behörde kann von Erzeugern, Stromhändlern und sonstigen Elektrizitätsunternehmen jede Auskunft verlangen, deren Kenntnis zur Erfüllung der ihr nach diesem Gesetz obliegenden Aufgaben erforderlich ist. Diese sind verpflichtet, diese Auskünfte innerhalb der von der Behörde festgesetzten Frist zu erteilen, auf Verlangen der Behörde Einsicht in die Wirtschafts- und Geschäftsaufzeichnungen und die Entnahme von Proben zu gewähren. Gesetzlich anerkannte Verschwiegenheitspflichten werden von der Auskunftspflicht nicht berührt.
- (2) Die in Abs. 1 genannten Personen haben den Organen der Behörde zur Erfüllung der ihr nach diesem Gesetz obliegenden Aufgaben jederzeit ungehindert Zutritt zu den Erzeugungs-, Übertragungs- und Verteileranlagen zu gewähren.
- (3) Wer nach diesem Gesetz oder auf Grund darauf beruhender behördlicher Anordnungen verpflichtet ist, Messungen oder andere geeignete Verfahren zur Bestimmung von Emissionen aus seiner Erzeugungsanlage durchzuführen und darüber Aufzeichnungen zu führen, hat diese Aufzeichnungen auf Aufforderung der Behörde zu übermitteln, soweit dies zur Erfüllung gemeinschaftsrechtlicher Berichtspflichten erforderlich ist.
- (4) Ein Anspruch auf Ersatz der mit der Auskunftserteilung verbundenen Kosten besteht nicht.

§ 69

Automationsunterstützter Datenverkehr

- (1) Personenbezogene Daten, die für die Durchführung von Verfahren nach diesem Gesetz erforderlich sind, die die Behörde in Erfüllung ihrer Aufsichtstätigkeit benötigt oder die der Behörde oder der verwaltenden Stelle zur Kenntnis zu bringen sind, dürfen automationsunterstützt ermittelt und verarbeitet werden.
- (2) Die Behörde ist ermächtigt, bearbeitete Daten im Rahmen von Verfahren nach diesem Gesetz, soweit sie für die Besorgung der Aufgaben benötigt werden, zu übermitteln an:
 1. die Parteien eines Verfahrens, ausgenommen Daten im Sinne des § 17 Abs. 3 AVG,
 2. Sachverständige, die einem Verfahren beigezogen werden,

3. ersuchte oder beauftragte Behörden (§ 55 AVG),
4. die Mitglieder des NÖ Elektrizitätsbeirates,
5. den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit und
6. die Regulierungsbehörden.

Landesamtsdirektion/Verfassungsdienst

§ 69 des Entwurfes regelt den „automationsunterstützten Datenverkehr“. Zu dieser Bestimmung wird angeregt, die zu verarbeitenden Daten anzuführen.

§ 70

Strafbestimmungen

- (1) Eine Verwaltungsübertretung, die von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 14.500 Euro, im Falle der Uneinbringlichkeit mit einer Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Wochen, zu bestrafen ist, begeht, wer
1. eine nach § 5 Abs. 1 genehmigungspflichtige Erzeugungsanlage ohne Genehmigung errichtet, wesentlich ändert oder betreibt,
 2. als Rechtsnachfolger die Behörde vom Wechsel nicht verständigt (§ 12 Abs. 5) oder ohne Fertigstellungsanzeige (§ 12 Abs. 8) eine Erzeugungsanlage in Betrieb nimmt,
 3. trotz Aufforderung durch die Behörde (§ 13 Abs. 1) keinen Betriebsleiter bekannt gibt, keine entsprechenden Unterlagen vorlegt, einen Wechsel in der Person des Betriebsleiters (§ 13 Abs.3) nicht bekannt gibt oder den Betrieb der Anlage trotz Untersagung gemäß § 13 Abs. 5 aufrecht hält,
 4. die Erzeugungsanlage ohne die gemäß § 14 Abs. 1 erforderliche Betriebsgenehmigung – ausgenommen Probebetrieb – betreibt,
 5. den Bestimmungen der §§ 16 Abs. 8, 17, 18, 20 Abs. 1, 21 Abs. 1 und 26 zuwider handelt,
 6. den Eigentümer oder den Nutzungsberechtigten eines betroffenen Grundstückes oder all-fällige Bergbauberechtigte nicht oder nicht rechtzeitig über den Beginn der Vorarbeiten in Kenntnis setzt (§ 22 Abs. 7),
 7. entgegen § 28 Abs. 1 nicht alle notwendigen Maßnahmen ergreift, um schwere Unfälle zu verhüten oder deren Folgen für Menschen und Umwelt zu begrenzen,
 8. entgegen § 28 Abs. 2 der Behörde nicht fristgerecht Mitteilung macht oder entgegen § 28 Abs. 3 oder 4 Mitteilungen an die Behörde unterlässt oder diese nicht aktualisiert,
 9. entgegen § 28 Abs. 5 kein Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle ausarbeitet, verwirklicht und zur Einsicht der Behörde bereithält oder ein solches bei Änderungen der Anlage nicht überprüft und erforderlichenfalls ändert,

10. entgegen § 28 Abs. 6 und 7 keinen Sicherheitsbericht erstellt, einen solchen entgegen § 28 Abs. 7 der Behörde nicht binnen angemessener Frist übermittelt oder entgegen § 28 Abs. 8 nicht überprüft und aktualisiert,
11. entgegen § 28 Abs. 9 keinen internen Notfallplan erstellt oder einen solchen nicht aktualisiert oder entgegen § 28 Abs. 10 zweckdienliche Informationen nicht austauscht,
12. entgegen § 28 Abs. 11 möglicher Weise betroffene Personen nicht über die Gefahren, Sicherheitsmassnahmen und das richtige Verhalten im Falle eines schweren Unfalls informiert, solche Informationen nicht alle drei Jahre überprüft und aktualisiert oder entgegen § 28 Abs. 11 der Öffentlichkeit nicht ständig zugänglich macht,
13. den Netzzugang zu nicht genehmigten Allgemeinen Netzbedingungen gewährt (§ 30 Abs. 1) oder die Verweigerung des Netzzugangs nicht schriftlich begründet (§ 32 Abs. 2),
14. den Netzzugangsberechtigten auf deren Verlangen keinen detaillierten Kostenvoranschlag über die Netzanschlusskosten vorlegt (§ 34 Abs. 5),
15. den Betrieb eines Netzes ohne Bestellung eines geeigneten Betriebsleiters aufnimmt, die Bestellung des Betriebsleiters nicht genehmigen lässt, das Ausscheiden sowie das Wegfallen einer Voraussetzung für die Genehmigung seiner Bestellung nicht schriftlich anzeigt (§ 35),
16. den Pflichten des § 37 nicht entspricht,
17. den Pflichten gemäß den §§ 38, 41, 43, 46 Abs. 2 oder 3, 47 Abs. 2, 3, 4 oder 6 oder 48 nicht entspricht,
18. der als bestehend festgestellten Anschlusspflicht (§ 40 Abs. 3, § 42 Abs. 3) nicht entspricht oder das Recht zum Netzanschluss (§ 39) verletzt,
19. den Pflichten des § 45 Abs. 1 oder 2 nicht entspricht,
20. die Tätigkeit eines Bilanzgruppenverantwortlichen ohne Genehmigung gemäß § 49 Abs. 5 ausübt,
21. wer ein Übertragungsnetz oder eine Regelzone trotz Feststellung gemäß § 52 Abs. 4 weiter betreibt,
22. ein Verteilernetz ohne elektrizitätswirtschaftliche Konzession betreibt (§ 53 Abs. 1),
23. die elektrizitätswirtschaftliche Konzession entgegen den Vorschriften dieses Gesetzes durch Dritte ausüben lässt (§ 57 Abs. 1),
24. trotz der gemäß § 53 Abs. 3 Z. 2 oder Abs. 9, § 59 Abs. 1 oder § 60 Abs. 3 bestehenden Verpflichtung zur Bestellung eines Geschäftsführers oder Pächters die elektrizitätswirtschaftliche Konzession ausübt, ohne die Genehmigung der Bestellung eines Geschäftsführers (§ 58 Abs. 2) oder der Übertragung der Ausübung an einen Pächter (§ 59 Abs. 2) erhalten zu haben,

25. die Bestellung eines Pächters (§ 58 Abs. 2) oder Geschäftsführers (§ 59 Abs. 2) nicht genehmigen lässt oder das Ausscheiden des Pächters oder Geschäftsführers oder das Wegfallen einer Voraussetzung für die Genehmigung nicht unverzüglich schriftlich anzeigt,
 26. den in Bescheiden, welche auf Grund dieses Gesetzes erlassen worden sind, enthaltenen Auflagen, Aufträgen oder Bedingungen zuwider handelt oder die in den Bescheiden enthaltenen Fristen nicht einhält,
 27. den Netzzugangsberechtigten auf deren Verlangen die Allgemeinen Bedingungen oder die Systemnutzungstarife nicht ausfolgt oder erläutert (§ 65 Abs. 3),
 28. einem Auftrag gemäß § 65 Abs. 4 nicht nachkommt,
 29. die genehmigten Allgemeinen Bedingungen oder die bestimmten Systemnutzungstarife nicht veröffentlicht (§ 66),
 30. entgegen den Bestimmungen des § 68 Abs. 1 die Erteilung einer Auskunft verweigert, die Einsichtnahme, den Zutritt oder die Entnahme einer Probe gemäß § 68 Abs. 1 oder Abs. 2 nicht gewährt oder den Pflichten gemäß § 68 Abs. 3 nicht entspricht,
 31. seiner Berichtspflicht gemäß § 73 Abs. 2 oder 3 nicht nachkommt,
 32. den Vorschriften gemäß § 74 Abs. 2, 6, 7, 8, 13, 14, 15, 16, 17, 20 oder 21 nicht entspricht.
- (2) Eine Verwaltungsübertretung, die von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 100.000 Euro, im Falle der Uneinbringlichkeit mit einer Ersatzfreiheitsstrafe bis zu dreißig Wochen, zu bestrafen ist, begeht, wer den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 1128/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2003 über die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel, Abl. Nr. L 176/1 vom 15. 7. 2003 nicht entspricht.
- (3) Der Versuch ist strafbar.
- (4) Wurde die Übertragung der Ausübung der Elektrizitätswirtschaftlichen Konzession an einen Pächter genehmigt, so ist dieser verantwortlich.
- (5) Eine Verwaltungsübertretung liegt nicht vor, wenn eine im Abs. 1 bezeichnete Tat den Tatbestand einer mit gerichtlicher Strafe bedrohten Handlung bildet.

Unabhängiger Verwaltungssenat im Land Niederösterreich

Auf Grund der Höhe der Strafdrohung im § 70 Abs. 2 (bis zu €100.000,--) wäre zu überlegen, dieses Delikt dem gerichtlichen Strafrecht zuzuordnen bzw. einen geringeren Strafraumen vorzusehen. Zur Kostenbelastung ist auf Grund der bisherigen Vollzugserfahrungen auszuführen, dass keine wesentliche Änderung gegenüber der bisherigen Rechtslage erwartet wird.

Landesamtsdirektion/Verfassungsdienst

Der Strafraumen in der Höhe von €100.000,- in § 70 Abs. 2 sollte nochmals überdacht werden.

Abteilung Finanzen

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass die im § 70 Abs. 2 des Entwurfes vorgesehene Ersatzfreiheitsstrafe im Ausmaß von bis zu 30 Wochen das diesbezügliche im § 16 Abs. 2 Verwaltungsstrafgesetz 1991 festgelegte Höchstmaß von sechs Wochen unzulässigerweise überschreitet. Eine Herabsetzung ist daher erforderlich.

Hauptstück IX

Ökofonds

NÖ Elektrizitätsbeirat

Berichtspflicht

.§ 71

Einrichtung und Verwaltung eines Ökofonds

- (1) Zur Förderung von Ökostromanlagen mit Standort in NÖ wird ein Verwaltungsfonds eingerichtet. Die Mittel des Ökofonds werden aufgebracht:
 1. aus den Zuweisungen gemäß Ökostromgesetz,
 2. aus Zinsen der Fondsmittel,
 3. aus Strafbeträgen gemäß § 70,
 4. aus sonstigen Zuwendungen.
- (2) Die Verwaltung des Ökofonds obliegt der Behörde. Sie hat das Vermögen des Ökofonds zinsbringend anzulegen.
- (3) Die Leistungen des Ökofonds erfolgen nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung. Auf die Gewährung einer Förderung, die aus einem nicht rückzahlbarem Darlehen besteht, besteht kein Rechtsanspruch.
- (4) Die Gewährung von Förderungen erfolgt auf der Grundlage von Förderrichtlinien, die nach Anhörung des NÖ Elektrizitätsbeirates von der NÖ Landesregierung mit Beschluss festzulegen sind.
- (5) Die Förderrichtlinien haben insbesondere folgende Kriterien zu berücksichtigen:
 1. Verfahren bei der Gewährung von Förderungen,
 2. Voraussetzungen für die Gewährung von Förderungen,
 3. Antragsunterlagen,
 4. Reihungskriterien wie Beitrag zur Reduktion der klimarelevanten Emissionen, Wirtschaftlichkeit des Projektes, Wertigkeit der elektrischen Energie, Berücksichtigung sonstiger gewährter oder zugesagter Förderungen,
 5. Bonität des Förderungswerbers,
 6. Voraussetzungen für die Rückerstattung gewährter Fördermittel.

- (6) Die Behörde hat dem NÖ Elektrizitätsbeirat über die Verwendung der Fondsmittel jährlich, erstmals im Jahr der ersten Fördervergabe, zu berichten.

Abteilung Finanzen

Nach § 71 des Entwurfes soll zur Förderung von Ökostromanlagen mit Standort in Niederösterreich ein Verwaltungsfonds eingerichtet werden. Derzeit (§ 53 NÖ ElWG 2001) ist zur Förderung von Öko- und Kleinwasserkraftanlagen mit Standort in Niederösterreich ein Verwaltungsfonds eingerichtet. Die näheren Bestimmungen im Entwurf sind weitgehend der geltenden Rechtslage angepasst. Die einzige bedeutende Abweichung liegt darin, dass nach der derzeitigen Regelung im § 53 Abs. 2 dritter Satz NÖ ElWG die im Zusammenhang mit der Verwaltung des Fonds anfallenden Personal- und Sachkosten durch den Fonds zu tragen sind. Der nunmehrige Entwurf (§ 53 Abs. 2) enthält eine derartige Regelung nicht. Dieser Umstand hat zur Folge, dass das Land als Träger der den Ökofonds verwaltenden Behörde (Landesregierung) zusätzliche Personal- und Sachkosten aufzuwenden hätte. Es wird daher unbedingt die Aufnahme einer dem § 53 Abs. 2 dritter Satz NÖ ElWG vergleichbaren Bestimmung gefordert.

§ 72

NÖ Elektrizitätsbeirat

- (1) Zur Beratung der Behörde in grundsätzlichen elektrizitätswirtschaftlichen Angelegenheiten wird ein Elektrizitätsbeirat eingerichtet.
- (2) Dem Beirat obliegen insbesondere folgende Aufgaben:
 1. die Erörterung der Förderrichtlinien,
 2. die Erörterung des NÖ Energiekonzeptes in elektrizitätswirtschaftlicher Hinsicht.
- (3) Dem Beirat haben neben dem Vorsitzenden anzugehören:
 1. drei Vertreter des Amtes der NÖ Landesregierung,
 2. je ein Vertreter der Wirtschaftskammer Niederösterreich, der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich, der Niederösterreichischen Landes-Landwirtschaftskammer, der in § 119 NÖ Gemeindeordnung, LGBl. 1000, genannten Interessenvertretungen der NÖ Gemeinden, der Vereinigung Österreichischer Industrieller und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes,
 3. drei Vertreter von in Niederösterreich tätigen Verteilerunternehmen, wobei ein Vertreter der Vereinigung österreichischer Elektrizitätswerke (VOEW) und ein Vertreter der Landesgesellschaft angehören müssen,
 4. sechs Vertreter der Erzeuger, wobei vier Vertreter dem Kreis der Ökostromerzeuger anzugehören haben, wobei ein in Niederösterreich ansässiger Vertreter dem österreichischen Verein zur Förderung von Kleinkraftwerken angehören muss..

- (4) Vorsitzender ist das für Angelegenheiten des Elektrizitätswesens zuständige Mitglied der NÖ Landesregierung. Er kann ein anderes Mitglied der Landesregierung oder des Beirates mit seiner Vertretung betrauen.
- (5) Die Vertreter der im Abs. 3 Z. 1, 2, 4 und 5 genannten Stellen werden mit Beschluss der NÖ Landesregierung bestellt. Die in Abs. 3 Z. 2 genannten Stellen haben für die aus ihrem Kreis zu ernennenden Vertreter ein Vorschlagsrecht. Das Vorschlagsrecht für die in Abs. 3 Z. 4 genannten Vertreter steht der Vereinigung Österreichischer Elektrizitätswerke und für ihren Vertreter der Landesgesellschaft zu. Die Mitgliedschaft erlischt durch Verzicht, Tod oder Abberufung durch den Vorsitzenden.
- (6) Die Mitglieder des Beirates sind, soweit sie nicht beamtete Vertreter sind, vom Vorsitzenden des Beirates zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Obliegenheiten zu verpflichten. Die Tätigkeit der Mitglieder des Beirates ist eine ehrenamtliche.
- (7) Der Beirat ist vom Vorsitzenden nach Bedarf zu Sitzungen einzuberufen. Er ist innerhalb von drei Wochen einzuberufen, wenn dies von mindestens einem Drittel der Mitglieder des Beirates verlangt wird. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Der Vorsitzende kann den Sitzungen Sachverständige und Auskunftspersonen beiziehen. Die Beratungsergebnisse sind schriftlich festzuhalten und den Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen.
- (8) Die Mitglieder des NÖ Elektrizitätsbeirates, die Sachverständigen und die Auskunftspersonen dürfen Amts-, Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse, die ihnen in ihrer Eigenschaft als Mitglied, als Sachverständiger oder als Auskunftsperson des Beirates anvertraut oder zugänglich gemacht worden sind, weder während eines Verfahrens noch nach dessen Abschluss offenbaren oder verwerten.

Industriellenvereinigung Niederösterreich

Abs. 6: Hier sollte doch die Verschwiegenheitspflicht ausdrücklich eingefügt werden.

§ 73

BerichtspflichtenUmgesetzte EG-Richtlinien

- (1) Die Behörde hat bis spätestens 30. Juni jeden Jahres dem Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit einen Erfahrungsbericht über das Funktionieren des Elektrizitätsbinnenmarktes und der Vollziehung dieses Gesetzes, vorzulegen.
- (2) Netzbetreiber haben bis spätestens 30. April jeden Jahres der Behörde einen Bericht über die in ihrem Tätigkeitsbereich im Zusammenhang mit der Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes, insbesondere über die Versorgungssicherheit, gemachten Erfahrungen vorzulegen.
- (3) Der für die Aufstellung und Überwachung der Einhaltung des Gleichbehandlungsprogramms gegenüber der Behörde benannte Gleichbehandlungsverantwortliche hat der Behörde und der Energie-Control GmbH jährlich, spätestens bis 31. März des Folgejahres, einen Bericht über die dokumentierten Beschwerdefälle und über die getroffenen Maßnahmen vorzulegen und in geeigneter Weise zu veröffentlichen. Die Behörde hat der Energie-Control GmbH jährlich einen zusammenfassenden Bericht über die getroffenen Maßnahmen vorzulegen und diesen Bericht in geeigneter Weise (z. B. Internet) zu veröffentlichen.
- (4) Durch dieses Gesetz werden folgende Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft umgesetzt:
 1. Elektrizitätsbinnenmarktrichtlinie, ausgenommen die Art. 4, 18, 19, 23, 24, 25, 27
 2. IPPC-Richtlinie, soweit Erzeugungsanlagen mit einer Brennstoffwärmeleistung von über 50 MW dem Hauptstück II dieses Gesetzes unterliegen,
 3. Seveso II-Richtlinie, soweit Erzeugungsanlagen dem Hauptstück II dieses Gesetzes unterliegen.
 4. Art. 5 der KWK-Richtlinie

Hauptstück IXÜbergangsbestimmungenSchlussbestimmungen

§ 74

Übergangsbestimmungen

- (1) Elektrizitätsunternehmen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes im Besitze einer Gebietskonzession sind, gelten im Umfang ihrer bisherigen Tätigkeit als Verteilernetzbetreiber konzessioniert. Die Rechte und Pflichten, die Ausübung, die Endigung und der Entzug der Konzession richten sich nach den Bestimmungen dieses Gesetzes. Bestehen Zweifel über den Umfang der bisherigen Tätigkeit, so hat über Antrag eines Betreibers eines Verteilernetzes die Behörde den Umfang der bisherigen Tätigkeit mit Bescheid festzustellen.

- (2) Vertikal integrierte Elektrizitätsunternehmen oder Unternehmen, die zu einem vertikal integrierten Unternehmen gehören und die am 1. Juli 2004 Träger einer Elektrizitätswirtschaftlichen Konzession sind, haben bis spätestens 1. Jänner 2006 der Behörde ein Unternehmen zu benennen, auf das die Konzession bei Erfüllung der Konzessionsvoraussetzungen zu übertragen ist. Bei Erfüllung der Konzessionsvoraussetzungen hat das benannte Unternehmen einen Rechtsanspruch auf Erteilung der Konzession in dem am 21. Juni 2004 bestehenden Umfang. Die Benennung des bisherigen Konzessionsträgers ist zulässig, wenn die gesetzlich vorgesehenen Konzessionsvoraussetzungen erfüllt werden. Die Konzessionserteilung hat in Anwendung der §§ 53 bis 56 zu erfolgen. Erstreckt sich das Verteilernetz über zwei oder mehrere Länder, haben die beteiligten Landesregierungen gemäß Art. 15 Abs. 7 B-VG vorzugehen.
- (3) Abs. 2 findet keine Anwendung auf vertikal integrierte Elektrizitätsunternehmen oder Unternehmen, die zu einem vertikal integrierten Unternehmen gehören, wenn die Anzahl der an das Netz angeschlossenen Kunden 100.000 nicht übersteigt.
- (4) Kommt ein vertikal integriertes Elektrizitätsunternehmen seiner Verpflichtung zur Benennung eines geeigneten Konzessionsträgers gemäß Abs. 2 nicht nach, hat die Behörde gegen den bisherigen Konzessionsträger ein Konzessionsentziehungsverfahren gemäß § 63 einzuleiten und darüber dem Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit zu berichten. Zur Aufrechterhaltung des Netzbetriebes kann auch ein anderes Elektrizitätsunternehmen in das Verteilernetz des bisherigen Konzessionsträgers unter sinngemäßer Anwendung des § 64 eingewiesen werden. Erstreckt sich das Verteilernetz über zwei oder mehrere Länder, haben die beteiligten Länder gemäß Art. 15 Abs. 7 B-VG vorzugehen.
- (5) Bescheide, die im Widerspruch zu § 52 stehen, treten spätestens sechs Monate nach Inkrafttreten dieses Gesetzes außer Kraft. Verträge, die von einem Netzbetreiber unter Zugrundelegung von Allgemeinen Netzbedingungen für den Zugang zum Übertragungsnetz abgeschlossen worden sind, gelten ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes als Verträge, denen die geltenden Allgemeinen Bedingungen für den Zugang zu einem Verteilernetz des betreffenden Netzbetreibers zugrunde liegen.
- (6) Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes rechtmäßig eingesetzten Pächter oder Geschäftsführer im Sinne des 2. Abschnitts des Hauptstücks VI gelten als nach diesem Gesetz genehmigt. Ein vertikal integrierter Verteilernetzbetreiber mit mehr als 100 000 Kunden hat bis spätestens 1. Jänner 2006 der Behörde nachzuweisen, dass ein bestellter Geschäftsführer die gemäß § 54 Abs. 2 Z. 1 und 2 oder ein Pächter die gemäß § 54 festgesetzten Voraussetzungen erfüllt. Die §§ 58 Abs. 6 und 59 Abs. 2 gelten sinngemäß.
- (7) Fehlt einem Verteilernetzbetreiber, der gemäß § 53 Abs. 3 Z. 2 eines Geschäftsführers oder Pächters bedarf, ein Geschäftsführer oder Pächter, so hat dieser innerhalb von sechs Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes einen Geschäftsführer oder Pächter zu bestellen und innerhalb dieser Frist um Genehmigung der Bestellung anzusuchen. Fehlt einem Pächter, der gemäß § 58 Abs. 1 eines Geschäftsführers bedarf, ein solcher Geschäftsführer, so hat der Pächter

innerhalb von sechs Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes einen Geschäftsführer zu bestellen und innerhalb dieser Frist um die Genehmigung der Bestellung anzusuchen.

- (8) Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes rechtmäßig bestellten technischen Betriebsleiter gelten als nach diesem Gesetz genehmigt. Fehlt einem Betreiber eines Netzes der erforderliche Betriebsleiter, so hat der Betreiber des Netzes innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes den gemäß § 35 erforderlichen Betriebsleiter zu bestellen und innerhalb dieser Frist um Genehmigung der Bestellung des Betriebsleiters anzusuchen.
- (9) Auf bestehende Verträge über den Anschluss und die Netznutzung sind die jeweils nach diesem Gesetz genehmigten Allgemeinen Netzbedingungen anzuwenden. Dies gilt nicht, wenn der Netzbewerber dagegen binnen acht Wochen ab ihrer Veröffentlichung beim Betreiber des Netzes Einspruch erhebt.
- (10) Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes genehmigten Allgemeinen Netzbedingungen gelten als nach diesem Gesetz genehmigt.
- (11) Erzeugungsanlagen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes rechtmäßig bestehen und betrieben werden oder rechtmäßig errichtet werden können, gelten als nach diesem Gesetz genehmigt. Die §§ 13 bis 21, 23 und 26 sind auf diese Erzeugungsanlagen anzuwenden.
- (12) Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes anhängigen Verfahren sind nach den bisher geltenden Bestimmungen zu beenden.
- (13) Eine bestehende Erzeugungsanlage im Sinne der IPPC-Richtlinie hat den Anforderungen des § 25 Abs. 1 bis spätestens 31. Oktober 2007 zu entsprechen. Als bestehend gilt eine IPPC – Erzeugungsanlage, wenn sie vor Ablauf des 31. Oktober 1999 genehmigt wurde oder ein Genehmigungsverfahren am 31. Oktober 1999 anhängig war und die IPPC - Erzeugungsanlage bis 30. Oktober 2000 in Betrieb genommen wurde. § 26 Abs. 1 gilt sinngemäß. Der Betreiber der Anlage hat der Behörde rechtzeitig die Maßnahmen mitzuteilen, die er dazu getroffen hat oder treffen wird. Sind die vom Betreiber mitgeteilten Anpassungsmaßnahmen nicht ausreichend, so hat die Behörde die entsprechenden Maßnahmen mit Bescheid anzuordnen.
- (14) Betreiber von nach bisherigen Rechtsvorschriften genehmigten Erzeugungsanlagen, die unter den § 27 Abs. 2 Z. 1 oder unter den § 27 Abs. 2 Z. 2 fallen, haben – sofern sie ihrer Verpflichtung nach der bisherigen Rechtslage noch nicht entsprochen haben - die Angaben im Sinne des § 28 Abs. 2 der Behörde bis spätestens drei Monate nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes mitzuteilen. Das Sicherheitskonzept ist binnen drei Monaten und der Sicherheitsbericht ist binnen sechs Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes zu erstellen.
- (15) Der Betreiber einer unter den § 27 Abs. 2 Z. 1 fallenden Anlage hat innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten einer Verordnung auf Grund des § 29 Abs. 5 Z. 2 das Sicherheitskonzept um jene Angaben zu ergänzen, die nach dieser Verordnung für das Sicherheitskonzept notwendig sind.

- (16) Der Betreiber einer unter den § 27 Abs. 2 Z. 2 fallenden Anlage innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten einer Verordnung auf Grund des § 29 Abs. 5 Z. 3 den Sicherheitsbericht um jene Angaben zu ergänzen, die nach dieser Verordnung für den Sicherheitsbericht notwendig sind.
- (17) Fällt eine Erzeugungsanlage auf Grund der Änderung der Seveso II-Richtlinie in den Anwendungsbereich des § 27 Abs. 2, so hat der Betreiber nach Inkrafttreten der Änderung der Seveso II-Richtlinie die Meldung nach § 28 Abs. 2 spätestens binnen drei Monaten zu erstatten, das Sicherheitskonzept nach § 28 Abs. 5 spätestens innerhalb von drei Monaten auszuarbeiten bzw. den Sicherheitsbericht nach § 28 Abs. 7 samt internen Notfallplan spätestens innerhalb eines Jahres zu erstellen.
- (18) Ist bis zum 1. Juli 2005 die Sechs-Monats-Frist gemäß § 51 Abs. 6 nicht abgelaufen, so darf der namhaft gemachte Bilanzgruppenkoordinator seine Tätigkeit vorläufig ausüben. Erfolgt keine Namhaftmachung eines Bilanzgruppenkoordinators gemäß § 51 Abs. 1 oder hat die Behörde einen Feststellungsbescheid gemäß § 51 Abs. 5 erlassen, so darf der bis 1. Juli 2005 konzessionierte Bilanzgruppenkoordinator seine Tätigkeit bis zur Erlassung eines Bescheides gemäß § 51 Abs. 7 weiter ausüben.
- (19) Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bestellten Vertreter des NÖ Elektrizitätsbeirates gelten als bestellt nach diesem Gesetz.
- (20) Unbeschadet der im Abs. 1 enthaltenen Regelung müssen Verteilernetzbetreiber, an deren Verteilernetz mehr als 100.000 Kunden angeschlossen sind, bereits ab Inkrafttreten dieses Gesetzes hinsichtlich ihrer Organisation und Entscheidungsgewalt unabhängig von den übrigen Tätigkeitsbereichen eines vertikal integrierten Unternehmens sein, die nicht mit der Verteilung zusammenhängen. Die zur Sicherung dieser Unabhängigkeit erforderlichen Maßnahmen gemäß § 54 müssen ab Inkrafttreten dieses Gesetzes getroffen sein.
- (21) Der Übertragungsnetzbetreiber ist verpflichtet, bis 1. Jänner 2006 einen Gleichbehandlungsbeauftragten der Behörde zu benennen und das Gleichbehandlungsprogramm vorzulegen.

§ 75

Schlussbestimmungen

Geschlechtsspezifische Bezeichnung

- (1) Die Bestimmungen dieses Gesetzes treten am in Kraft. Das NÖ Elektrizitätswesengesetz 2001, LGBI. 7800-1, tritt am außer Kraft.
- (2) § 37 tritt sechs Monate nach Festlegung der in Art. 4 Abs. 1 der KWK-Richtlinie genannten harmonisierten Wirkungsgrad-Referenzwerte durch die Kommission der Europäischen Gemeinschaft in Kraft.
- (3) Der Netzverweigerungstatbestand gemäß § 32 Abs.1 Z. 3 tritt am 1. Juli 2007 außer Kraft.
- (4) Personen bezogene Begriffe haben keine geschlechtsspezifische Bedeutung. Sie sind bei der Anwendung auf bestimmte Personen in der jeweils geschlechtsspezifischen Form zu verwenden.

